

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

160 · Februar 2004

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	99
Essay	
KLAUS WEBER Strafe und Ausgrenzung statt Hilfe und Integration? Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven der Sozialen Arbeit in der Resozialisierung	101
Gesellschaft: Analyse & Alternativen	
MAX KOCH Der nordirische Friedensprozess vor dem Hintergrund der Theorie der sozialen Schließung	112
DIETMAR WITTICH Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Eine empirisch-soziologische Annäherung	128
Alternative Wirtschaftstheorien	
ULRICH BUSCH Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus	137
JÜRGEN LEIBIGER Arbeitszeitverkürzung und Perspektiven der Freizeit	150
Standorte	
PETER ULLRICH Die Genuamobilisierung und Lernmöglichkeiten für das Verhältnis der Linken zu sozialen Bewegungen	165
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	174

Bücher & Zeitschriften

Andreas Malycha (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quelledition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte (WOLFRAM ADOLPHI)	176
Christiane Zehl Romero: Anna Seghers. Eine Biographie 1947–1983 (FRANK WAGNER)	178
Franca Wolff: Glasnost erst kurz vor Sendeschluß. Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985–1989/90) (KLAUS MELLE)	180
Hermann Gellermann: Stefan Heym. Judentum und Sozialismus. Zusammenhänge und Probleme in Literatur und Gesellschaft (MARTIN GEGNER)	182
Klaus Körner: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000 (JÖRN SCHÜTRUMPF)	184
AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2003 (ULRICH BUSCH)	185
Alex Demirovic (Hrsg.): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie (SARAH DELLMANN)	186
Joachim Bischoff, Klaus Steinitz (Hrsg.): Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven (GÜNTER KRAUSE)	187
Summaries	190
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	192

VorSatz

Er glaube, hat Bundespräsident Johannes Rau, der alte Sozialdemokrat, in seiner Weihnachtsansprache 2003 gesagt, daß wir »in eine Sackgasse (geraten), wenn wir alle Lebensbereiche nur noch nach wirtschaftlichen Gesetzen formen«. Sprach's – und noch ehe das Jahr sich dem Ende zuneigte, hatten seine Parteigenossinnen und Parteigenossen auf dem Weg in genau diese Sackgasse nur immer noch mehr Gas gegeben.

»Ein Krankenhaus ist keine Gesundheitsmaschine«, hatte Rau gerade noch unterm Lichterschein verkündet, da zog in die Arztpraxen der nackte Zahlungsalltag ein. »Heilen und pflegen bedeutet mehr, als man in starren Pflegenormen ausdrücken kann«, hatte der oberste Repräsentant der Bundesrepublik gerade noch beteuert, da wurde im Fernsehmagazin »Monitor« gezeigt, was alle Betroffenen längst aufs Schmerzhafte am eigenen Leibe erfahren: daß menschliche Zuwendung aus dem kassengetragenen Leistungskatalog längst gestrichen ist – womit auch den gutwilligsten Krankenschwestern und Pflegern kaum mehr Spielraum für die so dringend notwendigen Gesten und Gesprächsminuten bleibt. »Die Schule ist eben kein Unternehmen. Auch die Hochschule nicht«, war gerade noch aus präsidialem Munde zu erfahren, da wurden wir von solchen Riesinnen und Riesen an Geist und Kultur wie Edelgard Bulmahn und Olaf Scholz mit der Idee der »Elite-Universitäten« beschert. Was für ein – neuerlicher – Treppenwitz in der Geschichte dieser SPD-Grünen-Regierung: Ausgerechnet sie, deren Spitzen Gerhard Schröder und Joseph Fischer Musterbeispiele für den »zweiten Bildungsweg« und das Aufbrechen überkommener elitärer Strukturen sind, will sie zurück, die »Eliten«, will die Teilung der Gesellschaft in »Winner« und »Loser«, wie sie im dreigliedrigen Schulsystem ohnehin schon verhängnisvoll angelegt ist, weiter vertiefen.

Fazit: Sie war vom ersten Moment ihrer Verlautbarung an nichts anderes als Schall und Rauch, die Rede des Bundespräsidenten. Und das Allerschlimmste: Jeder weiß das. Niemand unter den Herrschenden in Wirtschaft und Politik nimmt sie ernst, diese Appelle – denn sonst müßte ja auch das PDS-Programm mit seinen ähnlichen Sackgassen-Warnungen ernst genommen oder wenigstens der klitzekleine Anfang einer Umkehr gewagt werden.

Statt dessen geht der Ritt in die politische Scharlatanerie, die eine Zwillingsschwester der neoliberalen Wirtschaftsdiktatur ist, weiter. Obwohl – wie wir gerade wieder erfahren haben – die Reden des

Bundespräsidenten nichts, aber auch gar nichts bedeuten, gaukelt uns der Meinungshauptstrom vor, die Wahlen in dieses Amt, die im Mai auf der Tagesordnung stehen, seien von geradezu existentieller Bedeutung. Nicht um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit drehen sich die Nachrichten am Beginn des Jahres 2004, nichts ist zu hören, daß es etwa ein neues Konzept für den immer weiter abgehängten deutschen Osten geben könnte, nur Wolkiges verlautet über die EU-Osterweiterung – aber Unmengen an Sendezeit und Drucker-schwärze gelten der Frage, wer dem Rau nun nachfolgen soll: Schäuble oder Töpfer oder – »endlich«, wie der Kanzler sagt – eine Frau. Und wozu? Damit nächste Weihnachten wieder eine wirkungslos verhallende Rede gehalten werden kann.

Wie die Bundespräsidenten-, so entzieht sich auch die Elitenfrage jeder ernsthafteren Prüfung. Was eigentlich sollen sie können, diese Eliten? Und wie sollen sie sein? Gibt es Beispiele dafür, an denen man sich orientieren könnte? Was sind die Maßstäbe, was die Anforderungen? Im Jahre 2003 wurden weithin widerspruchslos Leute wie Bohlen und Küblböck zu »Megasuperstars« gemacht, und in der Wirtschaft glänzten die hochbezahlten Spitzen von »Tollcollect« und ähnlichen Wunderfirmen mit der Unfähigkeit, ein funktionierendes Mautsystem auf die Autobahn zu stellen oder ein paar Bierdosensrücknahmeautomaten, wie sie anderswo in Europa an jedem Supermarkt zu finden sind, zu entwickeln. In der Politik wird von den gegenwärtigen Eliten strategisches Denken und komplex begründetes Handeln durch das Gefeißche um geringfügig voneinander abweichende Steuerprozentpunkte ersetzt. Soll all dieses Mittelmaß also schnellstens durch Klasse ersetzt werden? Ist der Ruf nach neuen Eliten also der Ruf nach schleunigster Selbstersetzung?

Aber nein, natürlich nicht. Es gibt da ganz offensichtlich viele, die nicht gemeint sind in diesem ministeriell und generalsekretärlich ausgebrüteten Elite-Konzept – Leute zum Beispiel, die aus Einsicht in den Gang der Welt auf einen endgültigen Verzicht auf Krieg pochen; oder solche, die endlich das Zwei-Liter-Auto auf den Markt bringen wollen; oder solche, die die vorhandene bezahlte Arbeit auf alle aufteilen wollen, anstatt die einen durch Überarbeitung und die anderen durch Arbeitslosigkeit zum Wahnsinn zu treiben; oder solche, die das tatsächlich ernst nehmen, was der Rau da gesagt hat von den Gesundheitsmaschinen, die die Krankenhäuser nicht werden dürfen, und den Unternehmen, in die sich Schule und Hochschule nicht verwandeln dürfen; oder solche, die öffentliches Radio und Fernsehen noch immer für eine Bildungs- und Kulturfrage halten.

Aber wenn es so ist mit der Sackgasse, von der der Bundespräsident gesprochen hat – wer denn nun endlich geht laut und mutig und entschlossen auf Gegenkurs? Bei der Europawahl und drei Landtagswahlen im Osten hat die PDS im Jahre 2004 Gelegenheit, zu zeigen, daß sie verstanden hat.

KLAUS WEBER

Strafe und Ausgrenzung statt Hilfe und Integration?

Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven der Sozialen Arbeit in der Resozialisierung

Resozialisierung: bayerisch-kritisch

Es ist erstaunlich, dass der Begriff »Resozialisierung« – wenn man ihn in Handbüchern bzw. im Internet in Verbindung mit »Sozialer Arbeit« sucht – vornehmlich in zwei Zusammenhängen auftaucht:

- Einmal wurde er zu einem wichtigen Begriff für eine kritische Bewegung, die sich in den 1960er und 1970er Jahren dafür einsetzte, dass so genannte verwahrloste Jugendliche, haltlose und willensschwache Trinker sowie Insassen von Gefängnissen mit ihren jeweiligen Biografien zu *verstehen* und deshalb als *erziehungsfähig* und damit resozialisierbar zu betrachten seien. Der einzige von mir gefundene Handbucheintrag zum Stichwort Resozialisierung drückt die Veränderung des Umgangs in Bezug zu dieser Klientel aus, wenn es dort als Schlusssequenz heißt: »Ich hoffe, dass die Ablösung des Sühnegedankens durch den (Re-) Sozialisations-Gedanken auch in unserer Gesellschaft nicht aufzuhalten sein wird« (Engelhardt 1981, S. 386). *Resozialisierung* wird also in diesem Zusammenhang als pädagogisches und sozialarbeiterisches Gegenmodell zu Modellen der Verwahrung und des gesellschaftlichen Ausschlusses von Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nicht integrierbar sind, verstanden.

- Wenn man davon ausgeht, diese Form sozialarbeiterischer Intervention habe sich in der deutschen Gesellschaft bis heute durchgesetzt, so mag es überraschen, dass das Lehrfach »Resozialisierung« lediglich an bayerischen Fachhochschulen für Sozialarbeit/ Sozialwesen im Curriculum zu finden ist: In Bamberg, Coburg, Eichstätt, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg ist der Studienschwerpunkt »Resozialisierung« Teil des Hauptstudiums mit jeweils unterschiedlichen Ausrichtungen. Während die einen vor allem die Entlassenenhilfe und die Sozialdienste der Justizvollzugsanstalten damit verbinden, ist für andere Fachhochschulen präventive Jugendhilfe oder Streetwork in der Obdachlosenarbeit mit dem Resozialisierungsgedanken verknüpft. Aber alle Fachhochschulen stellen den Begriff »Gefährdetenhilfe« ergänzend neben den der Resozialisierung.

- *Ein* Interneteintrag zum Stichwort »Resozialisierung« zeigt einen Link zur Fachhochschule in Münster an, den ich erwartungsvoll anklicke, um einen Hinweis zu finden, der die Einzigartigkeit der bayerischen Lehrpläne etwas in Frage stellen könnte. Aber es zeigt sich schnell, dass der Münsteraner Resozialisierungsbegriff mit dem relativ homogenen bayerischen Schwerpunktfach der FH kaum

Klaus Weber – Jg. 1960, Dr. phil., Professor für Psychologie an der Fachhochschule München; Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Zivilcourage, Klugheit und radikale Realpolitik – vom Scheitern eines demokratischen Projekts (Heft 121/122 (November/Dezember 2000))

Resozialisierung als kritischer Begriff und als Lehrinhalt

etwas zu tun hat: »Biografisches Arbeiten und Gedächtnis mit älteren Menschen« sowie »Die Zukunft der Sozialarbeit in der Psychiatrie« sind die Themen, die sich dort um »Resozialisierung« gruppieren – wobei es sich um keinen Studienschwerpunkt handelt, sondern um Weiterbildungsveranstaltungen für bereits fertige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Es stellt sich die Frage, ob und wie die kritische und die bayerische Seite des Resozialisierungsbegriffs miteinander zu tun haben: Ist es so, dass gerade Bayern in Bezug auf eine fortschrittliche Konzeption des Umgangs mit so genannten Verwahrlosten, Haltlosen und Gefährdeten eine Vorreiterrolle einnimmt? Oder handelt es sich um ein zufälliges Zusammentreffen von zwei unabhängig zu denkenden Phänomenen? Ich kann die Frage hier nicht beantworten, weil sie eine geschichtliche Analyse der institutionellen Verankerung des Resozialisierungsbegriffs an den bayerischen Fachhochschulen voraussetzte. Ich will aber weitere Befunde darstellen, die zeigen könnten, dass weder die kritische Tendenz des Resozialisierungsgedankens noch seine institutionelle Verankerung an den bayerischen Fachhochschulen Auswirkungen auf dessen Popularisierung als zentralen Begriff Sozialer Arbeit hatten:

- Sucht man nach Veröffentlichungen, die den Terminus »Resozialisierung« im Titel haben, so findet man einerseits Bücher, die fast durchweg zwischen 1960 und 1985 publiziert wurden (von allen 42 Titeln der Bayerischen Staatsbibliothek zum Thema sind lediglich drei in den 1990er Jahren erschienen);

- andererseits liegt der Schwerpunkt der Veröffentlichung zu diesem Thema auf den Fragen nach Strafrecht und Resozialisierung bzw. nach in/adäquaten Maßnahmen des Strafvollzugs im Verhältnis zum Resozialisierungsgedanken.

- Zudem kann man feststellen, dass sich die m. E. wichtigsten zwei in den letzten Jahren in Theorie und Praxis der Sozialarbeit diskutierten Querschnittsaufgaben, die auch an vielen Fachhochschulen die Lehrinhalte bestimmen, in den wenigen aktuellen Veröffentlichungen zur Resozialisierung kaum wiederfinden: die Überlegungen zur unterschiedlichen Sozialisation und damit auch zur je unterschiedlichen biografischen Situation (auch und gerade im Bereich der »Gefährdung«) von *Mädchen und jungen Frauen* sowie von *Migrantinnen und Migranten* der zweiten und dritten Generation: also gender und kulturelle Differenz.

Vorläufig lässt sich also Folgendes festhalten:

- Trotz der Annahme, das Konzept »Resozialisierung« sei ein eindeutig und klar elaboriertes Prinzip Sozialer Arbeit mit fester Verankerung in den Lehrinhalten der Ausbildungsinstitute, gibt es aktuell *keine Debatte* um die Probleme von »Gefährdung«, »Verwahrlosung« bzw. gesellschaftlicher Ausgrenzung und damit zusammenhängender sozialarbeiterischer Intervention unter diesem Begriff.

- Eine Diskussion um Resozialisierung findet heute vor allem im Zusammenhang mit Vorschlägen zur Strafrechts- und Strafvollzugsreform statt oder aber in den medial aufgebauchten Diskursen zu Resozialisierungschancen von Sexualstraftätern. Zu überlegen ist also, ob der Resozialisierungsbegriff als zentraler Begriff Sozialer Arbeit tragfähig ist, um aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen

In der Literatur liegt der Schwerpunkt bei Strafrecht und Strafvollzug.

mit berufspolitischen und methodischen Anforderungen an SozialarbeiterInnen zu bündeln und die Widersprüche der Praxis theoretisch einzufangen.

Geschichte und Klientel

Trotz der skeptischen Einschätzung, was die Tragfähigkeit des Begriffs Resozialisierung angeht, wird sicherlich jeder der Aussage zustimmen, es gebe nach wie vor einen enormen Bedarf an Resozialisierung, Eingliederung bzw. Integration von Menschen, die aus der gesellschaftlichen Ordnung auf ihre Weise »herausgefallen« sind.

Die Art und Weise aber, wie beispielsweise nach 1945 eine Person als »Außenseiter« und damit als »resozialisierbar« betrachtet wurde, hat sich gegenüber heute verändert. Um diese Veränderung spürbar zu machen, will ich zwei Texte vorstellen. Beim ersten handelt es sich um Auszüge einer Hausordnung eines Berliner Fürsorgeheims für Mädchen aus den 1960er Jahren, das die miefige bundesrepublikanische Atmosphäre verdeutlicht, in welcher der kritische Resozialisierungsgedanke sich entwickelte:

»Hausordnung. Zur Hausordnung gehören alle Forderungen der Ordnung, die in einer Gemeinschaft selbstverständlich sind. Achte besonders auf folgende Anweisungen:

- dass Kofferradios und alkoholische Getränke nicht in den Eichenhof mitgebracht werden,
 - dass in den Schlaf-, Klassen- und Arbeitsräumen und auf den Fluren nicht geraucht wird (...),
 - dass Mädchen unter 16 Jahren überhaupt nicht rauchen dürfen,
 - dass die Wände der Schlafräume nicht mit Bildern beklebt werden,
 - dass du zur Arbeit die Arbeitskleidung des Eichenhofes anziehst und in den Taschen keine »Groschenhefte«, Zeitungen und Stielkämme trägst,
 - dass du ordentlich bekleidet bist,
 - dass du dich nicht (...) am Gartentor und Gartenzaun aufhältst oder auf die Treppen setzt, wenn du eine Arbeitspause hast (...)
- (zit. nach Meinhof 1971, S.12)

Der zweite Text ist aus der Feder eines Jugendlichen, der selbst zum Objekt einer Resozialisierungsmaßnahme wurde. Der 15-jährige Martin besuchte Mitte der 1990er Jahre eine Münchner Hauptschule, an der er zum Organisator von deutschen Schlägertrupps wurde, welche fast täglich nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler bedrohten, prügeln und zum Teil schwer verletzten. Ich lernte ihn während eines schulinternen Seminars kennen, das ich leitete und dem ich den Titel gab: »Wieso ich Ausländer hasse?«. Nach diesem Seminar, über dessen Verlauf ich hier aus Zeitmangel nichts berichten kann, schrieb er mir mehrere Briefe. In einem davon steht:

»Zuerst will ich mich für den Brief bedanken und als zweites will ich dir erklären, warum ich ausgerechnet für einen Staat bin, der von einer politischen Elite geführt wird. Die Werte unserer Gesellschaft sind häufig nur materieller Herkunft z. B. Auto, Urlaub, Wohnung, Essen usw. Den Menschen in Deutschland ist es egal, was draußen in der Welt passiert, Hauptsache ihnen geht es gut (...). Sie habe ihre alten Wertmaßstäbe vergessen (...). Das beste Beispiel ist die Jugend, sie wird immer brutaler und rücksichtsloser, ihr Leben

Es gibt aktuell keine Debatte um die Probleme von »Gefährdung«, »Verwahrlosung« bzw. gesellschaftlicher Ausgrenzung und damit zusammenhängender sozialarbeiterischer Intervention.

bestimmen Drogen, Zigaretten und Alkohol. Aber früher gab es nur ein Ziel: seinem Kaiser und dem Vaterland dienen, sie wären nie auf die Idee gekommen alte Frauen zu überfallen, zu stehlen und zu vergewaltigen. Damals gab es ein Gefühl von Einigkeit, jeder hat jedem geholfen, nur die Masse war stark, wie Adolf Hitler in ›Mein Kampf‹ schrieb: ›Einigkeit macht stark‹. Und ich denke, wenn unsere Wohlstandsgesellschaft wieder alte Werte kennen lernt, dann bin ich mir sicher, dass wir diese ganzen Probleme schaffen können (...). Ich glaube kaum, dass unsere fettgefressenen Politiker das schaffen. Und ich hoffe, dass bald wieder ein Adolf Hitler kommt und uns in dieser schwarzen Zeit leitet und darum bin ich ein sog. Rechtsradikaler. Noch einmal zum Thema Ausländer und Asylanten: Sie haben nichts mit meiner politischen Meinung zu tun, aber diese verdammten Schmarotzer müssen trotzdem raus, wenn sie weg sind ist auch ein großer Teil der Kriminalität weg (...)« (zit. n. Weber 2001, S. 77)

Die beiden Dokumente zeigen trotz ihrer unterschiedlichen Adressaten sehr deutlich, welche gesellschaftlich nahe gelegten Vorstellungen in den jeweiligen Jahren dominant sind und welche Widersprüche und Problematiken damit verbunden sind. Drei entscheidende Diskrepanzen sollen zeigen, wie sehr sich grundlegende *Prinzipien resozialisierender Erziehung* verändert haben:

1. Während der erste Text trotz seiner disziplinierenden und strengen Verhaltensanforderungen von einer (Re-) Sozialisierbarkeit, damit *Veränderbarkeit* der so genannten verwahrlosten Mädchen ausgeht, arbeitet die Sprache des zweiten Textes mit Formulierungen, welche die Lösungen sozialer und pädagogischer Probleme im Stile von Endlösungen propagiert: Probleme und Schwierigkeiten (jungdliches Verhalten, Bestechungsaffären bei Politikern, Arbeitsmigration etc.) sollen verschwinden bzw. zum Verschwinden gebracht werden; ein wie auch immer gearteter Umgang mit ihnen ist scheinbar nicht möglich.

2. Der fraglosen Bezugnahme auf selbstverständliche *Werte einer Gemeinschaft* im ersten Text steht die Feststellung einer Gemeinschaft und Gesellschaft im zweiten Text gegenüber, welche die falschen oder keine Werte mehr hat. Ein kurzer Interviewausschnitt aus der 13. Shellstudie mag diese Feststellung bekräftigen. Dort liest man von dem 19jährigen Eduard, der mit seinen Eltern als Deutscher aus dem russischen Sibirien in die BRD kam: »Später will ich nicht wie ein Penner leben. So von Sozialhilfe. Später will ich Kohle verdienen und ein dickes Auto fahren« (Deutsche Shell 2000, S.102). Die Abwesenheit von Wertmaßstäben in der bundesdeutschen Gesellschaft wird vielfach betont: Sowohl die ausführliche Debatte um kommunitaristische Prinzipien in den letzten zehn Jahren als auch das jeweils nach einem Amoklauf, der Ermordung nichtdeutscher Inländer etc. hörbare Lamento, vielen Jugendlichen würden Werte fehlen, sind unübersehbarer Ausdruck dessen, dass Sicherheiten verloren gegangen sind. Interessant an Martins Text wie an der veralteten Heimordnung ist, dass sie sich jeweils auf »Wertmaßstäbe« bzw. selbstverständliche »Forderungen der Ordnung« berufen, ohne auch nur *ein* Beispiel dafür zu geben, was damit gemeint sein könnte. Hinter beiden Texten und ihrem Bezug auf Werteordnungen stecken jedoch gesellschaftliche Konfliktlinien, die zu verstehen eine not-

Von der isolierenden und disziplinierenden Heim-
erziehung zum sozial-
reformerischen Konzept
der Resozialisierung

wendige Voraussetzung wäre, um über Werte sinnvoll diskutieren zu können (Vgl. InkriT 2002, S. 48).

3. Der Stellenwert der *persönlichen Freiheit*, die in Artikel 2 des Grundgesetzes als unverletzliche postuliert wird, erscheint in der Heimordnung aus den 1960er Jahren als willkürlich reglementierte. Zum Stützpunkt jeder erzieherischen Anstrengung wird die Ordnung einer imaginären Gemeinschaft erhoben, ohne dass diese Ordnung selbst von den Subjekten der Erziehung hinterfragt werden könnte. Es ist kein Wunder, dass die Heimkampagnen (unterstützt durch Massenfluchten aus Heimen) in den 1960er und 1970er Jahren die freie Entfaltung der jugendlichen Persönlichkeit als erzieherisches Prinzip gegen die skandalöse »isolierende, stigmatisierende und ... strafende Heimerziehung« (Birtsch 1996, S. 277) propagierte. Die Sichtweise des jugendlichen Gewalttäters aus den 1990er Jahren sieht als erstrebenswertes Ziel dagegen nicht die Freiheit der Jugendlichen, vielmehr erscheint sie ihm als Ursache jugendlicher Verwahrlosung. Notwendig sei deshalb eine Rückkehr zu alten Werten und alten Ordnungen, welche die Freiheit des Einzelnen beschneiden sollten. Waren Zwang und rigide Disziplinierung in den 1960er Jahren also noch zu überwindende Formen erzieherischen Handelns, so tauchen sie dreißig Jahre später als ein angemessenes Mittel gegen soziale Abweichung von Jugendlichen wieder auf. Diese Tendenz zeigt sich auch in den zunehmenden Forderungen nach Unterbringung von schwierigsten Jugendlichen in geschlossenen Heimen, die inzwischen auch wieder in konservativen Bundesländern zu einem festen Bestandteil der Jugendhilfemaßnahmen gehören.

Deutlich wird also, dass sich gesellschaftliche Wertevorstellungen über Ordnung, Disziplin und die Rolle erzieherischer Interventionen in den letzten Jahrzehnten massiv veränderten: So kann man davon sprechen, dass in den 1960er Jahren der Anfang vom Ende verwahrender und disziplinierender Integration abweichender Klienten festzustellen ist, während in den 1990er Jahren vom Ende eines sozial-reformerischen Ansatzes unter dem Schlagwort »Resozialisierung« gesprochen werden kann.

Geschichte der Institutionalisierung von Resozialisierung

Es ist jedoch in der Geschichte des immer umstrittenen Resozialisierungsgedankens nicht das erste Mal, dass sich sein Sinn und die damit zusammenhängende Praxis verändert. Um klarer zu erkennen, wie ökonomische und soziale Entwicklungen und gesellschaftliche Umbrüche Resozialisierung schufen und veränderten, will ich einige prägnante Stationen dieser Geschichte aufzeigen:

- Resozialisierung beginnt mit der Schaffung der modernen Freiheitsstrafe in den mitteleuropäischen Ländern im 17. Jahrhundert, wobei »eine Erziehung durch Arbeit und Einkehr« (Driebold 1984, S. 1130) bald durch den Gedanken abgelöst wurde, die Gefangenen als kostenlose Arbeitskräfte zu gebrauchen: »Der Gedanke der inneren Einkehr und Sozialisation durch die Askese der Abgeschlossenheit wurde zugunsten eines Arbeitstrainings ... bzw. einer wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen zusehends verdrängt« (Ebenda).

- Mit der Industrialisierung und der damit einhergehenden Entwertung von Arbeit zu einer monotonen und repetitiven Tätigkeit in Manufakturen und Fabriken wird ihre erzieherische Funktion in den Zuchthäusern im 19. Jahrhundert obsolet. Zudem verändert sich die Struktur der Gefängnispopulation: immer größere Teile der Bevölkerung verarmen und erhalten sich mit Diebstahl und anderen Verbrechen am Leben. Die Verurteilungen stiegen an – in ähnlichem Ausmaß stieg die Todesrate der Gefangenen, die weder ärztlich noch sozial betreut wurden.

- Die diesem sozialen Sachverhalt entsprechende Ideologie war diejenige der Vergeltung, die von jeglicher Besserung der Kriminellen absah. Trotz christlicher Gegenbewegungen Ende des 19. Jahrhunderts (Wichern u. a.) setzte sich der Vergeltungsgedanke im deutschen Strafgesetz durch.

- »Erst in der Weimarer Zeit gelang es dann wieder, den Erziehungs- und Resozialisierungsgedanken im Strafvollzug zu verankern« (Ebenda, S. 1131). Milde Strafzumessungen in Verbindung mit erzieherischen Reformen, die nun auch langsam im Jugendstrafvollzug begannen, wurden jedoch von den Nationalsozialisten wieder zurückgenommen. Die Sühne für eine Straftat und der Abschreckungsgedanke für potenzielle Straftäterinnen und Straftäter wurden zu Leitgedanken nationalsozialistischer Bestrafungspraxis, die sich bis weit nach 1945 erhielten.

Zwischen Integration und Verbesserung von Chancen und Bestrafungs- und Sühneritualen

Resozialisierung im Sinne einer Veränderung der sozialen Lebenswelt von »Verwahrlosten«, »Gefährdeten« oder »Geschädigten« (wie es beispielsweise im JGG heißt) war – so zeigt der geschichtliche Kurzdurchlauf – immer ein widersprüchliches Unterfangen. Im besten Falle wurde sie konzipiert als *Integration* von Bürgern, deren soziale Auffälligkeit in Zusammenhang stand mit von ihnen nicht zu verantwortenden Defiziten wie bspw. Arbeitslosigkeit oder Erziehungsschwierigkeiten in der Familie. Unter *Integration* wäre dann ein sozialpolitisches Instrumentarium zu verstehen, das versucht, »allen den Zugang zu sozialen Dienstleistungen und zu Schulbildungen zu ermöglichen, soziale Ungleichheiten zu verringern sowie eine verbesserte Verteilung der Chancen, den Ausbau der sozialen Sicherung und die Konsolidierung der Lage der abhängig Beschäftigten« (Castel 2000, S. 364).

Im schlechtesten Falle wurde *Resozialisierung* gedacht als Arbeit an den Individuen (therapeutisch bzw. beraterisch), damit diese sich den gegebenen Verhältnissen anpassen oder gar als *Bestrafungs- und Sühneritual* für individuelles Versagen.

Neoliberale Umbrüche und neue Ausgrenzungsszenarien

Nachdem offensichtlich ist, dass *Resozialisierung* und ihre Bedeutung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie thematisiert werden, sich ändern, kann nun gefragt werden, welches die Gründe dafür sind, dass (wie am Anfang festgestellt) der Begriff selbst weder in der Fachliteratur zur Sozialen Arbeit verortet ist noch in der sozialarbeiterischen Alltagspraxis (außer im Strafvollzug) Verwendung findet, obwohl er bspw. in Bayern zum Schwerpunktfach der FHs gehört.

Eine mögliche Antwort darauf könnte lauten, dass *Resozialisierung* als sozialarbeiterische Interventionsmöglichkeit nur dann

existieren kann, wenn *Sozialisierung* in ihrer Form wie in ihren Inhalten eindeutig festgelegt wäre. Sozialisierung/Sozialisation ist jedoch, folgt man der Analyse Ulrich Becks, durch drei einschneidende Veränderungsmuster geprägt, welche eine lineare oder gar eindeutige Sozialisation in Frage stellen. So stellt er fest, dass a) eine »Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen« (Beck 1986, S. 206) stattgefunden habe, b) ein »Verlust von traditionellen Sicherheiten in Hinblick auf ... leitende Normen« (Ebenda) zu verzeichnen sei und c) »eine neue Art der sozialen Einbindung« (Ebenda) sich entwickelt habe. Wenn jedoch in einer Gesellschaft angesichts rapider Umbrüche in Ökonomie und Lebensweisen der Subjekte offen ist, wie und wohin sich die Einzelnen »sozialisieren«, dann ist damit auch jedes Konzept von Resozialisierung in Frage gestellt.

Ulrich Becks Analyse der neuen Anforderungen an die Subjekte möchte ich zum Anlass nehmen, um die vorgestellten drei Prinzipien resozialisierender Erziehung (Erziehbarkeit, Werteorientierung und persönliche Freiheit) daraufhin zu überprüfen, ob sie im Zeitalter neoliberaler Umbruchstrukturen und daraus erwachsender Anforderungen an die Identitätsarbeit von Subjekten noch als Orientierungspunkte dienen können und falls ja, welche Perspektiven sich für eine fortschrittlich konzipierte Theorie und Praxis Sozialer Arbeit daraus ergeben könnten:

1. *Erziehbarkeit und Veränderbarkeit*: Wer aktuelle Bildungsdebatten verfolgt, dem wird nicht entgangen sein, dass momentan zwei sich völlig widersprechende Diskurse nebeneinander bestehen, wenn es darum geht, wie Menschen lernen können und sollen. Zum einen wird das Prinzip des »lebenslangen Lernens« propagiert und damit davon ausgegangen, dass Lernfähigkeit etwas ist, was den Menschen grundsätzlich gegeben sei. Das gängige Alltagssprichwort »Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr« scheint also zugunsten eines Bildes vom dauerhaften, eifrigen Lernsubjekt zurückgedrängt. Zum anderen scheint es aber, als seien gleichzeitig klare Grenzen und Behinderungen vorhanden, die nicht alle Menschen auf gleiche Weise zum Lernen befähigen. Dies bestätigt sowohl die expandierende Anzahl von Institutionen für Hoch- und Höchstbegabte als auch die wieder aufgekommene Diskussion über den genetischen Anteil subjektiver Fähigkeiten (Vgl. Behrens 2000, S. 90 ff).

Dieser scheinbare Widerspruch wird erklärbar, wenn wir uns betrachten, welchen *Typus von Arbeitnehmer* die hochtechnologisch produzierende Industriearbeit (im Produktions- wie im Verwaltungsbereich) benötigt. Die Arbeitserfordernisse im Facharbeiterbereich ändern sich einerseits dahingehend, dass die Einzelnen keine Stellenpläne mehr, mit auf Jahre oder gar Jahrzehnte hinaus festgelegten Tätigkeiten, vorfinden, sondern vielfältige und flexibel einsetzbare Profile entwickeln müssen, um jederzeit an fast jedem Ort einsetzbar zu sein – je nach Produktentwicklungen und Produktionserfordernissen; lebenslanges Lernen ist als Notwendigkeit zu sehen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Andererseits gibt es weiterhin Tätigkeiten, die als tayloristisch (also eintönig und repetitiv) bezeichnet werden können und Arbeitssubjekte benötigen, die sich

Drei Prinzipien resozialisierender Erziehung:
Erziehbarkeit, Werteorientierung und persönliche Freiheit – ihre Perspektiven bei neoliberalen Umbrüchen

mit geringer Bezahlung bei gleichzeitig ungesunden und abstumpfenden Arbeitsbedingungen abfinden; diesen wird lediglich eine begrenzte Lernfähigkeit unterstellt. Neben diesen neuen zwei Klassen von »Arbeitsplatzbesitzern« wird die widersprüchliche Artikulation von Lernen auf eine andere Art und Weise »produktiv«: Im Lager der Arbeitslosen wird ebenfalls darauf gesetzt, dass diese bereit sind, Vieles zu erlernen, auch wenn das Lernziel darin besteht, eine unterqualifizierte Tätigkeit anzunehmen. Diejenigen aber, die sich diesen Anforderungen verweigern oder sie nicht erbringen können, werden ideologisch einsortiert in den Topf der biologisch oder konstitutionell bedingten Lernunfähigen.

Wieder mehr soziale Ungleichheit – auch bei Erziehbarkeit und Veränderbarkeit?

Fazit: Erziehbarkeit und Veränderbarkeit von Menschen ist wieder klassen- bzw. schichtenspezifisch konnotiert. Die Becksche These von der Herauslösung und Freisetzung der Individuen aus traditionellen Zusammenhängen trifft für diejenigen zu, die in der Lage sind bzw. in sie versetzt werden, ihre Lern-, Bildungs- und Arbeitsbiografie zu managen und damit den Erfordernissen neoliberaler Subjektivität genügen. Sozialarbeiterische Praxis als Interventionsmacht wird sich vor allem aber um diejenigen kümmern, die diesen Anforderungen nicht nachkommen können oder an ihnen scheitern. Dabei ist nicht zu übersehen, dass in öffentlichen Diskussionen Erziehbarkeit als Kriterium erneut in Frage gestellt wird zugunsten von Modellen (einstweiliger) Endlösungen: die medial inszenierte Debatte um die Reduzierung des Strafmündigkeitsalters bei jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern zeigt, dass hier zu Lasten vor allem ökonomisch schwacher Bevölkerungsschichten die Verwahrungs-idee gegen den Resozialisierungsgedanken an Bedeutung gewinnt. Ein drastischer Rückschlag für das Konzept von Erziehbarkeit und Resozialisierung war bspw. auch die populistische, rassistische Strukturen bedienende Ausweisung des in München geborenen Jugendlichen »Mehmet« in ein ihm fremdes Land durch das Kreisverwaltungsreferat München mit Zustimmung des Oberbürgermeisters Ude. Gesucht wurde dabei nicht nach möglichen Lösungen erzieherischer und intervenierender Praxis. Vielmehr wurde ein Problem, das sowohl die Familie Mehmet als auch er selbst hatte, so umdefiniert, dass der kriminelle Jugendliche das Problem sei, welches zum Verschwinden gebracht werden muss.

»Der Reflex auf die Verunsicherungen am Arbeitsmarkt und die Sorge um die eigenen (späteren) Erwerbsmöglichkeiten und Erwerbsverläufe zeigen deutlich, dass die handfesten Näharbeiten an den Mänteln in der kargen Nachkriegszeit und mit der Gewissheit, dass es aufwärts gehen wird, einer viel komplizierteren und abstrakteren Form der Flickarbeit gewichen ist, nämlich dem Patchwork an der eigenen Identität und am eigenen Lebenslauf – denn ungebrochene Linearitätserwartungen hegt kaum noch jemand.« (Deutsche Shell 2000, Band 1, S.156)

2. *Normen und Werte*: Auch im Bereich der Wertediskussion, den Beck durch einen »Verlust von traditionellen Sicherheiten ... und leitende Normen« (Ebenda) gekennzeichnet sieht, ist eine widersprüchliche Diskussion im Gange: einerseits werden im Feld von Politik und Medien Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Reform oder Solidarität aus ihren alten Bezugssystemen gelöst und als Begründungsmuster für Kriege, Sozialabbau, Einschränkung von Bürgerrechten neu etabliert. Andererseits klagen genau diejenigen, die diesen ideologischen Umbau von Bedeutungen vorantreiben, über den Verfall von Werten und Sicherheiten.

Fazit: Da es nur dann Sinn macht, Werte zu thematisieren, wenn man gleichzeitig die den Wertedebatten zugrunde liegenden Konflikte analysiert, wäre es für eine praxisbezogene Theoretisierung des Resozialisierungskonzepts sinnvoll, diejenigen gesellschaftlichen Konfliktlinien als Analysegegenstand zu bearbeiten, die mo-

mentan am klärungsbedürftigsten sind: *Gewaltstrukturen und Jugend* sowie *Kriminalität und Migration*. Damit wären zum einen diejenigen Entwicklungen benannt, welche in den letzten Jahren Anlass zu politischen, medialen und bildungspolitischen Debatten gaben und die zum anderen einen Großteil derjenigen Klientel einbeziehen, mit dem sich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beschäftigen. Konzepte von Integration und Resozialisierung werden dabei nicht umhin kommen, parteilich und kritisch in Diskussionen um Werte und Tugenden, welche in den Augen vieler selbsternannter Problemlöser »durchgesetzt« werden müssten, einzugreifen.

3. *Persönliche Freiheit*: Auch was die Rolle der persönlichen Würde und Freiheit anbelangt, sind zwei widersprechende gesellschaftliche Tendenzen zu konstatieren: Einerseits wird wie nie zuvor die Freiheit des konsumierenden Bürgers angepriesen und es werden Bilder glücklichen Lebens inszeniert und propagiert (man denke nur an Langnese- und Baccardi-Werbung im Kino), welche uneingeschränkte kulturelle, sexuelle und sonstige Freiheit versprechen. Gleichzeitig erleben wir, wie mit einer seit 1945 nicht dagewesener Härte über die Einschränkungen von Freiheit gesprochen wird, wenn jemand die gesellschaftliche oder staatliche Ordnung in Frage stellt oder gar angreift. So hat die Debatte um die lebenslange Verwahrung von Sexualstraftätern eine Bresche geschlagen für alle konservativen und ordnungspolitischen Maßnahmen, die Verwahrung und Wegsperrungen als politische Lösungen sozialer Probleme versprechen.

Fazit: Soziale Arbeit als Wissenschaft wird in den nächsten Jahren ihre Integrations- und Resozialisierungskonzepte in doppelter Frontstellung verteidigen müssen: gegen die Zwänge der Ökonomisierung Sozialer Arbeit und gegen damit zusammenhängende theoretische Konzeptionen, welche die Klientinnen und Klienten in sozialisationsfähige und -unfähige unterteilt. Entscheidend wird aber sein, ob Soziale Arbeit theoretisch und praktisch Konzepte entwickeln kann, die zustimmungsfähig und zukunftsweisend sind.

Gegen Zwänge der Ökonomisierung der Sozialarbeit und gegen neue Konzeptionen, die Menschen in sozialisationsfähige und -unfähige unterteilt

Praktische Anforderungen an Sozialarbeit

So widersprüchlich sich die Anforderungen an Soziale Arbeit in Zeiten gesellschaftlichen Wandels darstellen, so widersprüchlich sind zugleich Vorschläge, die behaupten, einfache Lösungen für die komplexen Problematiken gefunden zu haben. Ich will das am Beispiel des Täter-Opfer-Ausgleichs etwas ausführlicher darstellen: Den Täter-Opfer-Ausgleich kann man als den Täter entkriminalisierende und gegen das Bestrafungsprinzip arbeitende Intervention definieren, der gleichzeitig den Bedürfnissen der Opfer, Subjekte in Wiedergutmachungsverfahren zu sein, nachkommt:

»Im Hinblick auf den Täter geht es im Täter-Opfer-Ausgleich also darum, eine Verrechtlichung der Straftat, des konflikthaften Handelns und des Täters als Rechtssubjekt einzugrenzen, um Einsicht, Eigenverantwortung, Wiedergutmachungswille und Korrektur des Fehlverhaltens zu ermöglichen. ... Ziel ist es daher, eine so weit als möglich freiwillige und gemeinsame Tatverarbeitung und einen zufrieden stellenden Aushandlungsprozess durch materielle und immaterielle Wiedergutmachung zwischen Tätern und Opfern zu organisieren« (Bauer 1997, S.19 ff).

Ohne hier näher auf die verschiedenen Einschränkungskriterien für die Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs eingehen zu können, möchte ich die Problematik dieser sozialarbeiterischen Interventionsmethode auf der Folie der drei dargestellten Resozialisierungsprinzipien erläutern:

1. Der Täter-Opfer-Ausgleich geht nicht nur von einer Veränderbarkeit und *Resozialisierbarkeit* eines Tätersubjekts aus, sondern macht dies zur Grundlage seines Ansatzes. Insofern bietet er keine Möglichkeit an, die regressiven ordnungs- und kriminalpolitischen Wünsche nach Verwahrung und Wegsperrungen zu befriedigen. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass eine Erziehung des Täters nicht mehr stattfindet. Durch die vorgegebene Neutralität des Vermittlers beim Täter-Opfer-Ausgleich wird der Veränderungsprozess in die Eigenverantwortung des Täters in Auseinandersetzung mit dem Opfer gelegt. Definieren wir Erziehung als Prozess, in dem Subjekte die schwierige Aufgabe erlernen, ihren Weg zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Interessen in Auseinandersetzung mit Repräsentanten dieser Anforderungen (Eltern, Lehrern etc.) zu finden, dann wird offenkundig, dass beim Täter-Opfer-Ausgleich die Seite der Repräsentation gesellschaftlicher Mächte nicht vorhanden ist. Resozialisierung im Prozess des Täter-Opfer-Ausgleichs wäre demnach eine, die explizit ohne das »Soziale«, ohne gesellschaftliche Anforderungen, stattfindet.

2. Die Vermittlung von *Normen und Werten* bzw. die Thematisierung von sozialen Verhältnissen und biografischen Ereignissen, die dem Täter wie dem Opfer erklärbar machen, dass die Tat als Folge eines Mangels an sozialer Verantwortung, der Missachtung körperlicher Integrität anderer etc. auf Seiten des Täters stattfand, unterbleibt beim Täter-Opfer-Ausgleich. Kriminalität wird auf der Beziehungsebene verhandelt, bewirkt somit eine »Privatisierung von Kriminalität und steht somit im Kontext allgemeiner Vergesellschaftung durch Individualisierung« (Ebenda, S. 107). Problematisch ist auch die von Micha Brumlik kritisierte Umdefinition von Delikt in Konflikt, weil im Hinblick auf »Gerechtigkeit« die Frage auftaucht, wieso bei Straftaten, die Opfer erzeugen, der Täter-Opfer-Ausgleich angewendet wird und bei bspw. Drogendelikten, die kein Opfer »benötigen«, dies nicht möglich sein soll.

3. Auf den ersten Blick scheint es, als sei die *persönliche Freiheit* des Klienten beim Täter-Opfer-Ausgleich weitestgehend geschützt, Disziplinierung und rigide Ordnungsmaßnahmen gebe es dabei nicht. Allerdings gibt es von kritischer Seite durchaus den Einwand, dass gerade der selbstreflexive und selbsterzieherische Ansatz als Disziplinierung zu sehen sei, wobei die These zugrunde gelegt wird, dass Selbstreflexion diejenige Disziplinierungsstrategie sei, welche moderne Gesellschaften auszeichne (Vgl. ebenda, S. 109).

So fortschrittlich und human also der Täter-Opfer-Ausgleich erscheint, so widersprüchlich wird er bei genauer Betrachtung. Als Resozialisierungsinstrument ist er ebenso wie das Anti-Aggressions-Training bei gewalttätigen oder geschlossene Heimunterbringung bei »schwierigsten« Jugendlichen zu hinterfragen auf seine pädagogischen, gesellschaftlichen und normativen Grundlagen. Als Perspektive sozialarbeiterischen Handelns ist er lediglich dann zu

betrachten, wenn er gleichzeitig von einer gesellschaftlichen Analyse veränderter Gewaltformen und einem sinnvollen Präventionsangebot begleitet wird. Die Widersprüche und Grenzen des Täter-Opfer-Ausgleich sind dabei ebenso wie die Widersprüche und Grenzen jeder Resozialisierungsmaßnahme kein Hindernis für deren Anwendung, sondern Grundlage ihrer kritischen Weiterentwicklung.

Literatur

- Bauer, Yvonne (1997): Täter-Opfer-Ausgleich in der Kritik. Im historischen Kontext von Strafsystemen eine humane Alternative? Oldenburg.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main.
- Behrens, Ulrike (2000): Lernen statt Begabung: Vorschläge zu einer neuen Herangehensweise an das Problem individuell unterschiedlicher Leistungen, in: Forum Kritische Psychologie 42, S. 90-107.
- Birtsch, Vera (1996): Heimerziehung, in: D. Kreft & I. Mielenz (Hg.), Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, S. 277-279. Weinheim/Basel.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Deutsche Shell (Hg.) (2000): Jugend 2000. Band 2. Opladen.
- Driebold, Rolf (1984): Strafvollzug, in: H. Eyferth, H.-U. Otto & H. Thiersch (Hg.), Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik, S. 1129-1147. Neuwied.
- Engelhardt, Lothar (1981). Resozialisierung, in: H.-J. Petzold & H. Speichert (Hg.), Handbuch pädagogischer und sozialpädagogischer Praxisbegriffe, S. 383-386. Reinbek.
- InkriT (Berliner Institut für Kritische Theorie) (2002): Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, Hamburg.
- Meinhof, Ulrike M. (1971): Bambule. Fürsorge – Sorge für wen? Berlin.
- Plewig, Hans-Joachim (1996): Kriminalität, in: D. Kreft & I. Mielenz (Hg.), Wörterbuch Soziale Arbeit, a. a. O., S. 381-383.
- Weber, Klaus (2001): Rechte Männer. Eine sozialpsychologische Studie zu Rassismus, Neofaschismus und Gewerkschaften, Hamburg.

MAX KOCH

Der nordirische Friedensprozess vor dem Hintergrund der Theorie der sozialen Schließung

Einleitung

Beim Nordirlandkonflikt geht es um eine langwierige Auseinandersetzung zwischen so genannten Unionisten und Nationalisten. Unionisten sind in ihrer überwiegenden Mehrheit Protestanten und wollen Nordirland weiterhin als Teil Großbritanniens sehen, während Nationalisten zumeist katholischen Glaubens sind und eine Vereinigung mit der Republik Irland befürworten. Dieser Konflikt ist in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten mitunter gewaltsam ausgetragen worden und hat über 3 500 Menschen das Leben gekostet. Mitte der neunziger Jahre hat ein Annäherungsprozess der Konfliktparteien eingesetzt, der die Aussicht auf eine Befriedung der Gesellschaft deutlich verbessert hat. Im Mittelpunkt steht dabei das Karfreitagsabkommen von 1998, das per Volksentscheid in Nord und Süd bestätigt wurde. Es basiert auf den drei Prinzipien Partnerschaft, Gleichheit und gegenseitigem Respekt (Stewart 1999, Bew 2001):

Abb. 1:

Inhalt und Implementierung des Friedensabkommens

Inhalt des Abkommens	Stand der Implementierung
Politische Selbstverwaltung im Regionalparlament von Stormont (Belfast); Bildung einer All-Parteien-Regierung.	Aufgrund einer Vertrauenskrise ¹ der Regierungsparteien z. Z. suspendiert und ersetzt durch <i>Direct Rule</i> durch Westminster.
<i>British-Irish Intergovernmental Conference</i> : Bilaterales Gremium der Regierungen Großbritanniens und der Republik Irland.	Gewährleistet Kooperation beider Staaten in nordirischen Fragen; erhält besondere Bedeutung, solange die Suspension der Selbstverwaltung anhält.
Nord-Süd-Kommissionen.	Regeln grenzübergreifende Fragen zwischen Nord- und Südirland.
Gemeinsame Kommissionen: - Polizeireformen; - Entwaffnung paramilitärischer Organisationen; - Amnestie politisch motivierter Straftäter. Bestätigung des konstitutionellen Status Nordirlands.	- Neuer Polizeidienst (PSNI); - Zwei Abrüstungsschritte der Irisch Republikanischen Armee (IRA); - Geringe Rückfallquote. Veränderung der Verfassung der Republik Irland.

Max Koch – Jg. 1966; Dr. phil. habil.; lehrt Soziologie an der School of Sociology and Applied Social Studies an der University of Ulster. Jüngste Veröffentlichung: Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa (Wiesbaden 2003); zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Krise der Demokratie in Chile, Heft 155 (September 2003).

1 Hierzu gibt es, wie in Nordirland nicht unüblich, zwei Lesarten: Die Unionisten behaupten, die IRA hätte nachrichtendienstlich Institutionen der Regierung infiltriert und sich illegalerweise Zugang zu geheimen Dokumenten verschafft. Umgekehrt stuft *Sinn Fein*, der politische Arm der IRA, die Reaktion des britischen Geheimdienstes und der Polizei, die mit einer großangelegten Razzia die

Es ist zu betonen, dass die politische Selbstverwaltung suspendiert worden ist und nicht das Karfreitagsabkommen selbst. Wichtige Gremien wie die Nord-Süd-Kommissionen oder das *policing board* tagen weiterhin. Insbesondere auf der Ebene der britisch-irischen Institutionen werden gegenwärtig diplomatische Versuche unternommen, die Vertrauenskrise zwischen Unionisten und Nationalisten zu überwinden, um möglichst bald zur Selbstverwaltung zurückkehren zu können.

Unabhängig aber davon, ob dies in naher Zukunft gelingt oder nicht, bleibt das Karfreitagsabkommen die Grundlage der politischen Entwicklung Nordirlands. Und es wird auch in absehbarer Zukunft keine so genannten »Nachverhandlungen« geben – dies haben Tony Blair und der irische Ministerpräsident Bertie Ahern in den letzten Wochen immer wieder betont.

In die Debatte, inwieweit mit diesem Abkommen eine langfristige Lösung des Nordirlandkonflikts verbunden ist, möchte ich mit diesem Aufsatz nicht eingreifen. Vielmehr hoffe ich, zu einem sozialwissenschaftlichen Verständnis dieses Konflikts beizutragen, welches bis jetzt hinter dem rasanten Tempo der politischen Veränderungen zurückgeblieben ist. Dabei kann ich einerseits an diejenigen früheren Interpretationen des Konflikts anknüpfen, die wie John Fulton (1991) den Aspekt von Macht und Herrschaft betonen, und andererseits an solche, welche wie Kathleen P. Lundy (2001) die Problematik der sozialen Ungleichheit in den Mittelpunkt stellen. Gerne würde ich meinen Beitrag als einen Versuch verstanden wissen, beide Aspekte – Herrschaft und Ungleichheit – zusammenzubringen in einem schließungstheoretischen Konzept der Entwicklung von Staatsbürgerrechten. In den siebziger und achtziger Jahren warf die mit den Namen Frank Parkin und Raymond Murphy verbundene Theorie der sozialen Schließung neues Licht auf Problemstellungen insbesondere im Bereich der Sozialstruktur. Speziell die Frage der Berücksichtigung ethnischer und geschlechtsspezifischer Merkmale und der damit verbundenen Zuschreibungen und Benachteiligungen in Klassen- und Schichtungsmodellen wurde so belebt.

In den neunziger Jahren ging die Debatte andere Wege, und das Schließungskonzept geriet ins akademische Abseits. Weder wurde Parkins und Murphys Theorie weiterentwickelt, noch wurde sie in empirischer oder sozialgeschichtlicher Forschung angewandt. Mit diesem Aufsatz soll die Diskussion neu angestoßen werden. Einerseits wird gezeigt, dass die Theorie der sozialen Schließung wertvolle Erkenntnisse für das Verständnis des Prozesses der Verbreiterung von Staatsbürgerrechten bereitstellt und andererseits wird der Weg zum nordirischen Friedensabkommen von dieser Warte aus interpretiert.

Konflikte als Prozesse sozialer Schließung

Max Webers Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen sozialen Beziehungen gilt als der Ausgangspunkt der Theorie der sozialen Schließung. Während er eine Beziehung als geschlossen definiert, wenn und insoweit ihr »Sinngelhalt und ihre geltenden Ordnungen die Teilnahme ausschließen oder beschränken oder an Bedingungen knüpfen«, zeichnet sich eine offene soziale Beziehung

Büros dieser Partei und einige Privathäuser durchsuchte, als übertrieben ein. Der Spionageverdacht würde aufgebauscht, um den Austritt der Unionisten aus der Regierung zu rechtfertigen, was sie ohnehin vorgehabt hätten.

dadurch aus, dass niemandem, der dies wünscht und dazu in der Lage ist, die Teilnahme verwehrt wird (Weber 1985, S. 23). Schließung ist von dieser Warte als ein Prozess zu verstehen, durch den gesellschaftliche Gruppen Vorteile zu maximieren suchen, indem sie den Zugang zu Privilegien und Erfolgchancen auf einen begrenzten Kreis von Auserwählten einschränken. Dazu kann praktisch jedes Gruppenmerkmal, sei es »Rasse, Sprache, Konfession, örtliche oder soziale Herkunft, Abstammung, Wohnsitz usw.« zum Anlass genommen werden (ebd., S. 201).

Obwohl dies eine allgemeine Definition von Ausgrenzungsprozessen nahe legt, hat Weber sie in erster Linie in seiner Analyse der Wirtschaftsbeziehungen verwandt. Fast beiläufig bemerkt er dort auch, dass »das so entstandene Gemeinschaftshandeln ... ein entsprechendes der anderen, gegen die es sich wendet, hervorrufen (kann)« (ebd.). Insgesamt ist aber der Tatbestand der Gegenhandlungen von Seiten ausgegrenzter Gruppen in Webers Diskussion offener und geschlossener Beziehungen rudimentär geblieben, und es ist das Verdienst Frank Parkins (1972, 1979) und Raymond Murphys (1988), daraus ein allgemeines Konzept zur Analyse von Herrschaftsverhältnissen entwickelt und dabei jene »Gegenaktionen«, von denen Weber mit Bezug auf die Ökonomie sprach, gebührend berücksichtigt zu haben.

Parkin und Murphy stellen die Vorstellung einer simplen Durchsetzung von Handlungsstrategien ausschließender Gruppen infrage. Schließung wird eher als sozialer Prozess begriffen, welcher durch den Rekurs auf zwei unterschiedliche, aber reziproke Handlungsarten verständlich wird: Ausschließung und Usurpation. Unter *Ausschließung* werden alle Strategien zusammengefasst, die der Monopolisierung gesellschaftlicher Chancen, Privilegien und Ressourcen dienen, während *Usurpation* dem entgegenwirkt und darauf abhebt, den Ressourcenanteil ausschließender Gruppen zu verringern und ihre Vorrechte infrage zu stellen (Murphy 1988, S. 10). Hierzu sind beherrschte Gruppen gewöhnlich auf Formen des solidarischen Zusammenschlusses angewiesen, welche selbst wiederum eher revolutionären oder reformerischen Charakters sein können: *Inclusionary usurpation* zielt demnach auf die Verbesserung des Status einer Gruppe innerhalb einer gegebenen sozialen Ordnung, während *revolutionary usurpation* diese Ordnung selbst in Frage stellt. Im letzteren Fall handelt es sich um einen »direct attempt to change the structure of positions in society and in some cases to change the structure of nation states.« (Murphy 1988, S. 77) Dem wäre hinzuzufügen, dass nicht nur Konflikte *zwischen* Konfliktparteien die Form von Schließungsbeziehungen annehmen können, sondern dass Ausgrenzungs- und Usurpationskämpfe mitunter die Auseinandersetzungen *innerhalb* dieser Parteien selbst prägen.

Vom Standpunkt des Schließungskonzepts ist die Vorstellung einer simplen und problemlosen Reproduktion der Interessen herrschender Gruppen zurückzuweisen, solange den Gegenstrategien ausgeschlossener Gruppen keine systematische Berücksichtigung zuteil wird. Ausschließung und Usurpation werden im Gegenteil als reziproke Strategien angesehen, deren Zusammenwirken Konflikte als soziale und politische Prozesse mit prinzipiell offenem Ausgang er-

scheinen lassen. Denkbare Konfliktregulationen, in denen die Dialektik von Ausschließung und Usurpation eine zumindest temporäre Bewegungsform erhalten, schließen zunächst Fälle ein, in denen die ausschließende Gruppe ihre Interessen ohne weitere Zugeständnisse an die Ausgeschlossenen und mitunter repressiv, etwa durch den Einsatz staatlicher Gewalt durchsetzt. Die Herrschaftsverhältnisse bleiben dann unverändert wie etwa in China nach der Studentenrevolte von 1989; sie umfassen zweitens historische Beispiele, in denen den Usurpatoren eine Revolution gelang und das *Ancien Regime* abgelöst wurde wie bei den Erstürmungen der *Bastille* 1789 in Frankreich und des *Winterpalais* 1917 in Russland.

Schließlich kann es im Spannungsfeld von Exklusion und Usurpation zu einer dritten Möglichkeit der Konfliktregulation kommen, welche Parkin und Murphy meines Erachtens nicht gebührend berücksichtigt haben: die eines im gegenseitigen Interesse befindlichen institutionellen Arrangements. Die unter Einsatz kollektiver Strategien erzielten Gewinne sind nicht immer und unter allen Umständen mit gleichzeitigen Verlusten der Gegenseite verbunden, sondern können auch in eine *win-win*-Konstellation zum Nutzen beider Seiten umschlagen. In diesem Fall dient als Konfliktregulation häufig ein Kompromiss, in dem die Interessen beider Gruppen bis zu einem gewissen Grad zum Ausdruck kommen. Ein solcher Kompromiss kommt in der Regel durch eine Vermittlung dritter Akteure und/oder durch eine Verlagerung der Handlungsebene zu Stande, so dass die Interessenkonstellationen des alten Konflikts sich verändern und möglicherweise neue Akteure bzw. Interessengruppen hinzutreten. Umgekehrt können bereits getroffene *agreements* zwischen Interessengruppen durch das Eintreten neuer Akteure bzw. Handlungsebenen in Ungleichgewicht geraten und schließlich aufgekündigt werden. Als Beispiel für diese dritte Variante lässt sich die Entwicklung des britischen Sozialstaats nach dem Zweiten Weltkrieg anführen. Zunächst wurde ein »Klassenkompromiss« (Peter von Oertzen) zwischen Arbeitgeberorganisationen, Gewerkschaften und Regierung eingegangen und ein universeller Wohlfahrtsstaat errichtet, welcher dann in den achtziger Jahren von Regierungs- und Arbeitgeberseite weitgehend aufgekündigt wurde.

Exklusions- und Usurpationsstrategien werden nicht willkürlich eingeschlagen. Parkin (1979, S. 95 f.) betont vielmehr – in diesem Fall gegen Weber –, dass besonders kruden Arten von Ausgrenzung in der Regel rechtliche Definitionen der Unterordnung durch den Staat vorhergehen. So habe in den meisten Fällen, in denen ethnische, religiöse, sprachliche oder geschlechtsspezifische Merkmale dem Zweck sozialer Schließung dienstbar gemacht wurden, der jeweilige Staat bereits zuvor anhand eben dieser Merkmale einen rechtlich minderwertigen Status definiert und somit die fragliche Gruppe stigmatisiert. Ethnische Unterwerfung, eine der geläufigsten Fälle sozialer Ausgrenzung, vollzieht sich demnach als Folge territorialer Eroberungen oder erzwungener Migration von Bevölkerungsgruppen und schafft auf diese Weise die Subkategorie des Bürgers zweiter Klasse. Anhand des Beispiels von Ausgrenzungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft zeigt Parkin, dass es sich dabei zu meist um bereits durch den Staat stigmatisierte Gruppen handelt –

um diejenigen »that already suffer the disabilities of marginal political status, and whose own organizing and defensive capacities are seriously diminished.« (ebd., S. 96)

Hebt Parkin zu Recht die entscheidende Rolle hervor, die der Staat bei der Auswahl von Objekten von Ausgrenzungsmanövern spielt, so unterlässt er es, Fälle zu diskutieren, in denen der Staat bzw. seine Repräsentanten aufhören, Zielgruppen für soziale Ausgrenzungen zu definieren oder in denen sie diese Definition ändern. In Abwesenheit eines staatlich bereiteten institutionellen Kontexts der Exklusion ist nun anzunehmen, dass sich der Einfluss usurpierender Gruppen innerhalb der »Schließungsgleichung« (Mackert 1998, S. 564) erhöht und dass für herrschende Gruppen eine auf offener Ausgrenzung beruhende Strategie der Ressourcenreproduktion weniger leicht durchsetzbar ist. Ein sozialer Druck zur Modifikation ihrer Herrschaftsstrategien entsteht.

Einerseits kann sich dieser Druck in einem Wandel des modus vivendi der Herrschaftsreproduktion niederschlagen, bei dem die – zunehmend ineffiziente – offene Exklusion sukzessive ersetzt wird durch feinere und indirekte Formen der Ausgrenzung. Andererseits verbessern sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Zustandekommen eines Arrangements zwischen herrschenden und usurpierenden Gruppen im Sinne des dritten oben beschriebenen Konfliktszenarios.

Diese Hypothese soll anhand der empirisch-historischen Entwicklung Nordirlands einer ersten Prüfung unterzogen werden. Zunächst aber soll der vielversprechenden These Jürgen Mackerts (ebd., S. 565 ff.) nachgegangen werden, der zufolge es bei staatlich regulierten Schließungsprozessen im Kern um den umkämpften Zugang zu Staatsbürgerrechten geht. Durch die schließungstheoretische Perspektive gewinnen Theorien der Entwicklung universeller Staatsbürgerrechte an Erklärungskraft.

Die Entwicklung universeller Staatsbürgerrechte als Dialektik von Exklusions- und Usurpationsstrategien

Thomas H. Marshall (1992, S. 40 ff.) gliedert in seinem klassischen Essay über *Bürgerrechte und soziale Klassen* die Staatsbürgerrechte in »das bürgerliche, politische und soziale Element«. Das *bürgerliche Element* von *citizenship* hebt auf die individuellen Grundrechte wie die Unantastbarkeit der Person, die Redefreiheit und das Recht auf ein Gerichtsverfahren ab. Das *politische Element* bezieht sich vor allem auf das Partizipationsrecht am politischen Prozess. Die Ausübung dieses Rechts erfolgt in der Regel in entsprechenden Institutionen wie Parlamenten und lokalen Administrationen. Schließlich sah Marshall, dass bürgerliche und politische Staatsbürgerrechte unvollständig bleiben ohne ein *soziales Element*, das Recht auf ökonomische und soziale Wohlfahrt. Die Ausübung sozialer Staatsbürgerrechte und damit die Verbreitung von *citizenship* überhaupt ist nun gebunden an die Verpflichtung der Marktwirtschaft auf soziale Gerechtigkeit, welche, so Marshall, durch ein entsprechendes Set von Institutionen sichergestellt werden kann.

Marshall ging davon aus, dass soziale Errungenschaften wie ein umfassender Wohlfahrtsstaat in mitunter harten sozialen Auseinan-

dersetzungen erkämpft wurden. In der Nachkriegszeit, als die Durchsetzung sozialer Bürgerrechte und hier insbesondere der Aufbau des Sozialstaats auf der Tagesordnung stand, erblickte Marshall in der Arbeiterklasse den entscheidenden kollektiven Akteur. Die strukturellen Spannungen zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsform und der Gewährung universeller Wohlfahrt (Turner 1986) hat Marshall (1981) zwar gesehen, doch war er zu sehr vom Geist des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses der Nachkriegszeit geprägt, um eine einseitige Aufkündigung dieses Arrangements für möglich zu halten.

Wie Ruth Lister (1997, S. 35) richtig einwendet, sind einmal erreichte Standards von Staatsbürgerrechten aber nicht als statische und langfristig gegeben zu betrachten, sondern »always open to reinterpretation and renegotiation.« Genau dies war ab Ende der siebziger Jahre der Fall, als in Großbritannien viele sozialstaatliche Errungenschaften in einer Art Klassenkampf »von oben« zurückgenommen wurden und die Arbeiterbewegung sich zu ihrer Verteidigung als nicht stark genug erwies.

Neben den Vorwurf, Marshalls Konzept sei nicht dynamisch genug, um die Fort- und Rückschritte der Ausbreitung von Staatsbürgerrechten auf den Begriff zu bringen, trat die Kritik, es zu eng an die Praxis der Arbeiterklasse gebunden zu haben. Von feministischer Seite wurde unter Hinweis auf die relativ späte Einführung des Frauenwahlrechts eingewandt, dass die Ausbreitung von politischen Staatsbürgerrechten alles andere als automatisch und linear verläuft. Ferner habe Marshall übersehen, dass Frauen in der Praxis an der Ausübung der sozialen Rechte gehindert seien, da sie nach wie vor in erster Linie für die Betreuung der Kinder, Älteren und Kranken zuständig seien (Jones und Wallace 1992). Schließlich machte Bryan S. Turner (1993) aufgrund seiner Studien in Australien und den USA darauf aufmerksam, dass ethnische Konflikte für die Herausbildung ziviler, politischer und sozialer Standards von Staatsbürgerschaft ebenso bedeutsam sein können wie die Auseinandersetzungen von Kapital und Arbeit.

Ich möchte nun argumentieren, dass sich die partikularen und ungleichzeitigen Formen der Durchsetzung von Staatsbürgerrechten auf den Begriff bringen lassen, wenn man sie in den Kontext des oben entwickelten Schließungskonzepts stellt. In diesem Licht erscheinen sie zugleich als Resultate und Voraussetzungen von Exklusions- und Usurpationsstrategien auf verschiedenen gesellschaftlichen Feldern.² Die entsprechenden Kämpfe beschränken sich nicht auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit, sondern schließen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ein, die zum Beispiel auf der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Geschlechtern oder ethnischen Gruppen beruhen. Auf den Sachverhalt, dass Gruppen, die eine Schließungsbeziehung dominieren, mitunter zu den beherrschten Gruppen in anderen Feldern gehören (vgl. Parkin 1979, S. 89 ff.), zielt Parkins Konzept des *dual closure*: Von doppelter bzw. mehrfacher Ausschließung ausgehen heißt die Problematik ernst nehmen, dass Ressourcen und Einsätze in unterschiedlichen Schließungsbeziehungen variieren und nicht auf eine einzige Logik reduziert werden können.

2 Auch mit Bourdieu (1983, 2001) könnte man argumentieren, Schließungsprozesse für jedes soziale Feld gesondert zu betrachten. Beispielsweise ist das intellektuelle Kapital, das im akademischen Feld gefragt ist, von ganz anderer Natur als jenes, das man beim Aufstieg zur Spitze eines profitorientierten Unternehmens braucht.

Abb. 2:

Bürgerrechte im Spannungsfeld von Exklusion und Usurpation

Bürgerrechte	Umkämpfte Ressourcen	Schließungsbeziehung mit dominierendem Gegensatz
<i>Bürgerliche Rechte</i>	Freiheit der Person, Redefreiheit, Freiheit des Eigentums, Vertrags- und Gerichtsfreiheit.	<i>Feudalsystem</i> : Adlige gegen »Gemeine«, Freie gegen Unfreie;
<i>Politische Rechte</i>	Gleiches Partizipationsrecht am Gebrauch politischer Macht: u. a. aktives und passives Wahlrecht.	<i>Patriarchat</i> : Männer gegen Frauen;
<i>Soziale Rechte</i>	Recht auf Teilnahme am Arbeitsmarkt; zur Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum; zur Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen; auf menschenwürdiges Wohnen.	<i>Auf ethnischer Zugehörigkeit basierende Herrschaftsordnungen</i> : Weiße gegen Schwarze, Christen gegen Juden, Kolonialherren gegen Ureinwohner etc.; <i>Klassengegensatz</i> : Surplus aneignende gegen Surplus produzierende Klassen.

Der schließungstheoretische Zugang fokussiert auf die Dynamik der Beziehungen zwischen ausschließenden und usurpierenden Gruppen. Er geht von einem labilen Gleichgewicht der Schließungsgleichung aus, da es generell im Interesse beider Pole ist, den eigenen Ressourcenanteil notfalls auf Kosten des Gegenübers auszuweiten. Die Rücknahme eines einmal erreichten Bürgerrechtsniveaus ist deshalb stets eine realistische Option. Ebenso lässt sich so eine – historisch oft anzutreffende – zeitweilige Dominanz einer Schließungsbeziehung über andere einholen. Marshall (1992, S. 42 f.) behält im allgemeinen Recht mit seiner Periodisierung, in der er »bürgerliche Rechte dem achtzehnten, politische Rechte dem neunzehnten und soziale Rechte dem zwanzigsten Jahrhundert« zuordnet. Die anderen, mit den Typen der Staatsbürgerschaft korrespondierenden Gegensätze waren jedoch ebenfalls präsent, obwohl sie nicht den Hauptstrom des sozialen Wandels prägten. So führten die Usurpationsgewinne der männlichen Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum auf dem Gebiet der sozialen Bürgerrechte nicht automatisch zu einer Besserstellung der Frauen und ethnisch dominierter Gruppen, auch wenn sie zweifellos zur Etablierung einer Zivilgesellschaft beigetragen haben, in der die Thematisierung der entsprechenden Kämpfe leichter fiel als vor der Ära des Wohlfahrtskapitalismus. Die politischen und sozialen Bürgerrechte der Frauen und Nicht-Weißen mussten vielmehr durch eigenständige Bewegungen durchgesetzt werden. Die organisatorische Unabhängigkeit dieser Gruppen war nicht zuletzt deshalb notwendig, weil weiße Männer sich in den in-

ternen Machthierarchien von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in den meisten Fällen an der Spitze befanden.

Exklusion und Usurpation in Nordirland

Vor dem Hintergrund des soeben entwickelten schließungstheoretischen Konzepts der Ausbreitung von Staatsbürgerrechten interpretiere ich nunmehr den Weg zum nordirischen Friedensabkommen. Dabei argumentiere ich einerseits, dass sich die jüngere Geschichte Nordirlands als eine Sequenz der im ersten Abschnitt unterschiedenen Konfliktszenarien (Beibehaltung des Status quo, revolutionärer Kampf und institutioneller Kompromiss) darstellt, und andererseits, dass die entsprechenden Kämpfe zur Ausbreitung von *citizenship* geführt haben. Werfen wir zunächst einen Blick auf die nordirische Gesellschaft in den ersten fünfzig Jahren nach der Staatsgründung 1921, so war dies die Zeit einer offenen unionistischen Vorherrschaft über die katholische Bevölkerung in der Form eines »protestantischen Parlaments und eines protestantischen Staats«.³

Bis in die siebziger Jahre hinein pflegten sich weder die britische noch die irische Regierung in grundlegende Fragen bezüglich nordirischer Angelegenheiten einzumischen, so dass die politische Gewalt in erster Linie vom Regionalparlament in Stormont ausging. Protestanten dominierten diese und andere Institutionen und erwiesen sich an Legitimation im nationalistischen Bevölkerungsteil wenig interessiert. Wie Richard Rose (1971) schon früh erkannte, hing unionistische Hegemonie nicht in erster Linie ab von der Bereitschaft der Katholiken zum Kompromiss, sondern vom Kohäsionsgrad des unionistischen Blocks und der damit verbundenen Möglichkeit, Interessen und Ziele notfalls auch gegen den Willen der katholischen Minderheit durchzusetzen. Die Herrschaft der Unionisten beruhte auf der Ausschließung von Katholiken von den Schlüsselpositionen der politischen und wirtschaftlichen Macht.

Die erste Säule der unionistischen Vorherrschaft war politisch-rechtliche Diskriminierung durch die Einschränkung der politischen Rechte der Katholiken durch das Wahlsystem. Im Zuge des so genannten *gerrymandering* wurden Wahlkreise so zugeschnitten, dass es in vielen Gegenden mit nationalistischer Bevölkerungsmehrheit zu unionistisch dominierten Gemeindevertretungen kam (Elliot 1999). Wie Graham Gudgin (1999) zeigt, tendierten die so zusammengesetzten *councils* wiederum dazu, Katholiken zum Beispiel bei der Vergabe von *öffentlichem Wohnraum* zu benachteiligen und so auch ihre sozialen Bürgerrechte zu beschneiden. Ein weiteres Element der unionistischen Herrschaft war die diskriminierende Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst, aufgrund derer Katholiken unterrepräsentiert und von den oberen Rängen de facto ausgeschlossen waren (Morrissey 2001). Die *Polizei und Sicherheitskräfte* bestanden zu über 90 % aus Protestanten und enthielten Spezialeinheiten, die mitunter als eine Art unionistische Miliz auftraten (Hillyard 1997). Und schließlich waren Katholiken auch in der *Privatwirtschaft* benachteiligt, da die meisten Unternehmer Protestanten waren und entweder überhaupt keine Katholiken einstellten oder doch nur zu schlechteren Konditionen und für einfache Aufgaben.

3 So zumindest die Formulierung des ersten nordirischen Premierministers James Craig (1921-1940).

4 Nach Lundy (2001, S. 713 f.) betrug die Arbeitslosigkeit katholischer Männer 1971 17 % und die katholischer Frauen 7 %. Für die Protestanten lauteten die entsprechenden Werte 7 % und 4 %.

5 Die Funktion des *orange state* als Herrschaftsinstrument der protestantischen Elite ist von Michael Farrell (1980) beispielhaft herausgearbeitet worden.

Die Folge all dieser Benachteiligungen war einerseits eine höhere Arbeitslosenrate von Katholiken gegenüber Protestanten⁴ und andererseits ein ethnisch segmentierter Arbeitsmarkt, bei dem, so Edmund A. Auger in seiner Pionierstudie über *Religion and Occupational Class* konzentriert waren. In ein- und demselben Arbeitskontext besetzten wiederum Protestanten weitaus häufiger das Management, und Katholiken waren in den einfachen und ausführenden Berufspositionen überrepräsentiert.

Die angeführten Beispiele von Benachteiligungen unterstreichen die unabdingbare Rolle des Staats für das Funktionieren offener sozialer Ausgrenzung. Anders als die von Max Weber zitierten Passagen nahe legen, hätte es zur Reproduktion unionistischer Hegemonie nicht ausgereicht, dass die Unionisten die Nationalisten als Zielscheibe von Exklusion einfach »auswählten«; denn dann bliebe unklar, warum es umgekehrt den Nationalisten nicht ihrerseits gelang, mit den Unionisten dasselbe zu tun. Die Exklusion von Nationalisten funktionierte vielmehr nur deshalb so reibungslos, weil die protestantische Elite sich auf ein Set staatlicher Institutionen stützen konnte, welches, weit davon entfernt, von Partikularinteressen unabhängig zu sein, als unmittelbares Instrument ihrer Herrschaft diente⁵, und, als solches, die katholische Gemeinschaft de facto zu einer juristischen und politischen Kategorie zweiter Klasse herabstufte.

In diesem von Diskriminierung geprägten institutionellen Kontext befand sich die protestantische Arbeitnehmerschaft in einer außerordentlich günstigen strategischen Position, welche sich als ein Paradebeispiel des *dual closure* beschreiben lässt. Die protestantischen Arbeitnehmerorganisationen konnten die möglichen Gewinne, die ein Schulterschluss mit den Katholiken zum Zwecke der gemeinsamen Verfolgung usurpatorischer Ziele gegen die Arbeitgeber versprochen hätte, abwägen gegen die Vorteile, die mit der kontinuierlichen Ausgrenzung von Katholiken aus allen Arten von privilegierten Beschäftigungspositionen verbunden waren. Dass sich die protestantischen Arbeiter gegen ein Bündnis mit ihren katholischen Klassengenossen aussprachen und für eine Fortsetzung ihrer ethnisch bedingten materiellen Privilegierung optierten, zeigt, dass selbst Ausbeutung durch Lohnarbeit für privilegierte Arbeitnehmer so lange hinzunehmen ist, wie sie sich durch Ausgrenzung anderer Teile der Arbeitnehmerschaft schadlos halten können.

Gegen Mitte der sechziger Jahre begannen sich die von der Teilhabe an der politischen und ökonomischen Macht weitgehend ausgeschlossenen Bevölkerungsteile zu solidarisieren. Eine Bürgerrechtsbewegung nach dem Vorbild des amerikanischen *Civil Rights Movements* entstand und forderte die Abschaffung der protestantischen Privilegien, wobei sie sich gewaltfreier Methoden des zivilen Widerstands wie Demonstrationen und *sit-ins* bediente. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass, obgleich die Mehrheit derjenigen, die in der *Northern Ireland Civil Rights Association* engagiert waren, katholisch war, die Kampagne sich nicht die Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland zum Ziel setzte. Der Slogan *British Rights for British Citizens* verweist eher darauf, dass es in erster Linie darum ging, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Katholiken innerhalb der bestehenden politischen und sozialen

Ordnung zu verbessern – mit Murphy gesprochen also eine reformerische Usurpationsstrategie. Der Rückhalt für eine revolutionäre Usurpationsstrategie zum Zwecke der Etablierung eines vereinigten irischen Staates war bemerkenswert gering.⁶

Bob Purdie (1990, S. 143 ff.) hat die Unfähigkeit der unionistischen Regierung beschrieben, in konstruktiver Weise auf die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung zu reagieren. Stattdessen trug Stormont entscheidend zur Eskalation der politischen Lage bei, was die Londoner Zentralregierung zuerst zur Entsendung von Truppen veranlasste und dann – 1972 – zur Auflösung der Selbstverwaltung. Dieser Schritt sorgte jedoch nicht, wie anfangs von den Katholiken erhofft, für einen Fortschritt an der Bürgerrechtsfront. Ganz im Gegenteil: Durch die Einführung des so genannten *internment* – dem In-Gewahrsam-Nehmen von Personen auf der bloßen Grundlage des Terrorismusverdachts –, das in den ersten Jahren nahezu ausschließlich gegen Nationalisten zur Anwendung kam, kam es zu einer empfindlichen Einschränkung nunmehr auch ihrer zivilen Rechte. Zudem sollte sich die Härte, mit der der staatliche Sicherheitsapparat gegen die Proteste der Bürgerrechtler vorging, noch verschärfen.

Vor allem die Ereignisse des sogenannten *Bloody Sunday* 1972, als britische Soldaten 14 Bürgerrechtler in Derry/Londonderry erschossen, führten nicht nur zu weiterer Entfremdung der Katholiken von der staatlichen Ordnung, sondern hatten schwerwiegende Konsequenzen für die Taktik der Usurpatoren: Waren die Protestaktionen bis dato auf Reformen der existierenden politischen und ökonomischen Strukturen ausgerichtet gewesen, wobei man sich weitgehend auf friedliche Mittel beschränkt hatte, bekamen nun diejenigen Kräfte Zulauf, welche den revolutionären und bewaffneten Kampf befürworteten und die Position vertraten, dass sich die politischen Forderungen der Bürgerrechtler nur im Kontext eines vereinigten Irlands durchsetzen ließen. Die Folge war ein *dirty war* zwischen der britischen Armee, dem unionistischen Sicherheitsapparat sowie loyalistischen Paramilitärs einerseits und der IRA andererseits.

In den siebziger und achtziger Jahren versuchte Westminster einerseits, die IRA militärisch zu besiegen, und andererseits sollten begrenzte Reformen die Legitimation des Staats bei den Katholiken erhöhen. Ausdruck letzterer Zielorientierung war die Abschaffung des *gerrymandering* und die Illegalisierung offener Diskriminierung bei Einstellungen aufgrund von Konfessionszugehörigkeit (Thorpe 2001). Jedoch lief die Abschaffung der direkten Diskriminierung nicht einfach auf ein Mehr an Gleichheit hinaus. Insbesondere im privaten Sektor erfolgte Diskriminierung nunmehr oft in indirekter Form, wenn etwa Arbeitnehmer angewiesen wurden, in bestimmten Regionen ihren Wohnsitz zu nehmen (Lundy 2001). Praktisch war dies oftmals unmöglich, denn – darauf haben Michael Poole und Paul Doherty (1996) hingewiesen – viele Gegenden Nordirlands sind derart ethnisch segregiert, dass es lebensgefährlich sein kann, in eine von der anderen Religionsgemeinschaft dominierte Gegend zu ziehen. Als Gegenreaktion begannen katholische Unternehmer nun ihrerseits, protestantische Bewerber in ähnlicher Form zu benachteiligen.

6 Weder wäre sonst die so genannte *Border-Campaign* (1956-1962) der IRA aus Mangel an Unterstützung abgeblasen worden (vgl. Dixon 2001, S. 70), noch hätte sich der Stimmenanteil der gemäßigten *Nationalist Party* im Verlauf der sechziger Jahre kontinuierlich erhöht (Purdie 1990).

7 Zwischen 1971 (siehe oben Fn. 4) und 1987 hatte sich die Arbeitslosigkeit der katholischen Männer auf 36% verdoppelt und war bei den Frauen auf 15 % angestiegen. Auch bei den Protestanten hatte die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum zugenommen. Die Werte für 1987 lauten 15 % für die Männer und 9 % für die Frauen.

Im Laufe der achtziger Jahre wurde immer deutlicher, dass die Doppel-Strategie der britischen Regierung nicht aufgegangen war. Weder war es gelungen, die IRA militärisch zu besiegen, noch waren die Benachteiligungen der katholischen Bevölkerung merklich eingedämmt worden.⁷ An der geringen Legitimation der Londoner Zentralregierung bei der katholischen Bevölkerung hatte sich folglich wenig geändert. Umgekehrt, und dies ist ebenso wichtig, hatte aber der bewaffnete Kampf der IRA ebenfalls nicht die gewünschten Erfolge erbracht. Nicht nur war es ihr nicht gelungen, die Briten aus Nordirland zu vertreiben, sondern die Legitimation der Gewalt als Mittel in der politischen Auseinandersetzung selbst hatte aufgrund von Repressionen innerhalb des nationalistischen Lagers, der Verwicklung der IRA in Kriminalität und der vielen unschuldigen Opfer deutlich nachgelassen.

Das Fiasko der Hardliner auf beiden Seiten machte eine auf Gewaltlosigkeit und der Teilung der politischen Macht beruhende Konfliktlösung wieder wahrscheinlicher. Gemäßigte Stimmen argumentierten, dass, wenn es schon nicht möglich war, die Problemkreise des Status Nordirlands und der politischen und sozialen Staatsbürgerrechte gemeinsam zu adressieren, die Möglichkeit bestand, auf den Gebieten der politischen Reformen und der sozialen Integration voranzukommen, indem man diesen Fragenkomplex – zumindest zeitweilig – von dem der konstitutionellen Zugehörigkeit Nordirlands entkoppelte:

Abb. 3:

Das Friedensabkommen als institutioneller Kompromiss zwischen ausschließenden Gruppen und Usurpatoren

	Unionisten	Nationalisten
Hauptziel der Verhandlungen	Absicherung der Union mit Großbritannien	Mehr an Bürgerrechten: Polizeireformen; Beteiligung an politischer Macht; erhöhte Repräsentation im öffentlichen Dienst durch Einstellungsquotierung. »Irische Komponente« durch Nord/Süd-Gremien.
Konzession	Abstriche bei politischen und sozialen Privilegien	Hinnahme des konstitutionellen Status Quo Nordirlands.
Mittel	Dialog	Dialog

Dieser Kompromiss ist wesentlich durch die Vermittlung dritter Akteure und die Verschiebung des Konflikts auf eine neue Handlungsebene zustande gekommen. Zu dieser Verschiebung haben vor allem zwei Faktoren beigetragen: die Internationalisierung des Konflikts und der ökonomische Strukturwandel.

Die Internationalisierung des Konflikts wurde mit dem *Anglo-Irish Agreement* von 1985 eingeleitet, als Westminster aufhörte, den

Nordirland-Konflikt als »innere Angelegenheit« zu betrachten und zugleich die Republik Irland als Verhandlungspartner anerkannte (Arthur 2000). Umgekehrt erteilte die Republik Irland Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele eine Absage, was weiteren Verhandlungen den Weg ebnete. In dieselbe Richtung hat das Engagement von US-Präsident Bill Clinton gewirkt, mit dem er *Sinn Fein* zur Teilnahme an den Friedensgesprächen verhalf.⁸ Wichtige weitere Schritte waren die Erklärung von *Downing Street*, »keinerlei strategische Interessen in Nordirland« zu verfolgen, gefolgt vom ersten Waffenstillstand der IRA, und schließlich die Wahl von Tony Blair zum britischen Premierminister 1997 und dessen kurz darauf folgende Ankündigung, eine Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vom Bloody Sunday ins Leben zu rufen.

Ebenso wichtig war der ökonomische Boom in der Republik Irland, von dem Nordirland zu profitieren begann. In den letzten Jahren ist die Region die am schnellsten wachsende Großbritanniens gewesen, und die Arbeitslosigkeit hat sich seit den 90er Jahren bis auf zuletzt 5 % reduziert (Gaffikin et al. 2001, S. 16). Auch in Bezug auf die lange Zeit den Arbeitsmarkt kennzeichnenden diskriminierenden Einstellungspraktiken gibt es Fortschritte. Beschäftigung wird vor allem im einfachen und qualifizierten Dienstleistungssektor geschaffen von zumeist ausländischen Firmen, für die sektiererische Gründe bei der Rekrutierung ihrer Belegschaften keine Rolle spielen. Dagegen gehören die traditionellen Hochburgen der Diskriminierung – die Schiffswerften und der öffentliche Dienst – zu den Verlierern des industriellen Strukturwandels.

Schließlich soll die Aufmerksamkeit auf die internen Usurpationskämpfe des unionistischen und nationalistischen Lagers gelenkt werden. Unionistische Hegemonie basierte jahrzehntelang auf innerer Geschlossenheit, welche es erlaubte, frühere Reformen und Versuche, mit den Nationalisten zu einem Ausgleich zu kommen, zu unterlaufen (Cox et al. 2001). Im Falle des *Anglo-Irish-Agreements* scheiterten entsprechende Protestaktionen jedoch, und es tat sich eine Kluft auf zwischen einer traditionalistischen Fraktion, welche den Verhandlungen zum Karfreitagsabkommen fernblieb, und einem Modernisierungsflügel, der es vorzog, Reformen nicht pauschal zu verdammen und die Union mit Großbritannien durch Verhandlungen zu verteidigen. Dies gelang durch eine entsprechende Formulierung im Friedensabkommen und durch die Streichung zweier kontroverser Artikel aus der Verfassung der Republik Irland, welche einen Alleinvertretungsanspruch auch auf den Norden Irlands erhoben hatte (Bew 2001, S. 41). Als Resultat der Friedensverhandlungen erreichten die unionistischen Modernisierer damit einerseits eine Bestätigung des konstitutionellen Status quo Nordirlands, und andererseits enthielt die irische Verfassung keinerlei Passus mehr, der dies infrage stellte. Auf dieser Basis stimmte eine knappe Mehrheit aller Unionisten dem Karfreitagsabkommen zu. Seitdem hat sich jedoch die Position seiner Gegner angesichts des für zu langsam befundenen Abrüstungstempos und der anhaltenden illegalen Aktivitäten der IRA verbessert. Ein Fallstrick für den Friedensprozess liegt darin, dass der Pro-Agreement-Flügel der Unionisten beständig unter dem Druck steht, Erfolge vorzuweisen, während die fundamen-

8 1994 wurde Clintons Interesse an Nordirland deutlich, als er Gerry Adams, dem Führer von Sinn Fein, ein Visum für die USA erteilte. Dies war ihm zuvor verwehrt.

taloppositionellen Traditionalisten von Problemen bei der Implementierung des Friedensvertrages profitieren.

Auch der nationalistische Bevölkerungsteil ist alles andere als homogen. Auf dem Weg zum Friedensabkommen hatten moderate Kräfte wie John Hume von der Social Democratic Labour Party ein diplomatisches Meisterwerk zu vollbringen, um die Führer von *Sinn Fein* davon zu überzeugen, dass das zu erwartende Mehr an Bürgerrechten die Konzessionen beim konstitutionellen Status Nordirlands überwiegen würde. Als Fortschritte in Sachen *citizenship* gelten *erstens* die Einführung einer rechtlich bindenden Einstellungsquote im öffentlichen Dienst, von der eine deutliche Reduktion der Benachteiligungen ethnischer (nicht nur konfessioneller!) Minderheiten erwartet wird; *zweitens* die Etablierung eines neuen Polizeidienstes (*Police Service of Northern Ireland*), für dessen Personalrekrutierung Katholiken bis zum Erreichen der 50 %-Marke bevorzugt werden; und *drittens* die Dezentralisierung der Verwaltung einschließlich der Einrichtung grenzübergreifender Körperschaften, wodurch sich die »gesamtirische« Dimension in der Administration erhöht.

Dennoch ist innerhalb von *Sinn Fein* die Kluft zwischen Befürwortern und Gegnern des *Agreements*, welche den bewaffneten Kampf fortsetzen wollen und sich Verhandlungen mit dem ehemaligen Feind verweigern, nicht überwunden. Eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zwischen Gegnern und Befürwortern des Dialogs, wonach die IRA fortexistieren konnte, aber militärische Aktionen gegen die britische Armee und den Staat einzustellen hatte, erlaubte zunächst die Regierungsbeteiligung *Sinn Feins*. Dieser *modus vivendi* ist aber mit dem Auszug der Unionisten aus der Regierung und der Suspension des Friedensvertrages mittlerweile hinfällig. Die Pro-Agreement-Kräfte um Gerry Adams und Martin McGuinness dürften deshalb nicht länger um eine innerparteiliche Zerreißprobe herumkommen: Dabei wird es darum gehen, die Partei vollständig auf demokratische Mittel zu verpflichten – einschließlich der zügigen Abrüstung der IRA bis hin zur Auflösung als paramilitärischer Organisation.

Schlussfolgerungen

Die Anwendung dieses Ansatzes auf Nordirland hat ergeben, dass sich seine jüngere Geschichte in drei Etappen gliedert, die jeweils gekennzeichnet sind durch spezifische Konstellationen nationalistischer und unionistischer Exklusions- und Usurpationsstrategien, entsprechend den im theoretischen Teil entwickelten Formen der Konfliktregulation: Eine Beibehaltung des Status quo und der Privilegien der herrschenden Unionisten durch Ausgrenzung der Katholiken von der politischen und ökonomischen Macht kennzeichnete die Situation bis in die frühen siebziger Jahre; die siebziger und achtziger Jahre waren gekennzeichnet durch die Verlagerung unionistischer Ausschließungsstrategien auf indirekte Formen der Herrschaft einerseits und die revolutionäre nationalistische Usurpationsoption als Reaktion auf die vergeblichen zivilen Proteste der späten sechziger Jahre andererseits; und als institutioneller Kompromiss kann schließlich das durch Vermittlung Dritter zustande gekommene Karfreitagsabkommen von 1998 aufgefasst werden. Wichtige Inter-

essen sowohl von Nationalisten als auch von Unionisten finden sich hier berücksichtigt, weil die Frage der konstitutionellen Zugehörigkeit Nordirlands vom Problemkomplex der Staatsbürgerrechte entkoppelt wurde.

Die gegenwärtige Situation ist durch eine Offensive von Hardlinern beider Seiten geprägt, mit dem Ziel, diesen Kompromiss wieder aufzukündigen. Ob diese von Erfolg gekrönt sein wird, dürfte insbesondere vom Grad der Geschlossenheit der Befürworter des Karfreitagsabkommens abhängen: von der Bündnisfähigkeit der gemäßigten Kräfte im nationalistischen und unionistischen Lager einerseits, und von der Koordination der Regierungen in London und Dublin andererseits. Bleiben diese weiterhin konsequent bei der Implementierung des *Agreements* – und dies schließt die Wiedereinsetzung der Selbstverwaltung ein –, könnten die pragmatischen Kräfte in beiden Lagern wieder einflussreicher werden: Einerseits ist den nicht zuletzt ökonomischen Interessen der protestantischen Elite in einer friedlichen Umwelt und einem infolgedessen verbesserten Image im Ausland langfristig besser gedient als in einem durch Konflikt und Mißtrauen gekennzeichneten gesellschaftlichen Klima, das obendrein das Bürgerkriegsimage Nordirlands in den Augen potenzieller Geschäftspartner aktualisiert; und andererseits beruhen die enormen Stimmengewinne *Sinn Feins* seit Ende der neunziger Jahre entscheidend auf der allmählichen Abkehr vom bewaffneten Kampf und der Hinwendung zu demokratischen Mitteln. Da eine Rückkehr zur Gewalt dagegen für beide Lager bedeuten würde, ihre Vorteile wieder zu verspielen, erscheint vorsichtiger Optimismus im Hinblick auf die weitere politische Entwicklung angebracht.

Literatur

- Arthur, Paul (2000): *Special Relationships: Britain, Ireland and the Northern Ireland Problem*, Belfast.
- Aunger, Edmund, A. (1975): *Religion and Occupational Class in Northern Ireland*, in: *Economic and Social Review*, 17 (1): pp. 1-17.
- Bew, Paul (2001): *The Belfast Agreement of 1998: From Ethnic Democracy to a Multicultural, Consociational Settlement?* pp. 40-48, in: Michael Cox, Adrian Guelke and Fiona Stephen (Ed.): *A Farewell to Arms? From ›Long War‹ to Long Peace in Northern Ireland*, Manchester.
- Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital und Soziales Kapital*, S. 183-198, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderband 2*, Göttingen.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*, Frankfurt a. M.
- Cox, Michael, Adrian Guelke and Fiona Stephen (2001): *Conclusion: Closure for the Irish Question?* pp. 290-297, in: Michael Cox, Adrian Guelke and Fiona Stephen (Ed.): *A Farewell to Arms? From ›Long War‹ to Long Peace in Northern Ireland*, Manchester.
- Elliott, Sydney (1999): *The Northern Ireland Electoral System: A Vehicle for Disputation*, pp.122-138, in: Patrick J. Roche and Brian Barton (Ed.): *The Northern Ireland Question. Nationalism, unionism and partition*, Aldershot.
- Farrell, Michael (1980): *Northern Ireland: the Orange State*, London: Pluto Press.
- Fulton, John (1991): *The Tragedy of Belief. Division, Politics, and Religion in Ireland*, Oxford.
- Gaffikin, Frank, Malachy McEldowney, Mike Morrissey and Ken Sterrett (2001): *Northern Ireland: the Development Context, Local Economy*, 16 (1): pp. 14-25.
- Gudgin, Graham (1999): *Discrimination in Housing and Employment under the Stormont Administration*, pp. 97-121, in: Patrick J. Roche and Brian Barton (Ed.), *The Northern Ireland Question. Nationalism, unionism and partition*, Aldershot.
- Hillyard, Paddy (1997): *Security Strategies in Northern Ireland: Consolidation or Reform?* pp. 103-118, in: Chris Gilligan and Jon Tonge (Ed.): *Peace or War? Understanding the Peace Process in Northern Ireland*, Aldershot.
- Jones, G., and Wallace, C. (1992): *Youth, Family and Citizenship*, Buckingham.
- Kennedy-Pipe, Caroline (2001): *From War to Peace in Northern Ireland*, pp. 24-39, in: Michael Cox, Adrian Guelke and Fiona Stephen (Ed.): *A Farewell to Arms? From ›Long War‹ to Long Peace in Northern Ireland*, Manchester.
- Lister, Ruth (1997): *Citizenship. Feminist Perspectives*, Houndsmills.
- Lundy, Kathleen, P. (2001): *Lasting Peace in Northern Ireland: An Economic Resolution to a Political and Religious Conflict*, *Notre Dame Journal of Law, Ethics & Public Policy* 15: pp. 699-732.
- Mackert, Jürgen (1998): *Jenseits von Inklusion/Exklusion*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 8

(4): S. 561-576.

- Marshall, Thomas H. (1981): *The Right to Welfare and Other Essays*, London.
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt am Main/New York.
- Morrissey, Mike (2001): Northern Ireland: Developing a Post-Conflict Economy, pp. 136-152, in: Michael Cox, Adrian Guelke und Fiona Stephen (Ed.): *A Farewell to Arms? From 'long war' to 'long peace' in Northern Ireland*, Manchester.
- Murphy, Raymond (1988): *Social Closure. The Theory of Monopolization and Exclusion*, Oxford.
- Parkin, Frank (1972): *Class Inequality and Political Order*, Frogmore.
- Parkin, Frank (1979): *Marxism and Class Theory: A Bourgeois Critique*, Cambridge.
- Poole, Michael A. and Paul Doherty (1996): *Ethnic Residential Segregation in Northern Ireland*, University of Ulster: Centre for the Study of Conflict.
- Purdie, Bob (1990): *Politics in the Streets*, Belfast.
- Rose, Richard (1971): *Governing Without Consensus: An Irish Perspective*, London.
- Stewart, Paul (1999): The Good Friday Agreement, the Decommissioning of IRA Weapons and the Unionist Veto, *Capital & Class*, Nr. 69: pp. 1-7.
- Thorpe, J.H. (2001): God, Labor, and the Law: the Pursuit of Religious Equality in Northern Ireland's Workforce, *Peace Research Abstracts* 38 (4): pp. 451-600.
- Turner, Bryan (1986): *Citizenship and Capitalism: the Debate over Reformism*, London.
- Turner, Bryan (1993): Contemporary Problems in the Theory of Citizenship, pp. 1-18, in: Ders. (Ed.): *Citizenship and Social Theory*, London.
- Weber, Max (1985, 1922): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*, Tübingen.

DIETMAR WITTICH

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Eine empirisch-soziologische Annäherung

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: Daß es sie gibt, ist unübersehbar. Die soziologische Annäherung an die Problematik kann auf zwei Ebenen erfolgen: *erstens* auf theoretischer Ebene – das ist die Frage nach gesellschaftstheoretischen Erklärungsansätzen, über welche Zusammenhänge Fremdenfeindlichkeit (Meinungen und Verhalten) produziert und reproduziert wird; *zweitens* auf empirischer Ebene – dabei geht es um Fragen des Umfangs und der Verbreitung, der Intensität und der sozialen Verankerung. Hier wird eine empirische Annäherung versucht, es geht also um die empirische Ebene. Dies nicht nur, weil für einen soziologischen Zugang die Bearbeitung dieser eine Voraussetzung für eine Beschäftigung mit den theoretischen Fragen ist, sondern auch, weil es hinsichtlich Umfang und Struktur von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland viele Vermutungen in der Öffentlichkeit, aber wenig exakte Informationen gibt.

Empirische Grundlage sind Daten des ALLBUS, der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute alle zwei Jahre mit Samples zwischen 3 200 und 3 500 Befragten erhoben wird. In diesen repräsentativen Erhebungen sind regelmäßig Indikatoren enthalten, in denen nach Meinungen über Ausländer gefragt wird. 1996 war ein großer Komplex in die Untersuchung einbezogen worden.

Man kann natürlich immer bezweifeln, ob sich überhaupt mit diesen Instrumenten eine solche Problematik erfassen läßt und ob die geeigneten Fragen verwendet worden sind. Die Aufgabe ist gestellt, Fremdenfeindlichkeit in Deutschland nach Umfang, unterschiedlichen Typen und Verbreitung in der Bevölkerung empirisch zu analysieren. Ich hoffe, im folgenden nachweisen zu können, daß das vorliegende Material geeignet ist, die Problematik zu konturieren.

Die Annäherung erfolgt in mehreren Schritten.

Der erste Schritt: Ein Zeitvergleich

Beim ALLBUS wird immer wieder bei der Befragung eine fiktive Situation geschildert: In einer Gaststätte wird ein Mensch offensichtlich nicht deutscher Herkunft vom Wirt nicht bedient und in diskriminierender Weise behandelt. Daran wird die Frage angeschlossen, ob das schlimm sei oder nicht. 1996 meinten im Westen 10 Prozent und im Osten 11 Prozent, das sei nicht schlimm, bei der Erhebung im Jahre 2000 fanden im Westen 9 Prozent eine solche Diskriminierung nicht schlimm, im Osten waren es nunmehr 15 Prozent. Weitere Fragen werden zum Zuzug und zu Verhaltensanforderungen an Aus-

Dietmar Wittich – Jg. 1943; Dr. phil., Soziologe, Mitglied der Redaktion von UTOPIE kreativ. Zuletzt in der Zeitschrift: Neues aus der Klassengesellschaft, Heft 157 (November 2003)

»Richtig sprechen tue ich sowieso nicht – so mit Artikeln. Das muss ich noch lernen. Die Leute tun mich angucken und denken: Alles klar. Dann heißt es: Scheiß-Ausländer. Das ist immer so.« Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie, 2. Band, Opladen 2000, S. 108.

länder gestellt. Die Tabelle informiert über die Ergebnisse. 1996 waren in Ost und West 21 Prozent der Meinung, man solle den Zuzug von Asylbewerbern unterbinden, 2000 war es im Osten bei diesem Wert geblieben, im Westen betrug er nun 16 Prozent. Besonders stark wird der Zuzug von Arbeitskräften abgelehnt, die nicht EU-Bürger sind, 1996 waren es 31 Prozent im Westen und 49 Prozent im Osten, im Jahr 2000 waren das noch 20 Prozent im Westen und fast 40 Prozent im Osten. Dem entspricht auch die Erwartung, daß Ausländer wieder in ihre Heimat zurück sollen, wenn die Arbeit knapp ist, 1996 teilten 18 Prozent im Westen und 31 Prozent im Osten diese Erwartung, im Jahr 2000 waren es noch 14 Prozent im Westen und 21 Prozent im Osten. Rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung scheint stabil der Meinung zu sein, man solle Ausländern politische Betätigungen verbieten.

Tabelle 1

Meinungen zu Ausländern – 1996 und 2000

Prozent

	1996		2000	
	West	Ost	West	Ost
Gastwirt diskriminiert Ausländer				
nicht schlimm	9,8	11,4	9,0	15,3
Zuzug unterbinden				
Aussiedler	11,5	17,7	10,5	15,3
Asylbewerber	21,7	21,1	15,6	20,7
EU-Arbeitnehmer	12,1	37,7	6,2	20,8
Nicht-EU-Arbeitnehmer	31,3	49,3	19,4	39,5
Ausländer sollten				
Lebensstil anpassen	43,0	46,7	51,5	45,4
wieder heim bei knapper Arbeit	17,5	31,0	13,8	21,2
politische Betätigung verbieten	28,0	29,7	22,2	24,7
untereinander heiraten	14,7	22,5	10,3	17,1

Quelle: Allbus 1996, 3 518 Befragte (2 402 West; 1 116 Ost)
Allbus 2000, 3 138 Befragte (2 036 West; 1 102 Ost)

Dies zum Einstieg; daraus ist zunächst einmal festzuhalten:

1. Die in der Untersuchung verwendeten klischeehaften Sätze und Gemeinplätze liefern durchaus erste Informationen zum Problem: zwischen etwa 10 und 30/35 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben ein distanziertes bis diskriminierendes Verhältnis zu Ausländern.

2. Die dabei zum Ausdruck kommende Ablehnung scheint tendenziell im Osten etwas häufiger verbreitet als im Westen, zum Teil geben die Daten Hinweise auf eine Annäherung zwischen West und Ost bei der Verbreitung derartiger Positionen.

3. Der Umfang der beobachteten Meinungen ist im Jahr 2000 gegenüber den für 1996 festgestellten Werten insgesamt keineswegs zurückgegangen, eher deutet sich eine Zunahme an.

Im ALLBUS von 1996 bildete die Untersuchung des Verhaltens zu Ausländern einen größeren Schwerpunkt, sehr viele Fragen waren dem gewidmet. Auf die Aussage im dritten Punkt kam es mir an, weil – wenn es ein zumindest stabiles Phänomen ist – dies rechtfertigt, im weiteren mit diesen umfangreicheren und differenzierteren Daten von 1996 zu arbeiten.

Der zweite Schritt: Ausländer ist nicht gleich Ausländer

In Deutschland leben Menschen aus vielen Ländern und Regionen. Nun ist es Teil der Alltagserfahrung oder zumindest aus den Medien bekannt, daß Ausländerinnen und Ausländer je nach Herkunftsländern unterschiedlich behandelt werden. Nordamerikaner und Skandinavier anders als Portugiesen, die wiederum anders als Polen oder Menschen vom Balkan und die wieder anders als Sudanesen oder Pakistanis. Die Daten von 1996 ermöglichen eine Annäherung an derartige Differenzierungen. Zu fünf Gruppen wurden Fragen gestellt: zu Italienern, Aussiedlern, Asylbewerbern, Türken und Juden. Erfragt wurden Meinungen zu ihnen als Nachbarn, zur Einheirat in die Familie, zu ihren Lebensstilen und zu ihrer Rechtsgleichstellung.

In der Tabelle 2 sind die Ergebnisse differenziert nach West und Ost aufgeführt.

Tabelle 2

Ablehnung von Fremden in Deutschland – 1996

Prozent

	West	Ost
Italiener		
als Nachbar unangenehm	2,3	7,1
Einheirat in Familie unangenehm	8,7	17,8
starke Unterschiede im Lebensstil gegen Rechtsgleichstellung	9,0	14,4
	15,1	17,8
Aussiedler		
als Nachbar unangenehm	6,8	9,4
Einheirat in Familie unangenehm	13,3	18,2
starke Unterschiede im Lebensstil gegen Rechtsgleichstellung	21,4	29,9
	13,4	16,3
Asylbewerber		
als Nachbar unangenehm	30,5	31,4
Einheirat in Familie unangenehm	44,9	42,8
starke Unterschiede im Lebensstil gegen Rechtsgleichstellung	66,2	61,4
	51,0	42,8
Türke		
als Nachbar unangenehm	16,5	27,4
Einheirat in Familie unangenehm	36,2	42,0
starke Unterschiede im Lebensstil gegen Rechtsgleichstellung	43,6	43,2
	51,0	42,8
Jude		
als Nachbar unangenehm	5,5	8,1
Einheirat in Familie unangenehm	16,6	19,4
starke Unterschiede im Lebensstil gegen Rechtsgleichstellung	10,9	8,8
	13,2	12,3

Quelle: Allbus 1996,

Skalenwerte 1 »Stimme voll zu« ... 7 »Stimme gar nicht zu«, Skalenwerte 1 + 2.

Als relativ am wenigsten unangenehm kann die bloße Nachbarschaft gelten. Italiener und danach Juden und Aussiedler sind als Nachbarn nur relativ wenigen sehr unangenehm. Bei Türken ist das schon deutlich anders, 17 Prozent im Westen und gar 27 Prozent im Osten wollen sie nicht als Nachbarn haben. Viel häufiger ist die Ablehnung von Asylbewerbern im gleichen Haus, jeweils 30 Prozent lehnen das ab. Signifikant häufiger ist die Abneigung gegen die Einheirat von Personen solcher Herkunft in die eigene Familie. Hervorzuheben ist allerdings, daß die Einheirat eines Italieners in die Familie im Osten 18 Prozent unangenehm wäre, und die Einheirat eines Juden im Westen 17 Prozent und im Osten 19 Prozent. Noch größer sind die Anteile derer, die bei Aussiedlern und vor allem bei Türken und Asylbewerbern starke Unterschiede in den Lebensstilen konstatieren und sich gegen eine Rechtsgleichstellung dieser Gruppen wenden. Insgesamt sind die Ablehnungen zu diesen Fragen im Osten etwas stärker ausgeprägt als im Westen, die Ausnahme sind die Asylbewerber, ihre Ablehnung ist am häufigsten, und sie ist im Westen noch etwas stärker als im Osten.

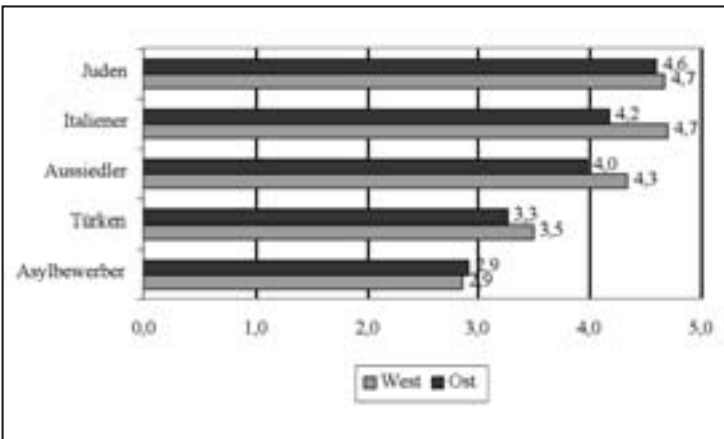
Nun ist es mit Fragen dieses Typs so eine Sache. Man kann natürlich – zum Beispiel – in der Befragung ganz locker sagen, daß es überhaupt nicht unangenehm wäre, wenn die Tochter einen Asylbewerber heiratet, handelt es sich doch um eine hypothetische Situation. Ganz anders kann es dann aussehen, wenn sie dann tatsächlich einen Kongolesen als zukünftigen Schwiegersohn vorstellt. Aber trotzdem geben diese Ergebnisse einen Überblick über die Verbreitung von Abneigungen gegenüber Fremden in Deutschland.

Da die Fragen skaliert sind, lassen sich Mittelwerte bilden und diese wiederum lassen sich kumulieren. Das Ergebnis zeigt Diagramm 1. Je kleiner der jeweils ausgewiesene Wert ist, desto stärker gilt die Gruppe als unangenehm, je größer er ist, desto häufiger gilt sie als nicht unangenehm.

Diagramm 1

Meinungen zu Gruppen von Fremden

Mittelwerte kumuliert



»Wir sind zwar mit der türkischen Sprache aufgewachsen, aber eigentlich sind wir mehr deutsch erzogen. Ich meine, unsere Muttersprache ist türkisch. Aber wir sind mehr an Deutschland gewohnt, weil wir hier aufgewachsen sind.« Ebenda, S. 73.

»Aber ich kam irgendwie aus Kreuzberg, also ein Kanake – und die waren Deutsche aus Charlottenburg.« Ebenda, S. 252.

Deutschland ist ein Land mit einer unheilvollen antisemitischen Tradition, die in entsetzlichen Verbrechen mündete. Gegenwärtig werden in unserer Gesellschaft an stärksten Asylbewerber abgelehnt, auf sie und auf die Türken konzentriert sich die Fremdenfeindlichkeit im Deutschland von heute, auf dunkelhäutige und dunkelhaarige Menschen asiatischer oder afrikanischer Herkunft. Aber auch Aussiedler, Italiener (die für Südeuropäer stehen) und Juden treffen nach diesen Ergebnissen zwar weniger häufig, aber immerhin auch auf Ablehnung oder gar Feindseligkeit.

Der dritte Schritt: Bildung von Typen und differenzierte Analyse

»Aber wirklich auffällig ist, dass die griechische Nachbarin sich besser mit der italienischen Nachbarin verstanden hat als mit der Deutschen. Denn die Griechin und die Italienerin waren beide Fremde in diesem Land und steckten in den gleichen Schuhen. Das verbindet.« Ebenda, S. 143.

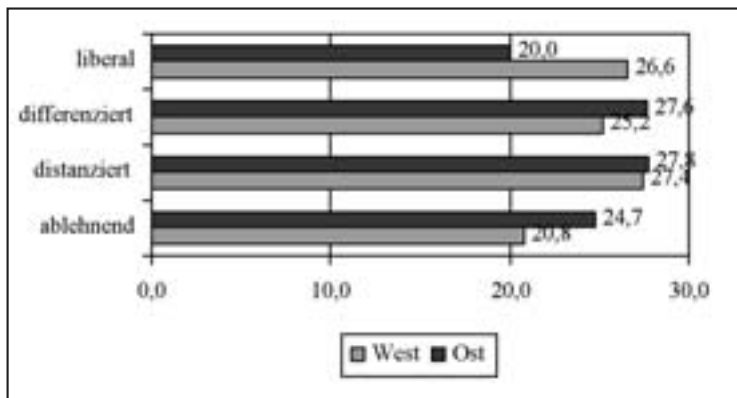
Auf der Basis der dargestellten Daten lassen sich auf unterschiedliche Weise Gruppen bilden. Die Gleichartigkeit der Fragestellungen und der Skalierung ermöglicht es, mit statistischen Mitteln (Clusteranalyse) Gruppen mit gemeinsamen Meinungskonstellationen (mit ähnlichen Antwortrastern) zu bilden. Die statistische Analyse ermittelte vier derartige Gruppen, die sich nach der Art ihrer Positionierungen zu den Fragen identifizieren ließen. Diese Gruppen sind:

- eine Gruppe mit *liberalen* Positionen, eigentlich libertären, die durchweg Ausländer nicht ablehnt;
- eine Gruppe mit *differenzierten* Positionen (oder widersprüchlichen), die überwiegend nicht ablehnend reagiert, aber in einigen Positionen auch abweicht;
- eine Gruppe mit *distanzierten* Positionen, die Ablehnung ist nicht sehr stark aber durchgängig erkennbar;
- eine Gruppe mit dominierend *ablehnenden* Positionen.

Diese Gruppenbildung ist sehr sinnvoll, um zu analysieren und zu demonstrieren, wie differenziert die Meinungsbildung zu Ausländern in Deutschland ist.

Diagramm 2

Gruppen nach Verhältnis zu Fremden in Deutschland
Prozent



»Meiner Meinung hilft nur ein erhöhtes Bildungswesen. Es muss schon in der Schule versucht werden, die verschiedenen Nationalitäten zusammenzuführen.« Ebenda, S. 144.

In der gleichen Untersuchung war auch nach Meinungen zu einer ganzen Reihe von Aussagen oder auch Klischees gefragt worden. Das waren:

- durch Ausländer fühlt man sich als Fremder im eigenen Land, sie

belasten unser soziales Netz, sie verknappen den Wohnraum, sie nehmen Arbeitsplätze weg und begehen häufiger Straftaten, aber auch

- Ausländer tun die unschönen Arbeiten, sie bereichern unsere Kultur und stützen die Rentensicherung.

Tabelle 3

Bewertung von Aussagen zu Ausländern – 1996

Prozent

		liberal	differen- ziert	distan- ziert	ableh- nend
Durch Ausl. Fremder im eigenen Land					
Zustimmung	West	3,0	15,1	16,4	41,5
	Ost	5,5	15,5	16,1	35,7
Ausländer belasten unser soziales Netz					
Zustimmung	West	6,5	20,6	21,1	47,6
	Ost	15,0	36,0	35,2	60,5
Ausländer bereichern unsere Kultur					
Ablehnung	West	9,7	21,7	24,7	53,3
	Ost	13,1	30,5	27,9	51,1

Ich wähle hier die Ergebnisse zu drei dieser Fragen aus.

Sie machen zum einen deutlich, wie klar die ermittelte Gruppenbildung nach den Meinungsbildern trennt. Zum anderen wird erkennbar, wie differenziert diese Meinungsbilder in der deutschen Gesellschaft von heute sind. Es existiert eine kleine Gruppe, in der es faktisch keine Ablehnung von Ausländerinnen und Ausländern gibt. In zwei weiteren Gruppen, die insgesamt reichlich die Hälfte der Bevölkerung umfassen, gibt es einige Vorbehalte gegenüber Fremden, die sich zu einem Teil auf soziale Aspekte der Problematik beziehen, zum anderen aber – so könnte man sagen – keine Nähe wünschen oder die Nähe fürchten. Schließlich wird gleichfalls erkennbar, daß die intensivere Ablehnung von Fremden im Osten vor allem mit sozialen Ängsten zusammenhängen könnte.

Der vierte Schritt: Meinungen zu Juden – antisemitische und rassistische Positionen

Man sollte meinen, daß Menschen in Deutschland ihre Lehren aus der Geschichte gezogen haben und gründlich von früher verbreiteten antisemitischen Traditionen geheilt sind. In der gleichen Untersuchung wurden vier Indikatoren eingesetzt, um gegenwärtige Meinungen zu Aussagen über Juden zu analysieren. Die Tabelle 5 enthält die Ergebnisse differenziert nach den gebildeten Positiongruppen.

Die DDRler sind zwar Deutsche, aber für mich fast schlimmere Ausländer als Türken, Jugos oder Griechen.« Ebenda, S. 247.

»Reichsbürger treten dem VRBHV (Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten) bei, um endlich den Allgemeinen Volksaufstand zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches durch einen organisierten und geordneten Angriff auf die Auschwitzzüge als dem Fundament der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk zu beginnen.« Horst Mahler

Tabelle 5
Meinungen zu Juden in Deutschland nach Gruppen – 1996
 Prozent

		liberal	differenziert	distanziert	ablehnend
Juden haben auf der Welt zuviel Einfluss					
Zustimmung ^a	West	7,0	13,3	16,9	34,1
	Ost	4,6	5,6	9,9	16,2
Scham über deutsche Untaten an Juden					
Ablehnung ^b	West	8,1	10,7	8,5	17,0
	Ost	3,2	5,3	3,3	7,0
Juden nutzen deutsche Vergangenheit aus					
Zustimmung ^a	West	16,7	32,5	34,2	57,3
	Ost	11,4	20,1	22,0	36,8
Juden an Verfolgungen nicht unschuldig					
Zustimmung ^a	West	4,6	9,2	7,7	18,8
	Ost	4,1	4,6	5,6	12,9

a Quelle: Allbus 1996,

Skalenwerte 1 »Stimme voll zu« ... 7 »Stimme gar nicht zu«, Skalenwerte 1 + 2.

b Quelle: Allbus 1996,

Skalenwerte 1 »Stimme voll zu« ... 7 »Stimme gar nicht zu«, Skalenwerte 6 + 7.

»Das Deutsche Reich wird selbstherrlich entscheiden, welche Weltanschauungen mit der Reichstheologie nicht vereinbar und deshalb ihr öffentlicher Kultus verboten sind. Es bedarf keiner Sehergabe, um vorauszusagen, daß das Reich den Jahwe-Kult als die in der Geschichte hervorgetretene radikalste Verneinung des Humanen verbieten wird ...«
 Horst Mahler

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, daß es im heutigen Deutschland sehr wohl antisemitische Meinungen und Ablehnung von Juden gibt. Diese Positionen sind im Westen stärker verbreitet als im Osten. Relativ am stärksten ist insgesamt und in allen Gruppen die Zustimmung zu der Aussage, daß Juden die deutsche Vergangenheit ausnutzen. Sie sind zugleich in der Bevölkerung differenziert und konzentrieren sich in jenen Segmenten mit generell ablehnenden Haltungen gegenüber Ausländern. Das liberale Viertel ist faktisch von antisemitischen Positionen frei. Das differenzierte Viertel und das distanzierte Viertel ähneln im Osten der liberalen Gruppe, im Westen gibt es auch in diesen Teilen der Bevölkerung anti-jüdische Meinungen im Umfang von 8 bis 16 Prozent.

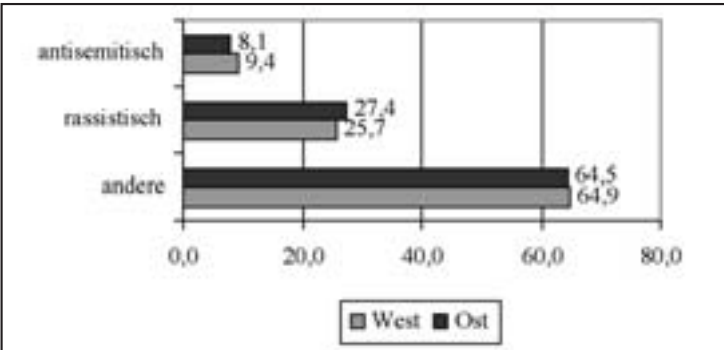
Aus den bisher dargestellten Ergebnissen lassen sich unter Ein-schluß der Meinungen zu den Juden nunmehr Gruppen bilden, die inhaltlich Arten von Positionen zusammenfassen. Ausgangspunkt sind zum einen starke Ablehnung von Juden und zum anderen starke Ablehnungen von Asylbewerbern. Eine solche Gruppenbildung bringt dieses Ergebnis.

Vorauszuschicken ist, daß in der hier »rassistisch« genannten Gruppe auch Menschen mit antisemitischen Meinungen sind. Nach dieser Methode gibt es in Deutschland Menschen mit antisemitischen Meinungen im Umfang von 9 Prozent (im Westen leicht mehr, im Osten etwas weniger), rassistische Meinungen hat etwa ein Viertel, im Osten liegt dieser Anteil leicht höher.

Diagramm 3

Antisemitische und rassistische Positionen in Deutschland 1996

Prozent



Der fünfte Schritt: Soziale und politische Differenzierungen

Diese Gruppen wurden nun nach verschiedenen sozialen und demographischen Merkmalen und nach politischen Positionen untersucht. Antisemitische und rassistische Meinungen gibt es im Westen häufiger bei Männern und im Osten häufiger bei Frauen. Sie sind in den jüngeren Altersgruppen nicht überdurchschnittlich verbreitet, eher trifft das auf die älteren Generationen zu. Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluß scheinen für solche Positionen anfälliger. Leicht häufiger sind solche Positionen bei Angehörigen von Dienstleistungsberufen und herstellenden Berufen.

Aber insgesamt gilt festzustellen: Antisemitische und rassistische Meinungen gibt es in allen Gruppen in der Gesellschaft, sie gibt es bei Männern und bei Frauen, in allen Altersgruppen, bei allen Bildungsgraden und allen Berufsgruppen. Sie ziehen sich quer durch die ganze Gesellschaft.

Tabelle 6

Antisemitische und rassistische Positionen nach Wahlabsicht

Prozent

	West			Ost		
	antisemitisch	rassistisch	andere	antisemitisch	rassistisch	andere
CDU/CSU	41,5	35,3	29,9	28,8	31,9	23,4
SPD	29,2	29,1	29,3	25,8	24,6	26,5
FDP	7,0	11,0	9,0	6,1	3,9	5,2
B90/Grüne	8,2	7,1	20,6	7,6	10,8	10,2
PDS		0,2	0,5	12,1	8,2	17,7
REP	1,8	5,2	0,8	1,5	3,9	0,4
andere	1,2	1,2	1,3		0,9	0,8
keine	11,1	10,8	8,4	18,2	15,9	15,9

Und es gibt sie in den Anhängerschaften aller Parteien, im Osten ist der relativ starke Anteil mit antisemitischen Positionen bei PDS-Wählern nicht zu übersehen.

Antisemitische und rassistische Positionen ziehen sich durch alle politischen Lager und Selbstbilder.

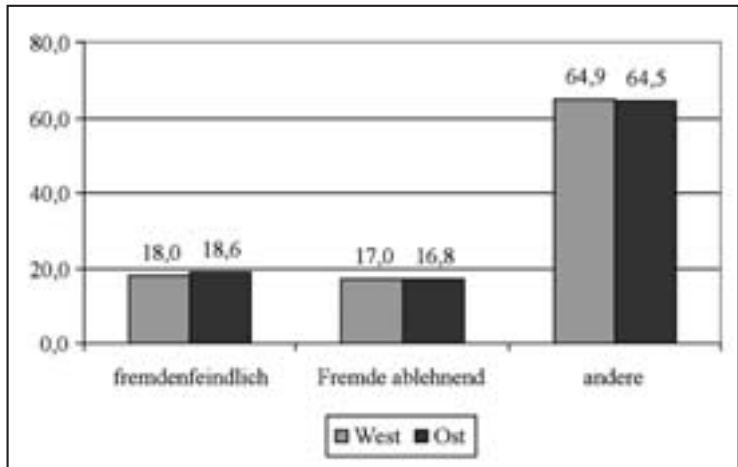
Der sechste Schritt: Einfach ein Diagramm

Die beiden hier vorgestellten Gruppenbildungen (die nach Verhältnis zu Fremden und nach antisemitischen und rassistischen Positionen) lassen sich auch in einen Zusammenhang bringen. Sie korrelieren hoch miteinander, der Kontingenzkoeffizient – ein Maß für die Dichte statistischer Zusammenhänge für nominal skalierte Werte – liegt bei selten zu beobachtenden 0,6.

Daraus lassen sich wiederum Gruppen bilden, deren Darstellung als Zusammenfassung des bisher Gesagten gelten kann.

Diagramm 4

Gruppen nach Stellung zu Fremden in Deutschland 1996
Prozent



»Das sind Nazis, heute nennt man sie vielleicht Neonazis. Nazis halt. Und die machen mit den Baseballschlägern keinen Sport, sondern machen Sachen damit kaputt, Autos, oder schlagen Menschen zusammen.« Jugend 2000, a. a. O., S. 108.

Es sind nach diesen Ergebnissen in West und Ost jeweils etwa 18 Prozent, die fremdenfeindliche Positionen einnehmen; weitere jeweils 17 Prozent haben ein ablehnendes Verhältnis zu Fremden. Es ist also reichlich ein Drittel der Deutschen, die distanzierte bis feindselige Gefühle gegenüber Ausländern hegen. das ist eine erhebliche Größenordnung, die zum einen eine *normale* Sozialisation behindert und damit Integration erschwert und zum anderen auf latente und politisierbare Spannungen in der deutschen Gesellschaft verweist. Das macht die Größe der Aufgabe für alle demokratischen politischen Kräfte in Deutschland deutlich.

ULRICH BUSCH

Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus

»Wenn wir doch bloß das Geld abschaffen könnten!«
(Ludwig Tieck, deutscher Romantiker)

Einleitung

Um es gleich vorweg zu sagen: Alternative Geldtheorien sind keine Theorien über mögliche oder wünschenswerte Alternativen zum Geld. Auch keine Konzepte zur Ablösung der Geldwirtschaft. Vielmehr handelt es sich hierbei um wissenschaftliche Erklärungsansätze monetärer Phänomene und geldwirtschaftlicher Zusammenhänge, die sich hinsichtlich ihrer theoretischen Prämissen, methodologischen Grundlagen und wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen mehr oder weniger deutlich vom ökonomischen Mainstream unterscheiden.

Versteht man unter letzterem einen umfangreichen und detailliert ausgearbeiteten Komplex ökonomischer Theoreme, Leitbilder, Dogmen und Methoden, welche auf den Lehren der *Neoklassik* basieren, so erscheinen demgegenüber alle *nicht*-neoklassischen Denkansätze als *alternativ* oder *heterodox*. Was sie eint, ist ihre Differenz gegenüber den »Mainstream Economics«; ansonsten aber unterscheiden sie sich ganz erheblich voneinander, sowohl was ihre theoriehistorische Provenienz und Traditionsbindung anbetrifft als auch hinsichtlich ihrer Prämissen, Methoden und wirtschaftspolitischen Konsequenzen (vgl. Krause 2002: 785 ff.). Von ihrer Anlage her und ihrem Gehalt sind die alternativen Theorieansätze oftmals geeignet, kapitalismuskritische und reformalternative Positionen zu unterstützen. Ein zwingendes Kriterium ist dies jedoch nicht.

Neben dieser recht weit gefaßten Abgrenzung alternativer Wirtschaftstheorien gibt es in der Literatur auch engere Auslegungen. So zum Beispiel, wenn die Kritik am Kapitalismus explizit oder implizit zum Kriterium für den alternativen Charakter einer Theorie erhoben wird oder gar die »Kritik am kapitalistischen Monopol«, an austeritätspolitischen Maßnahmen zum Sozialabbau oder an »neoliberaler« bzw. »neokonservativer Wirtschaftspolitik« (Bönisch 1986: 23).

In diesem Sinne versteht sich beispielsweise die seit 1975 in der Bundesrepublik Deutschland tätige *Memorandum*-Gruppe alternativer Ökonomen vor allem als politik- und ideologieorientiert (vgl. Bischoff 2002), während ihr theoretisches Konzept eher schwach entwickelt und zudem eklektisch ist. Als »theoretische Grundlage« ihrer Analysen, Kritiken und Alternativvorschläge dienen den

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen zur ökonomischen Theorie und Politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen, Heft 155 (September) 2003.

Mit diesem Aufsatz wird das im September 2002 in Angriff genommene Projekt, in lockerer Folge Texte zu alternativen Wirtschaftstheorien zu veröffentlichen, fortgesetzt. Die bisher im Rahmen dieser Artikelfolge erschienenen Aufsätze finden sich in den Heften 143, 144, 146, 148, 150 und 152.

Memo-Ökonomen »Elemente« einer gegenüber dem Mainstream »anderen theoretischen Sichtweise« (Arbeitsgruppe 2003: 49), also Ansätze und Versatzstücke heterodoxer Theorien, die dann entsprechend neu kombiniert und interpretiert werden.

Diese Feststellungen gelten im großen und ganzen auch für den nunmehr näher zu untersuchenden Bereich, die *Geldtheorie*. Dabei empfiehlt es sich, im weiteren von einer nicht allzu engen Auslegung des Alternativcharakters ökonomischer Theorien auszugehen. Denn *erstens* ist der Fundus alternativer und heterodoxer Ansätze auf geldtheoretischem Gebiet weitaus größer als auf neoklassischem (Kareken/Wallace 1980; Richter 1990). *Zweitens* ist das Spektrum monetärer Theorien ungewöhnlich breit, wobei sich auch hier die alternativen Ansätze als ausgesprochen heterogen und nur schwer miteinander vereinbar erweisen, während die Gelderklärung des Mainstream ein hohes Maß an Stringenz aufweist. Die mangelnde Kompatibilität der alternativen Ansätze wird vor allem dann zum Problem, wenn es gilt, sie für alternative wirtschaftspolitische Programme einzuspannen und aus ihnen entsprechende, möglichst konsistente Schlußfolgerungen für die Praxis abzuleiten. Hinzu kommen, *drittens*, eine Reihe weiterer Schwierigkeiten, die sich aus der Spezifik des Gegenstandes selbst, also des Geldes, und seiner besonderen Rolle in der kapitalistischen Ökonomie ergeben. Nicht zuletzt ist schließlich, *viertens*, die ungenügende Reflexion monetärer Phänomene und das substantielle Erklärungsdefizit der Neoklassik in bezug auf das moderne Geld und seine Zirkulationsformen ein Punkt, der die enorme Bedeutung alternativer Theorien als Erklärungsansätze komplizierter monetärer Zusammenhänge unterstreicht. So dienen beispielsweise in der sog. neoklassischen Synthese keynesianische Theorieelemente dem Mainstream in bestimmtem Maße als »Ersatz« für theoriekonsistente Lösungen im Rahmen des neoklassischen Modells. Ähnliche symbiotische Konstruktionen lassen sich auch in der Wirtschaftspolitik finden, was die Auseinandersetzung mit derartigen geldtheoretischen und -politischen Konzepten nicht unerheblich verkompliziert.

Erschwerend wirkt sich hier allerdings auch der Umstand aus, daß es kaum anderswo derart viele Unklarheiten und Ungereimtheiten, illusionäre und falsche Vorstellungen sowie theoretisch inakzeptable »Lösungsvorschläge« gibt, nicht zuletzt gerade auch von Kritikern und Reformern des kapitalistischen Systems, wie auf monetärem Gebiet. Auch damit gilt es sich in angemessener Form auseinanderzusetzen.

Das sozialwissenschaftliche Schisma

Elementar für die Verwirrung, die man gegenwärtig in der Diskussion um das Geld findet, ist die kategoriale Unschärfe des modernen Geldbegriffs: Dabei ist die Tatsache, daß heute unter »Geld« jeder etwas anderes versteht und daß bei der Definition dessen, was als Geld anzusehen ist, in bestimmtem Maße beliebig verfahren wird, noch nicht einmal das größte Problem. Auch nicht der Anachronismus, daß bei der Begriffsbestimmung des Geldes häufig historische, inzwischen aber längst überwundene Verhältnisse wie Goldstandard, Münzgeldwirtschaft oder die Dominanz von Bargeld unterstellt wer-

Das Spektrum reformerischer geldpolitischer Offerten ist unendlich breit: Es umfaßt neben der auf Silvio Gesell zurückgehenden Idee eines »zinsfreien« bzw. »neutralen« Geldes (Dieter Suhr) unter anderem die Vorschläge, das umlaufende Geld mit einer »Nutzungsgebühr« zu belasten bzw. einer »Entwertungsprämie« zu versehen (Lieteaer 2002), statt des derzeit zirkulierenden Kreditgeldes »schuldenfreies Geld« (Ulrich Duchrow/Frank Hinkelammert 2002, S. 220 ff.) zu emittieren und das gegenwärtige »Zinsgeld-System« weltweit durch einen Tauschhandel via Internet zu unterlaufen (Heinrichs 2001: 37). Eine kritische Würdigung dieser Konzepte (vgl. Creutz 1994) ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich und muß späteren Arbeiten vorbehalten bleiben.

den. Von weit größerer Tragweite ist die infolge der Spezialisierung der Sozialwissenschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingetretene »Disaggregation der Geldtheorie« (Stadermann 2000: 19) in eine ökonomische und eine soziologische Theorie und die damit einhergehende Aufspaltung des Geldbegriffs in eine *qualitative* und eine *quantitative* Kategorie.

Während die klassische politische Ökonomie – bis hin zu Karl Marx – das Geld kategorial immer als *Einheit* qualitativer (gesellschaftlicher) und quantitativer (umlaufbezogener) Momente auffaßte, in ihm ein »gesellschaftliches Produktionsverhältnis« in der »Form eines Gegenstandes« (MEW 13: 22) sah und den »Geldkörper« mithin als »ein bloßes Zeichen ... für ein Produktionsverhältnis« (Marx, MEW 42: 76) begriff, erscheint das Geld in der heute vorherrschenden ökonomischen Auffassung bloß noch als *quantitative* Größe, als »Geldmengenaggregat«, »Medium des Geldumlaufs« usw. In *sozialer* Hinsicht hingegen gilt es dem Mainstream als »neutral« (Ganßmann 1996: 254), womit sich seine weitere Erörterung als Ausdrucks- und Gestaltungsform gesellschaftlicher Verhältnisse erübrigt.

Diese Aufgabe wird, sofern überhaupt als solche begriffen, der *Soziologie* zugewiesen, die sich ihr jedoch nur fragmentarisch widmet, so daß sich der kategoriale Zusammenhang des Geldes als *Einheit* qualitativer und quantitativer Bestimmungen mehr und mehr auflöst. Georg Simmels *Philosophie des Geldes* (1900), worin er dieses in Anlehnung an Karl Marx als »die reine Form der Tauschbarkeit (der Dinge)« bzw. als »Kategorie substanzgewordener Sozialfunktionen« definiert (1989: 138, 209), steht wohl für den letzten Versuch, das Geld als eine solche Einheit zu behandeln. Zugleich aber betonte der Autor bereits, daß »keine Zeile dieser Untersuchungen ... national-ökonomisch gemeint« sei (1989: 11), was besagen will, daß er das Geld und alle damit im Zusammenhang stehenden Phänomene bereits von einem *anderen*, »höheren« Standpunkt aus betrachtete als dem der Ökonomie, aus einer *sozialphilosophischen* Perspektive.

Als Joseph A. Schumpeter in den 20er Jahren seine *Soziologie des Geldes* verfaßte, war die Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen schon derart fortgeschritten, daß er im Geld zwar noch »ein Element des sozialen Gesamtprozesses« erblickte, in der Erforschung des Geldwesens jedoch bereits eine getrennte »Angelegenheit sowohl der ökonomischen Theorie als auch der Soziologie« (1970: 12) und darüber hinaus der Geschichte, der Ethnologie und der Statistik sah (vgl. Busch 2003 a).

In der nachfolgenden Entwicklung der soziologischen Disziplinen finden diese Aspekte dann jedoch kaum mehr Beachtung. Das heißt, das Geld als »ökonomische Institution« gerät zunehmend aus dem Blick. Letztendlich bleibt als Untersuchungsgegenstand – bei Talcott Parsons, Niklas Luhmann, Jürgen Habermas u. a. – nur noch die »reine Form« übrig, das Geld als »Symbol«, als »Interaktions- bzw. Kommunikationsmedium«, als »Informationswert« (Hörisch 1996: 88).

Nicht viel besser ergeht es dem sozialökonomischen Geldverständnis in der Volkswirtschaftstheorie: Mit dem Übergang zur Neoklassik, der subjektiven Wertlehre und dem Dogma der allgemeinen

Karl Marx unterscheidet den quantitativ bestimmbaren Geldkörper, das Tauschmittel, vom qualitativ bestimmten »Geldverhältnis«, wobei letzteres »ein Produktionsverhältnis« ist, und faßt die Einheit beider Bestimmungen als Geld. (Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1857/1858, in: MEW Bd. 42, S. 144.)

»Wenn es eine Philosophie des Geldes geben soll, so kann sie nur diesseits und jenseits der ökonomischen Wissenschaft vom Gelde liegen...« (Georg Simmel: Philosophie des Geldes, Vorrede, Frankfurt am Main 1989, S. 10).

Vgl. dazu: Ulrich Busch: Georg Simmels Geldverständnis in der Tradition von Karl Marx, in: J. G. Backhaus, H.-J. Stadermann (Hrsg.): Georg Simmels Philosophie des Geldes. Einhundert Jahre danach, Marburg 2000, S. 113-142; sowie Otthein Rammstedt: Simmels Philosophie des Geldes, in: J. Kintzelé, P. Schneider (Hg.): Georg Simmels Philosophie des Geldes, Frankfurt a. M. 1993, S. 13-46.

Gleichgewichtstheorie wird das Geld seinem Begriff nach auf eine *technische Größe* reduziert, womit allein seine *Quantität* zählt, das heißt, die Geldmenge, die Geschwindigkeit des Geldumlaufs, die Höhe der damit verbundenen Transaktionskosten etc. Fragen der *Qualität* des Geldes hingegen, sein sozialökonomischer Charakter, seine ökonomische Wirkung, Emission, Formbestimmtheit und Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, geraten mehr und mehr aus dem Blickfeld der theoretischen Ökonomie. So räumte der Wirtschaftswissenschaftler Werner Ehrlicher unlängst ein, daß es »unter Nationalökonomern seit gut 100 Jahren keine Diskussion mehr darüber gibt, was Geld ist«, man sich vielmehr ausschließlich der Quantifizierung monetärer Prozesse widme, während wesens-, inhalts- und wirkungsbezogene, das heißt, *qualitative* Aspekte des Geldes weitgehend ausgeblendet blieben (1991: 52).

Der Paradigmenwechsel zur Neoklassik hatte schließlich zur Folge, daß sich die Theorie des Geldes auf quantitative Analysen des Geldumlaufs sowie auf Geldgeschichte und Numismatik beschränkt, während die Geldpolitik als eine ungeheuer praktische, instrumentell sehr ausgefeilte und empirisch detailliert untersuchte, nichtsdestoweniger aber theoretisch wenig fundierte, Angelegenheit betrieben wird.

Neoklassische Geldauffassung

Im Verständnis der Neoklassik ist Geld vor allem und in erster Linie *Tauschmittel* (Menger 1909). Da hierfür prinzipiell aber alle austauschbaren Güter in Frage kommen, bedarf es einer entsprechenden *Konvention*, um die Tauschmittelfunktion an ein *bestimmtes*, dafür besonders geeignetes Gut, zum Beispiel an Gold oder Silber, zu binden, wodurch dieses zum Favoriten im Austauschprozeß wird. Das bedeutet, »notwendiges und zugleich dominierendes Kriterium des Geldbegriffs« – und damit letztlich für diesen konstitutiv – »ist allein die Tauschmittelqualität des Geldes« (Kath 1990: 179). Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß diese heute fast ausnahmslos von inferioren Gütern und Substituten (Geldzeichen) ausgeführt wird – von Scheidemünzen, Papiergeld, Banknoten, Giralgeld u. a.

Neben seiner Rolle als Tauschmittel erfüllt das Geld die Funktionen der Wertmessung und der Wertaufbewahrung: Das heißt, um in einer Tauschwirtschaft die Vergleichbarkeit der Güter sicher zu stellen, wird das allgemeine Tauschmittel zugleich als Wertmesser verwendet. Ähnlich verhält es sich mit der Wertaufbewahrungsfunktion: Um Vermögenswerte zeitlich unbegrenzt aufbewahren und auf künftige Perioden übertragen zu können, bedarf es eines Mediums, dessen Qualität im Austausch als erwiesen und gesichert gilt, womit wir wiederum bei dem als *allgemeines Tauschmittel* favorisierten Gut sind. Ein Medium, das sich als Tauschmittel durchgesetzt hat und als solches allgemeine Anerkennung findet, ist auch geeignet, Träger der übrigen Geldfunktionen zu sein. Folglich gilt: »Money is still best defined in the classical tradition as referring to any object generally accepted and used as a medium of exchange.« (Brunner, 1992: 803)

Damit ist das Geld als ökonomische Kategorie *tauschtheoretisch* und *funktional* bestimmt, als »allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel

»Gegenstände werden zu Geld dadurch, daß sie bestimmte *Geldfunktionen* erfüllen.« (Ernst Helmstädter: *Wirtschaftstheorie II. Makroökonomische Theorie*, München 1986, S. 17 f.)

»In der Nationalökonomie wird der Geldbegriff heute allgemein von den *Geldfunktionen* her bestimmt: Alles, was *Geldfunktionen* ausübt, ist Geld.« (Otmar Issing: *Einführung in die Geldtheorie*, München 1981, S. 1)

dium«, wie Hans-Joachim Jarchow schreibt (1990: 15) oder als »Tausch- und Zahlungsmittel«, wie bei Otmar Issing zu lesen ist (1981: 1), um nur zwei weit verbreitete Lehrbücher der Geldtheorie anzuführen. Für eine sozialökonomische Wesensbestimmung hingegen oder die Fassung des Geldes als ökonomische Institution ist in diesen Definitionen kein Platz. Dies unterscheidet die neoklassische Geldauffassung von der Sicht der klassischen politischen Ökonomie, aber ebenso von den Ansichten Simmels und Schumpeters. Im Selbstverständnis neoklassischer Ökonomie, welche sich mit Knappheitsproblemen und deren Lösung beschäftigt, nicht aber mit sozialökonomischen Verhältnissen, erscheint dies aber weder als Defizit noch als Problem. Dieser Umstand markiert jedoch einen signifikanten Unterschied zwischen den Paradigmen wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und entlarvt die neoklassische Geldauffassung als bemerkenswert einseitig tauschfixiert, funktionalistisch und gegenüber sozialen Aspekten ignorant. Dies gilt bis heute für den durch Neoklassik bzw. den Neomonetarismus geprägten Mainstream der ökonomischen Theorie

Ein wesentliches Element des Mainstream bildet die *Quantitätstheorie des Geldes*, welche besagt, daß der Geldwert – und damit das allgemeine Preisniveau – unter Berücksichtigung des Gütervolumens und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von der Geldmenge abhängt. Die Geschichte dieser monetaristischen Idee reicht bis ins 14. Jahrhundert zurück. David Ricardo, Samuel J. Loyd und andere Ökonomen der *Currency-School* bauten sie Anfang des 19. Jahrhunderts zu einer Theorie aus und machten sie zur Grundlage ihrer Geldauffassung. Gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigten sich neben Knut Wicksell (1851-1926) und Irving Fisher (1867-1947) vor allem namhafte Vertreter der renommierten *Cambridge-School* wie Alfred Marshall (1842-1924) und Arthur C. Pigou (1877-1959), aber auch der Begründer der allgemeinen Gleichgewichtstheorie Léon Walras (1834-1910), mit der Quantitätstheorie des Geldes und erklärten diese schließlich zum zentralen Dogma neoklassischer Geldauffassung. Aus ihr leitet sich das *Neutralitätspostulat* der Neoklassik in bezug auf das Geld her sowie die unübersehbare, sich immer wieder aufs neue Geltung verschaffende »anti-monetäre Grundtendenz in der Nationalökonomie« (Schelkle 1995: 11).

Der englische Ökonom John Stuart Mill (1806-1873) hatte diese Gleichgültigkeit und Negativhaltung gegenüber dem Geld bereits 1848 auf den Punkt gebracht, indem er erklärte, daß es in der Gesellschaft »kein unbedeutenderes Ding gebe als das Geld« – ein Gedanke, der später dann mit der Metapher vom »Geldschleier«, welcher über die reale Ökonomie gebreitet sei, in die Lehrbücher einging. Seitdem haben sich die Grundkonturen der neoklassischen Geldauffassung kaum mehr verändert. Mit der Aufnahme der *Real-kassentheorie* Don Patinkins (1956) schließlich in die allgemeine Gleichgewichtstheorie gilt die Integration des Geldes in das Theoriegebäude der Neoklassik vollends als abgeschlossen. Die Ausarbeitung einer »eigenständigen Geldtheorie« erscheint nunmehr – vom neoklassischen Standpunkt aus – als geradezu »überflüssig« (Felderer/Homburg 1989: 200). Sie unterblieb daher logischerweise

Vgl. Don Patinkin: *Money, Interest and Prices. An Integration of Monetary and Value Theory*, New York 1956, p. 162f. Siehe auch: H.-J. Jarchow 1990, S. 192 f.

bzw. beschränkt sich, wie oben ausgeführt, auf quantitative Aspekte, was, gemessen an den üblichen Kriterien, ihren »inferioren wissenschaftlichen Status« (Schelkle 1995: 38) bedingt. Diese Einschätzung scheint übertrieben; es ist jedoch eine Tatsache, daß es in dem bestformulierten Modell der Neoklassik, der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, für Geld »keinen richtigen Platz« gibt (Hahn 1982), obwohl die abgebildete Realität als entwickelte »Geldwirtschaft« definiert ist.

»Heterodoxie und Orthodoxie weisen fundamentale Gemeinsamkeiten auf, dies offenbaren sowohl die Reformvorschläge als die explizite oder implizite Geldkritik.« (Waltraud Schelkle: Motive ökonomischer Geldkritik, in: W. Schelkle, M. Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995, S. 30)

Kurioserweise haben sich diese Position auch einige Kritiker der kapitalistischen Geldwirtschaft (Silvio Gesell, John Hobson, Major Douglas, Margrit Kennedy u. a.) zu eigen gemacht, indem sie sich für eine Tauschwirtschaft *ohne* Geld einsetzen bzw. fordern, den Einfluß des Geldes in der Gesellschaft generell zurückzudrängen. Dabei entspringen ihre Forderungen vor allem moralischen Motiven und weniger der Einsicht in die Funktionsweise einer Geldwirtschaft. »Das Telos all dieser Reformvorschläge ist«, wie Waltraud Schelkle zutreffend vermerkt, »die aktive Neutralisierung des Geldes« (1995: 22), seine Beschränkung also auf die Vermittlung des Gütertausches, die Zurückdrängung des Kredites, der Banken usw., womit sie in ihrem theoretischen Kern mit der neoklassischen Orthodoxie übereinstimmen. Diese jedoch verfügt, indem sie das Geld theoretisch weder erklärt noch begründet, »bis heute über keine Geldtheorie, die ... den *Status einer wissenschaftlichen Theorie* für sich beanspruchen kann« (Ebenda: 36).

Mithin steht es um die theoretische Substanz und den wissenschaftlichen Anspruch dieser Geldkritik- und Reformansätze nicht allzu gut, denn als bloßer Reflex der Neoklassik teilen sie letztlich deren theoretische Prämissen und Defizite, was nicht nur ihren vorwissenschaftlichen Status bedingt, sondern zudem auch ihren Charakter als unfruchtbare Utopien. Trotz bemerkenswerter Einsichten in bestimmte Zusammenhänge der kapitalistischen Geld- und Kreditwirtschaft und origineller Einfälle, den Lauf der Welt zu verbessern, weisen sie doch kaum über die Gegenwart hinaus. Vielmehr suchen sie ihr Heil in einer vor-monetarisierten Welt ohne Kredit und Zins, basierend auf Subsistenzwirtschaft und Gütertausch. Dieser an der Vergangenheit orientierte Rekurs läßt sie freilich für eine zukunftsorientierte Gesellschaftsalternative wenig tauglich erscheinen!

Wie ein Blick in die Theoriegeschichte zeigt, wird mit dem Begriff »Alternative Wirtschaftstheorie« ein »ganz spezifischer Typus ökonomischen Denkens charakterisiert«. Er zeichnet sich »durch große Vielfalt aus, entstand weltweit im Kontext der historischen Genesis unterschiedlicher Stadien und Varianten des Kapitalismus ... und artikuliert nachhaltige ökonomische Kritik an der ... vorherrschenden Wirtschaftstheorie und -praxis.« (Krause 2002, S. 788 f.)

Alternative Ansätze

Welches sind nun die theoretischen Ansätze bzw. alternativen Basistheorien, auf die sich eine alternative Geldtheorie heute stützen könnte? Und was zeichnet diese aus und favorisiert sie für eine gesellschaftspolitische Reformalternative?

Wie die alternativen Wirtschaftstheorien überhaupt, so stellen auch die hier zu untersuchenden Ansätze einen kritischen Reflex auf die konkreten Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft dar. Ihre Formulierung ist mit der Absicht des Umbaus der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ihrer Modernisierung, Reform und Überwindung, verbunden. Übergreifend ist folglich ein *systemkritisches* Moment, welches sich theoretisch als Kritik am neoklassischen bzw. neomonetaristischen Geldverständnis und den darin implizit enthal-

tenen Aussagen zu einzelnen monetären Fragen (Ursprung, Begriff und Funktionalität des Geldes, Neutralität oder Nichtneutralität, Exogenität oder Endogenität der Geldschöpfung, Zinserklärung etc.) manifestiert.

Die alternativen Ideen sind ein Entwicklungsprodukt der theoretischen und häufig auch wirtschaftspolitischen und -praktischen Auseinandersetzung mit den Doktrinen des Mainstream, weil dieser bestimmte monetäre Prozesse nicht schlüssig zu erklären vermag und mithin nicht in der Lage ist, geeignete und für die Entwicklung des Volkswohlstandes optimale wirtschaftspolitische Empfehlungen zu formulieren.

Dabei muß betont werden, daß die heterodoxen Ansätze durchaus heterogen sind, das heißt, in verschiedene Richtungen und Schulen gespalten und sich gegenseitig aufs Schärfste bekämpfend. Was sie eint, ist allein ihre distanzierte Haltung gegenüber der neoklassischen Orthodoxie.

Welches sind nun die Traditionslinien und Konzepte, die in diesem Kontext besondere Aufmerksamkeit verdienen?

Erstens ist hier Marx' Kritik der politischen Ökonomie anzuführen – nicht nur, weil diese sich in der Geschichte des ökonomischen Denkens als bedeutsame Zäsur erwiesen hat, als *Gegenentwurf* zum Mainstream, sondern auch, weil Marx mit seiner Geld-, Kredit- und Zinstheorie, obwohl bis zuletzt der Arbeitswerttheorie und dem Tauschparadigma verhaftet, unübersehbar Meilensteine für das Verständnis geldwirtschaftlicher Zusammenhänge gesetzt hat. Und das nicht nur für das 19. Jahrhundert, sondern auch für die Gegenwart.

Entscheidend für das Marxsche Geldverständnis ist die Herleitung des Geldes aus der Analyse der *Wertform*: Danach ist dem Tauschwert der Ware als deren »quantitativ bestimmter Austauschbarkeit« (MEW 42: 75 f.) die Geldeigenschaft bereits immanent. Im Geld erhält diese lediglich eine besondere, von der Ware »getrennte, losgelöste ... soziale Existenz« (80 f.). Wesen, Inhalt, Funktionen und Form des Geldes werden so aus der Produktionsweise erklärt, also *sozialökonomisch*, und das Geld wird mithin als ein »gesellschaftliches Verhältnis« definiert, als »Produktionsverhältnis« bzw. »Kapitalverhältnis« (MEW 25: 405 f., 468).

Aber damit ist die Marxsche Analyse des Geldes noch längst nicht erschöpft. Nicht weniger bedeutsam als die sozialökonomische Wesensbestimmung des Geldes ist die Herausarbeitung seiner kapitalistisch-spezifischen Form, das heißt seine Bestimmung als *Kreditgeld*.

Den methodologischen Ausgangspunkt dafür bildet das Geld als *Zahlungsmittel*, welches, indem es – im Unterschied zum Tauschmittel – über die Warenzirkulation hinausgreift, einen »schon vor ihr fertig vorhandenen gesellschaftlichen Zusammenhang« (MEW 23: 151) vermittelt. An die Stelle archaischer Tauschverhältnisse treten nunmehr *Kreditverhältnisse*, wodurch sich der Charakter des Geldes wandelt (MEW 25: 481 ff.). Kredit und Bankwesen gewinnen an Bedeutung und werden zu adäquaten monetären Formen des Kapitals. Mithin ist das Geld im entwickelten Kapitalismus seinem Wesen nach »Kapitalgeld« (Wagner/Mondelaers 1989) und der Form nach *Kreditgeld* (Fritsch 1968: 64 ff.; Busch 2000: 132 ff.). Da dies

Als Beispiel dafür vgl. die Kontroverse um den theoretischen Ansatz von Gunnar Heinsohn und Otto Steiger in: Karl Betz, Tobias Roy (Hrsg.): *Privateigentum und Geld*, Marburg 1999.

Vgl. dazu: Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte* (1844), in: MEW, Bd. 40; *Ökonomische Manuskripte* (1857/58), in: MEW, Bd. 42; *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859), in: MEW, Bd. 13; *Theorien über den Mehrwert* (1862/63), in: MEW Bd. 26.1 bis 26.3; *Das Kapital*, Band 1 bis 3 (1867–1894), in: MEW, Bd. 23 bis 25 sowie die zahlreichen Exzerpte und Briefe zum Kapital (MEGA, 2. und 3. Abt.).

Die Marxsche Wert- und Geldtheorie wurde nach dem Tode von Marx und Engels weiterentwickelt. Vertreter dieser Schule waren zunächst Rudolf Hilferding, Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, später dann Ökonomen des westlichen und des östlichen Marxismus. Dabei wurde dem vierten und fünften Abschnitt des dritten Bandes des *Kapital* jedoch zu wenig Aufmerksamkeit zuteil – ein Mißstand, der bis heute anhält.

die Quintessenz der Marxschen Geldtheorie ist, Resultat der Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten, liegen hier, im *dritten* (und nicht im überwiegend rezipierten *ersten*) Band des *Kapital*, entscheidende Ansatzpunkte für eine moderne Geldkritik wie für eine alternative Geldtheorie.

Als *zweite* Theorie ist die *General Theory* von John Maynard Keynes (1936) sowie deren Weiterentwicklung durch den Postkeynesianismus zu nennen. Die hier vertretene – im Gegensatz zur Neoklassik – *positive* Haltung zum Geld und Begründung desselben als »Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft« (1936: 248) bedeutete eine Revolution in der Wirtschaftstheorie. Sie war für die Diskussion im 20. Jahrhundert, sowohl für den geldtheoretischen Paradigmenwechsel als auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht, richtungweisend – und ist dies noch.

Im Zentrum der Keyneschen Geldtheorie steht die aus der Geldhaltung entspringende *Liquiditätsprämie*, die sich aus der Liquiditätspräferenz der Wirtschaftssubjekte erklärt. Daraus folgte dann die Formulierung einer Theorie der Geldnachfrage als makroökonomische Grundlage für eine aktive Geld- und Finanzpolitik sowie die Herleitung portfoliotheoretischer Überlegungen, der Kapitalmarkttheorie und anderer, für eine moderne Geldtheorie unverzichtbarer, Elemente (Chick 2001). Dem neoklassischen Modell einer dichotomen Wirtschaft, in welcher das Geld nur eine Nebenrolle spielt und wirkungsneutral ist, setzte Keynes das »Konstrukt einer monetären Produktionswirtschaft« (Herr 2001: 210) entgegen, welche durch hierarchische Märkte und eine monetäre Steuerung charakterisiert ist. Da dem Vermögens- resp. Kapitalmarkt hierbei die dominierende Rolle zufällt, wird die Marktwirtschaft zu einer »Kredit- und Verpflichtungsökonomie«, die der Geld- und Kapitallogik folgt. Geld erscheint dabei als Liquidität und Vermögen, aber auch als »öffentliches Gut« (Riese 1986: 42) und unverzichtbares wirtschaftspolitisches Instrument.

Von den verschiedenen Strömungen des Keynesianismus (Neoklassische Synthese, Neo- bzw. Neukeynesianismus, Postkeynesianismus) ist unter geldtheoretischem Aspekt vor allem der postkeynesianische Ansatz, repräsentiert von Hyman P. Minsky, Nicholas Kaldor, Jan Kregel, Hajo Riese, Victoria Chick u. a., von Interesse (Dietrich 1987; Herr 2001). In diesem Konzept wird die Keynesische Theorie durch die Einbeziehung portfoliotheoretischer Überlegungen und die Integration der Zentralbank in den Marktprozeß wesentlich erweitert und um einen zusätzlichen Übertragungsmechanismus monetärer Impulse auf die reale Wirtschaft ergänzt. Die Analyse der Endogenisierung der Geldmenge und ihrer Determination durch die Kreditnachfrage (bei Kaldor) bzw. auch durch das Kreditangebot der Geschäftsbanken (im sog. Finanzkeynesianismus) erweist sich als fundamental für eine gegenwartsbezogene Theorie des Geldes wie für die aktuelle Geldpolitik.

Drittens hat die Theorie des *Institutionalismus* dazu beigetragen, den Boden für alternaive geldtheoretische Ansätze zu ebnet. Dies betrifft sowohl die Fassung des Geldes als wichtige »soziale Institution« bei Thorstein Veblen, Wesley C. Mitchell u. a. als auch die Definition der modernen Wirtschaft als »Geldwirtschaft« (Reuter 1994:

Neben dem Hauptwerk von Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936) ist für das Verständnis seiner Geldauffassung unbedingt auch seine Schrift *A Treatise on Money* (1930) heranzuziehen. Vgl. dazu auch Riese 1986.

227, 189). Als produktiv erwies sich dabei aber auch der methodische Ansatz des Institutionalismus, welcher, da im Gegensatz zum abstrakten Formalismus der Neoklassik stehend, bewirkte, daß die Begrenztheit der an die enge Vorstellungswelt restriktiver Modelle gebundenen Theorie überwunden wird.

Viertens sind bestimmte Außenseiter des ökonomischen Denkens anzuführen, die sich kritisch, ja teilweise antipodisch, zum Mainstream positionierten und die mit ihren Arbeiten die Theorieentwicklung wesentlich befördert haben. Zuförderst sei hier an Joseph A. Schumpeter (1883-1950) gedacht, dessen umfangreicher geldtheoretischer Nachlaß (1970) bemerkenswerte und gänzlich unorthodoxe Einsichten in das Geldwesen seiner Zeit bereithält. Nicht weniger wichtig sind Michael Kalecki (1899-1977), welcher, bestimmte Ideen von Keynes vorwegnehmend, die Rolle des Geldes im Konjunkturzyklus untersuchte (1987), Piero Sraffa (1898-1983), Neoricardianer und bedeutender Wert- und Preistheoretiker (1968) und James Tobin (1918-2001), der ein umfangreiches Werk zur Geld- und Finanztheorie hinterließ, aber auch praktikable Vorschläge zur Fiskalpolitik, Steuergesetzgebung («Tobin-Tax») und Zinspolitik. Ferner betrifft dies aber auch Ökonomen der Gegenwart wie Michel Aglietta, Philip Mirowski, C. A. E. Goodhart, Peter Bofinger und andere. Nicht zu vergessen Gunnar Heinsohn und Otto Steiger, die mit ihrem Werk (2002 a, b) den nicht unumstrittenen Anspruch erheben, ausgehend vom Eigentum die gesamte Wirtschaftstheorie neu zu schreiben und damit auch das Geld neu zu definieren, nämlich als »notifizierten anonymen Titel auf Eigentum« (2002 b: 19). Indem sie das Geld aus dem temporären Verzicht der Eigentümer auf die »Eigentumsprämie«, einem Pendant zur Keynesnessen Liquiditätsprämie, herleiten, definieren sie es als ein »Kreditverhältnis«, das vom Eigentum und vom Zins abhängig ist. Ihr Ansatz, wonach »die Schaffung von Geld und sein Verleihen *uno actu* erfolgen« (2002 a: 303), unterscheidet sich ebenso von der klassischen und neoklassischen tauschgestützten Geldklärung wie von der keynesianischen, welche das Geld exogen oder, im Falle der postkeynesianischen Argumentation, endogen setzt und den Zins dann aus dem Gelde herleitet.

Abschließend sei noch eine Reihe von Gesellschaftskritikern genannt, deren Ansätze weder dem marxistischen noch dem keynesianischen Paradigma verpflichtet sind: Vertreter *kleinbürgerlicher, genossenschaftlicher* und *christlich-sozialistischer* Richtungen sowie *liberaler* Konzepte, die auf unterschiedlichste Art und Weise alternative Ideen zur kapitalistischen Geldwirtschaft hervorgebracht haben bzw. solche bis heute vertreten (vgl. Behrens 1976: II, 241 ff.; Lietaer 2002). Einschränkend ist hierzu jedoch anzumerken, daß es sich bei diesen Kritikern zumeist um »Laien« handelt, deren Arbeiten, auch wenn sie an Deutlichkeit und Einfallsreichtum nichts zu wünschen übrig lassen, theoretisch doch erhebliche Schwächen aufweisen. Auch gehen sie konzeptionell selten über den aktuellen Forschungsstand hinaus. Typisch ist eher ihr Anknüpfen an ältere Auffassungen (Proudhon, Gesell, soziale Utopien u. ä.), was die Gefahr mit sich bringt, daß man sich zu sehr an der Vergangenheit orientiert und den Weg verbaut, neuere geldwirtschaftliche Entwicklungen zu

Hierzu sind u. a. Franz Hermann Schultze-Delitzsch (1806-1883), Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) und Franz Oppenheimer (1864-1943) zu rechnen.

Hans-Joachim Stadermann konstatiert für die Zeit nach 1900: »Auf dem Felde der Geldtheorie arbeiteten Scharen von Dilettanten. Diese waren überwiegend damit beschäftigt, das ideale Geld zu erfinden, das ihren subjektiven Vorstellungen von der gerechten Wirtschaft zum Durchbruch verhelfen sollte.« – »Die erfolgreichen gründeten regelrechte Gemeinden. Unter ihnen war sicher Silvio Gesell die herausragendste Persönlichkeit.« (Stadermann 2000, S. 20)

begreifen. Ignoriert wird dabei nicht nur die Weiterentwicklung des Mainstream, sondern häufig auch die alternativer Theorien, was sich für die Diskurstauglichkeit dieser Ansätze als fatal erweist, weshalb sie vermutlich zur Bildung informeller Zirkel und »Sekten« tendieren.

Negativer Geldfetischismus

Daß die politische Linke zum Geld ein gespanntes, nicht selten sogar gestörtes, zutiefst negatives, ja, mitunter geradezu feindliches Verhältnis hat, ist bekannt.

Die Motive dafür sind einsichtig: Sie erklären sich einerseits aus dem unversöhnlichen Gegensatz der Linken zum Kapital und zum Kapitalismus, als deren sinnfälligstes Symbol und wichtigster Repräsentant das Geld anzusehen ist (Busch 2003 b). Zum anderen aber rühren sie auch aus der Vorstellung her, daß die Wurzel kapitalistischer Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Fehlentwicklung im Gelde zu suchen sei, und nirgendwo sonst.

Besonders letztere Ansicht und die diese stützenden Erklärungsversuche führen zu einer Fokussierung der Gesellschaftskritik auf das *Geld*, die rational kaum nachvollziehbar ist, die aber nicht wenige Menschen *emotional* anspricht und in ihren Bann zieht. Dieser Kritik am Geld im allgemeinen und ihrer Fixiertheit auf bestimmte Formen desselben wie Kredit, Zins, Geldvermögen und Schulden im besonderen haftet etwas Ressentimenthaftes an, etwas Irrationales und »Verkehrtes«, was die Frage provoziert, ob es sich hierbei nicht um eine *Projektion des Geldfetischismus* der bürgerlichen Gesellschaft handelt, einer spiegelbildlich *verkehrten* Projektion, die sich in den Köpfen der Geld-Kritiker vollzieht und dabei so etwas wie einen *negativen Geldfetischismus* hervorbringt?

Bekanntermaßen treten unter den Bedingungen der Warenproduktion die Beziehungen der Produzenten als *dingliche* Verhältnisse in Erscheinung. Marx bezeichnete diese Verkehrung gesellschaftlicher Beziehungen in Beziehungen von Dingen als *Warenfetischismus* (MEW 23: 85 ff.). Die objektive Grundlage für diese, die wirklichen Verhältnisse mystifizierende, Phantasmagorie liegt im widersprüchlichen Charakter der warenproduzierenden Arbeit, welche einerseits gesellschaftliche Arbeit ist, andererseits aber als private Arbeit verausgabt wird, was den Austausch der Produkte als Waren bedingt. Da die Produzenten erst im *Austausch* ihrer Arbeitsprodukte miteinander in Kontakt treten, erscheinen die »spezifischen gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten« erst hier, im Austauschprozeß – jedoch nicht als »unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst«, sondern verkehrt, »als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen« (MEW 23: 87).

Diese Mystifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse durch ihre Verkehrung in Beziehungen von Dingen findet im *Geld- und Kapitalfetischismus* ihre vollendete Gestalt.

So bildet das Rätselhafte am Geld, seine geheimnisvolle Macht und Anziehungskraft, Magie und Mystik, einen besonderen Gegenstand theoretischer Beschäftigung. Dies sowohl in idealistisch verklärender, das Geld überhöhender und sich damit dem Geldfetisch

»Kein schlimmeres Gut erwuchs den Menschen als das Geld ...« (Sophokles: Antigone, Vers 295).

»Das Rätsel des Geldfetischs ist ... nur das sichtbar gewordne, die Augen blendende Rätsel des Warenfetischs.« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW Bd. 23, S. 108)

unterwerfender Manier als auch in kritischer, dem Geld distanzierter oder feindlich gegenüberstehender Form. Die Intensität und Vehemenz der gegenwärtigen Auseinandersetzung erklärt sich dabei aus der Tatsache, daß sich im Kapitalismus in bezug auf den Fetischcharakter des Geldes zwei Aspekte symbiotisch miteinander verbinden: die Eigenschaften des Geldes als Zahlungsmittel und Tauschmedium sowie seine Bestimmung als *Kapital*.

Als das »letzte Produkt der Warenzirkulation« und zugleich die »erste Erscheinungsform des Kapitals« (MEW 23: 161) ist das Geld in besonderer Weise prädestiniert, die Verhältnisse des Kapitalismus konzentriert und prononciert zum Ausdruck zu bringen, wenn auch höchst mystifiziert und verschleiert. Da der Kapitalismus von Anfang an dazu tendiert, sich als *Geldwirtschaft* zu etablieren und zu verwirklichen, findet das Kapital – logisch wie historisch – im *Geldkapital* seinen »ursprünglichen Ausgangspunkt«, zugleich aber auch seine entwickeltste, »äußerlichste und fetischartigste Form« (MEW 25: 404). Dieser Prozeß findet auf einer bestimmten Entwicklungsstufe seine Steigerung im *Kredit*, im *Kreditgeld* sowie in der Universalität der *Kreditverhältnisse*. Dies sowohl nach »innen«, indem der gesamte Produktionsprozeß und Kreislauf des Kapitals monetär gesteuert und kreditvermittelt ist, als auch nach »außen«, durch die Integration der Weltwirtschaft, ihre globale Steuerung und Kontrolle durch das Finanzkapital der Metropolen.

Damit bildet der Geldfetischismus im Kapitalismus lediglich eine Erscheinungsform des *Kapitalfetischismus*, insbesondere bezogen auf das *Geldkapital*. Es ist dies seine abstrakteste, am meisten entfremdetste und am wenigsten sinnfälligste Form, weshalb es nicht verwundert, daß er von Befürwortern wie Kritikern des Kapitalismus häufig nicht richtig wahrgenommen, ja oftmals nicht einmal als solcher begriffen wird. Indem das Geld, nicht aber die in ihm verkörperten Kapitalverhältnisse, angebetet oder kritisiert werden, unterliegen Bewunderer wie Kritiker desselben letztlich *gleichermaßen* dem Geldfetischismus – wenn auch jeweils mit umgekehrtem Vorzeichen.

So wie die größten Eiferer und Gegner bestimmter religiöser Fetische, Symbole und Reliquien, die fanatischsten Antichristen, Antimuslime usw. keineswegs frei sind von der Magie des von ihnen so heftig bekämpften Kults, so wenig sind es diejenigen, die heute so vehement das Geld, den Zins und die Banken angreifen. Ihre Fiertheit auf das Geld – oder bestimmte Formen desselben wie den Zins – ist nichts anderes als ein besonderer Ausdruck von Geldfetischismus. Als Geldkritiker unterliegen sie ihm lediglich auf andere Art und Weise und praktizieren ihn in *negativer* Form.

Schluß

Die gegenwärtige Kapitalismuskritik, namentlich die von einem linken Standpunkt aus vorgebrachte, richtet sich nicht nur gegen das kapitalistische Eigentum, die Herrschaft der Großunternehmen und den Staat, sondern ebenso gegen das *Geld* sowie dessen Formen und Institutionen. So schlüssig wie dies auch scheint, so sind doch die Motive dafür wissenschaftlich nicht immer nachvollziehbar. Häufig wurzeln sie weniger in einem analytisch-theoretischen Verständ-

»Durch die – bisher freilich mehr proklamierte als praktizierte – Abkehr vom Tauschwertsystem verliert ... das Individuum seine gesellschaftliche Bestimmung; quasi Natur geworden, ... braucht es einen neuen Rahmen für seine Befriedigungen und seinen Austausch, eine neue Basis für seine Vergegenständlichung, und solange diese Basis nicht gegeben ist, treten die immer noch notwendigen und wirksamen Geldbeziehungen in ihrer ganzen Irrationalität zutage, ebenso die von ihnen geprägten psychischen Strukturen.« (Die Linke und das Geld. Ein Mosaik, in: Kursbuch 36 (Juni 1974) S. 180)

»Legitimierung, Demokratisierung und Kontrolle der Geldherrschaft sind der politische Weg des Widerstandes gegen den Geld-Götzendienst. Praktisch wird die Götzenkritik in Zeiten der Globalisierung im Widerstand gegen entfesselte Finanzmärkte und ihre Ideologien und Institutionen wie IWF und Weltbank.« (Franz Segbers: Geld – der allgewöhnlichste Abgott auf Erden (Martin Luther), in: Deutschmann 2002: 143).

nis des Geldes als Form des Kapitals und dessen Kritik als ökonomisches Verhältnis als vielmehr in seiner *praktischen* Ablehnung und *instinktiven* Zurückweisung.

Hinterfragt man diese Haltung etwas genauer und forscht nach Begründungen dafür, so trifft man mitunter auf dubiose Erklärungen und abstruse »Theorien«, wie sie auch schon früher, so zum Beispiel von Romantikern und Konservativen, geäußert worden sind. So emotional verständlich und moralisch gerechtfertigt die dabei zutage geförderten »Begründungen« auch sein mögen, *theoretisch* betrachtet sind es eher »Abgründe« als Gründe, seien sie auch noch so ehrlich gemeint und aus Erfahrungen des täglichen Lebens geboren.

Was dabei als *persönliche* Meinung noch angeht, ist als Grundlage für eine organisierte und institutionalisierte Gesellschaftskritik, wie sie von sozialen Bewegungen, Parteien, Vereinen usw. praktiziert wird, jedoch nicht akzeptabel. Auf dieser Ebene bedarf es, um erfolgreich zu sein, vielmehr einer *theoretisch fundierten* Kritik und Alternative, wofür die oben diskutierten Ansätze eine wichtige Grundlage und unverzichtbare Voraussetzung darstellen.

Um die Wirtschaft der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft stärker einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen und ihre Entwicklung besser als bisher am Wohlstand der Völker der Welt auszurichten, ist die Kritik der gegenwärtigen Zustände nicht hinreichend. Notwendig sind überdies wirtschaftspolitische Reformprogramme, darunter nicht zuletzt geld- und finanzpolitische Alternativkonzepte, und deren politische Durchsetzung.

Die *erste* und fundamentalste Voraussetzung dafür ist jedoch, zu begreifen, wie die Wirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen funktioniert, welche Funktionsabläufe und Regulationsinstrumentarien es hierfür gibt und wie diese gesteuert werden.

Das *Zweite* ist die kritische Analyse des Wirtschaftsablaufs und die Auseinandersetzung mit der Geld- und Kapitallogik, die diesen bestimmt. Insbesondere geht es dabei um die Offenlegung von Ansatzpunkten für eine Revision und Korrektur des Ganzen, eine *Reform* der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Der *dritte* Schritt schließlich ist dann die Reform selbst, sei es auf dem Wege der Reorganisation und Umgestaltung bestimmter Teilbereiche oder des Umbaus der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Ganzes.

Keiner dieser drei Schritte ist möglich ohne entsprechende theoretische Vorarbeit und Begleitung: Der erste Schritt verlangt die Einsicht in den Funktionsablauf der Wirtschaft und das Verständnis der grundlegenden Reproduktionszusammenhänge der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Dies aber ist ohne Kenntnis ihrer theoretischen Grundlagen, insbesondere der neoklassischen Wirtschaftstheorie, kaum zu erlangen. Für den zweiten Schritt bedarf es der Kenntnis alternativer Theorien, sozusagen als Referenzmodelle, um die kritische Analyse der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu ermöglichen. Da sich der alternative Charakter einer heterodoxen Sichtweise aber nur vor dem Hintergrund und in Auseinandersetzung mit dem Mainstream offenbart, ist beides nötig, die Kenntnis der Alternativen wie die des Mainstreams.

Der dritte Schritt ist demgegenüber vor allem ein praktischer Akt. Damit er gelingen kann, bedarf es zuvor aber der Operationalisie-

Versuche hingegen, *ohne* hinreichende Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und ohne ausreichende Kenntnis der Theorie alternative Politik betreiben zu wollen, enden zumeist in bloßem Aktionismus ohne nachhaltige Wirkungen; bestenfalls sind sie »Sand im Getriebe« des Kapitalismus wie einige Aktionen von ATTAC, die den Wirtschaftsablauf zwar empfindlich stören können, ihn aber nicht wirklich in neue Bahnen lenken.

rung der ihm zugrundeliegenden Theorie. – Auch dieser Schritt impliziert also theoretische Arbeit: Ohne alternative Theorie gibt es nunmal keine alternative Praxis.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2003, Köln 2003.
- Behrens, Fritz: Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie, Bd. 2-4, Berlin 1976-1981.
- Betz, Karl/Roy, Tobias (Hrsg.): Privateigentum und Geld, Marburg 1999.
- Bischoff, Joachim: Die Memoranden – Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftskonzeption, in: UTOPIE kreativ, Heft 146 (Dezember 2002), S. 114-123.
- Bönisch, Alfred (Hrsg.): Demokratische Alternativen in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik kapitalistischer Länder, Berlin 1986.
- Braun, Manfred/Krause, Günter/Müller, Klaus: Neomonetarismus, Berlin 1989.
- Brunner, Karl: Money Supply, in: Eatwell, J./Milgate, M./Newman, P. (Eds.): The New Palgrave. Dictionary of Money and Finance, vol 2, Macmillan 1992, pp. 803-806.
- Busch, Ulrich: Georg Simmels Geldverständnis in der Tradition von Karl Marx, in: J. G. Backhaus/H.-J. Stadermann (Hrsg.), Georg Simmels Philosophie des Geldes. Einhundert Jahre danach, Marburg 2000.
- Busch, Ulrich: Joseph A. Schumpeters *Soziologie des Geldes*, in: J. Backhaus (Ed.): Joseph Alois Schumpeter. Entrepreneurship, Style and Vision, Boston/Dordrecht/London 2003a, pp. 191-202.
- Busch, Ulrich: Geld und Reichtum in der bürgerlichen Gesellschaft. Zur Grundlegung eines Zusammenhangs bei Karl Marx, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, III/2003b, S. 63-82.
- Chick, Victoria: Über Geld und Geldtheorien, in: Prokla 123 (Juni 2001), S. 227-243.
- Creutz, Helmut: Alternative Geldsysteme – Auswege aus der fehlerhaften Geldordnung?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 101. Folge (Juli 1994), S. 18 ff.
- Deutschmann, Christoph (Hrsg.): Die gesellschaftliche Macht des Geldes, Wiesbaden 2002.
- Dietrich, Karl u. a.: Postkeynesianismus, Marburg 1987.
- Duchrow, Ulrich/Hinkelammert, Franz: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Oberursel 2002.
- Ehrlicher, Werner: in J. Beuys/J. P. v. Bethmann/H. Binswanger/W. Ehrlicher/R. Willert: Was ist Geld? Eine Podiumsdiskussion, Wangen 1991.
- Felderer, Bernhard/Homburg, Stefan: Makroökonomie und neue Makroökonomie, Berlin u. a. 1989.
- Fritsch, Bruno: Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx, Frankfurt/Wien 1968.
- Ganßmann, Heiner: Geld und Arbeit, Frankfurt/New York 1996.
- Hahn, Frank: Money and Inflation, Oxford 1982.
- Heinrichs, Johannes: Die Einheit von Geld- und Demokratiereform, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 129. Folge (Juni 2001), S. 33-42.
- Heinsohn, Gunnar/Steiger, Otto : Eigentum, Zins und Geld, Marburg 2002 a.
- Heinsohn, Gunnar/Steiger, Otto : Eigentumstheorie des Wirtschaftens *versus* Wirtschaftstheorie ohne Eigentum, Marburg 2002 b.
- Helmstädter, Ernst: Wirtschaftstheorie II. Makroökonomische Theorie, München 1986.
- Herr, Hansjörg: Keynes und seine Interpreten, in: Prokla 123 (Juni 2001), S. 202-225.
- Hörisch, Jochen: Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes, Frankfurt a. M. 1996.
- Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 2002.
- Issing, Otmar: Einführung in die Geldtheorie, München 1981.
- Jarchow, Hans-Joachim: Theorie und Politik des Geldes, I. Geldtheorie, Göttingen 1990.
- Kalecki, Michal: Krise und Prosperität. Ausgewählte Essays 1933-1971, Marburg 1987.
- Kareken, John H./Wallace, N.: Models of Monetary Economics, Minneapolis 1980.
- Kath, Dieter: Geld und Kredit, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 1, München 1990.
- Keynes, John Maynard: Vom Gelde, Berlin 1931.
- Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936.
- Kintzelé, Jeff/Schneider, Peter (Hg.): Georg Simmels Philosophie des Geldes, Frankfurt a. M. 1993.
- Krause, Günter: Die Geschichte der ökonomischen Theorien zwischen Mainstream und Alternative, in: UTOPIE kreativ, Heft 143 (September 2002), S. 783-803.
- Lietaer, Bernard A.: Das Geld der Zukunft, München (1999) 2002.
- Marx, Karl: Ökonomische Manuskripte 1857/1858, in: MEW, Bd. 42, Berlin 1983.
- Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859), in: MEW, Bd. 13; Berlin 1972.
- Marx, Karl: Theorien über den Mehrwert (1862/63), in: MEW, Bd. 26.1 bis 26.3, Berlin 1976.
- Marx, Karl: Das Kapital, Band 1 bis 3 (1867-1894), in: MEW, Bd. 23 bis 25, Berlin 1969.
- Menger, Carl: Geld, in: Handwörterbuch für Sozialwissenschaften, IV. Bd., Jena 1909.
- Patinkin, Don: Money, Interest and Prices. An Integration of Monetary and Value Theory, New York 1956.
- Rammstedt, Otthein: Simmels Philosophie des Geldes, in: J. Kintzelé/P. Schneider (Hg.): Georg Simmels Philosophie des Geldes, Frankfurt a. M. 1993, S. 13-46.
- Reuter, Norbert: Der Institutionalismus, Marburg 1994.
- Richter, Rudolf: Geldtheorie, Berlin u. a. 1990.
- Riese, Hajo: Theorie der Inflation, Tübingen 1986.
- Schelkle, Waltraud: Motive ökonomischer Geldkritik, in: W. Schelkle/M. Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld, Marburg 1995.
- Schumpeter, Joseph A.: Das Wesen des Geldes, Göttingen 1970.
- Simmel, Georg: Philosophie des Geldes (1900), Frankfurt a. M. 1989.
- Stadermann, Hans-Joachim: Die Geldtheorie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, in: J. G. Backhaus/H.-J. Stadermann (Hrsg.), Georg Simmels..., a. a. O., S. 19-60.
- Wagner, Hans/Mondelaers, Rudolf: Zur Entwicklung von Kredit und Kreditgeld, in: Riedel, H. (Hg.): Das Geld im gegenwärtigen Kapitalismus, Berlin 1989, S. 157-190.

JÜRGEN LEIBIGER

Arbeitszeitverkürzung und Perspektiven der Freizeit

Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.
Karl Marx

Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der Freizeit sind seit dem Metalller-Streik in Ostdeutschland wieder stärker ins Blickfeld der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Die Niederlage der Gewerkschaften hat nicht nur bürgerliche Parteien und Wirtschaftsfunktionäre ermutigt, eine Kampagne zur Verlängerung der Arbeitszeit zu beginnen und unbezahlte Mehrarbeit, Streichung von Feiertagen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Heraufsetzen des Rentenalters und anderes zu fordern. Mehrarbeit – so heißt es allenthalben – sei unumgänglich zur aktuellen Krisenbekämpfung und zur Sicherung der Sozialsysteme in einer alternden Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund erhebt sich erneut die Frage, welche Zusammenhänge zwischen der Länge der Arbeitszeit, der Freizeit und dem Kampf um Zeitsouveränität bestehen. Ist der Weg zur Verkürzung der Arbeitszeit ein gangbarer Weg zu mehr Beschäftigung? Welches Ausmaß von Verkürzung kann sich die Gesellschaft leisten angesichts des Umbruchs in der Altersstruktur der Gesellschaft und der damit verbundenen Absenkung der Erwerbsquote?

Auf der Suche nach Antworten stellt sich zunächst die Aufgabe, etwas zur Bedeutung der Länge des Arbeitstages und damit zugleich zur Bedeutung der Freizeit für grundlegende Wertvorstellungen in einer Gesellschaft zu sagen.

Reichtum, Freizeit, Emanzipation

Freizeit ist die Zeit, in der die Arbeitskraft reproduziert wird, und sie ist zugleich die Zeit, in der die Realisierung der Kapitalverwertung vollendet wird, denn sie ist Zeit für den Konsum. Zugleich jedoch ist Freizeit ein Abzug von der möglichen Arbeitszeit, in der die Wertschöpfung erfolgt. Rein formell ist die Verwendung der Freizeit dem Kommando des Kapitaleigentümers entzogen, die Verfügung liegt ebenso formell in der Hand des Lohnabhängigen und ist für ihn gleichbedeutend mit einem Stückchen Freiheit. Wachsende Freizeit trägt damit zugleich den Aspekt des Freiheitsgewinns in sich, weshalb der Freiheitsbegriff sich im alltäglichen Sprachgebrauch an der Freizeit festmacht – und das »Recht auf Faulheit« gelegentlich dem »Recht auf Arbeit« entgegengesetzt wird.¹

Allerdings ist dies nur die Oberfläche der tatsächlichen Zusammenhänge. Bezogen auf den 24-Stunden-Tag bedingt der Achtstun-

Jürgen Leibiger – Jg. 1952; Dr. rer. oec. habil., Studium der Mathematik und Datenverarbeitung in Halle, 1985/86 Dozent für politische Ökonomie in Addis Abeba, seit 1992 als Referatsleiter und Dozent für Volkswirtschaftslehre an einer Fortbildungsakademie, zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Eigentumsfrage im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, Heft 127 (Mai 2001)

1 Vgl. Gruppe Krisis: Manifest gegen die Arbeit, Erlangen 1999; Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit, Grafenau 1998.

dentag keineswegs eine 16stündige Freiheit. Diese 16stündige Freizeit ist zumindest teilweise in ihrem Inhalt und in ihrem Rhythmus stark vom Arbeitstag mitbestimmt; Freizeit bedeutet keineswegs »frei sein«. Einen Teil dieser Zeit beansprucht der Schlaf für sich, ein weiterer Teil dient dem Arbeitsweg, der Ernährung, der Hygiene, dem Haushalt, der Kindererziehung, der Weiterbildung usw. – also jenen Tätigkeiten, die unmittelbar der Reproduktion der Arbeitskraft dienen.² Obwohl dieser Teil auch anfällt, wenn nicht gearbeitet wird, schwankt sein Umfang mit der Schwere und Länge des Arbeitstages. Erst wenn die Reproduktionszeit von der 16stündigen Nichtarbeitszeit abgezogen ist, kann der Rest als Freizeit im eigentlichen Sinne – also als frei verfügbare Zeit – bezeichnet werden.³ Und selbst in dieser eigentlich frei verfügbaren oder auch Mußezeit finden wir – noch unter dem Eindruck der Arbeit und geprägt von der mit ihr verbundenen Anspannung – oft genug »keine Ruhe«.

Auch die zeitliche Abfolge von Arbeit und Reproduktions- und Freizeit wird durch die Lage der Arbeitszeit bestimmt. Der Schichtarbeiter muß tagsüber schlafen oder hat keinen freien Nachmittag; die Öffnungstage der Behörden bestimmen, wann sie aufgesucht werden können, der Urlaubsplan des Betriebes regelt, wann Urlaub genommen werden kann usw. Der Zeitrhythmus abhängig Beschäftigter unterliegt in bestimmtem Umfang den Zwängen ihres fremd bestimmten Arbeitsrhythmus'. Jede Arbeitszeitpolitik greift deshalb in die Lebenswelt als Ganzes ein und ist zugleich Gesellschaftspolitik.⁴

Und wie sieht es mit dem Inhalt der Freizeit aus? Damit, was und wie konsumiert und erlebt wird?

Die Freizeitwirtschaft ist mit dem Wachstum von Freizeit und Einkommen zu einer boomenden Branche geworden, weil in einer wachsenden Freizeit auch mehr konsumiert und erlebt werden kann. Konsumterror, die suggestive Nötigung zu einem bestimmten Konsum, der Kauf vorgefertigter Erlebnisse, die Unterwerfung unter von der Konsumgüter- und Freizeitindustrie vorgegebene Konsummuster und Freizeitstreß sind keine Ausnahmerecheinungen.

Was ist unter diesen Umständen von einem Mehr an Freizeit zu halten, wenn diese am Ende doch nur dazu bestimmt ist, Güter und Erlebnisse zu konsumieren, die vielleicht eine kulturelle und moralische Zumutung darstellen oder nur dazu dienen, die gewachsene Arbeitsintensität auszugleichen? Oder Arbeit, die vielleicht bisher in hoch produktiver Form industriell verrichtet wurde und deren Produkt preiswert zu kaufen war, jetzt vielleicht mühsam als Eigenarbeit zu verrichten? Natürlich existieren Möglichkeiten der sinnvollen Nutzung der Freizeit, der Verwirklichung familiären Glücks, der Realisierung von Freundschaften, von Muße, Entspannung, Erholung. Freizeit und Konsum sind im Vergleich zur Arbeit durchaus weniger fremd bestimmt, und in ihnen mag das Moment der Selbstbestimmtheit durchaus überwiegen. Aber deckungsgleich – nein, deckungsgleich ist das Reich der Freizeit mit dem Reich der Freiheit keineswegs.

Aber auch die Bestimmung der Arbeitszeit als entfremdete Zeit bedingt nur scheinbar, daß Freiheitsgewinn nur in deren Minimierung oder ihrer gänzlichen Aufhebung liegen kann. Die Praxis zeigt

2 Vgl. zum aktuellen Zeitbudget: BMFSFJ (Hrsg.): *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*, Berlin 2003.

3 Es existieren vielfältige Definitionen und Gliederungen der Freizeit. Vgl. z. B. Gerhard Huck: *Freizeit als Forschungsproblem*, in: Derselbe (Hrsg.): *Sozialgeschichte der Freizeit*, Wuppertal 1982, S. 7; Horst W. Opaschowski: *Einführung in die Freizeitwissenschaft*, Opladen 1994, S.20; Hans-Werner Prah: *Soziologie der Freizeit*, Paderborn 2002, S. 132 ff.

4 Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): *Arbeitszeit zukunftsfähig gestalten*, Düsseldorf 1999, S. 5.

den einseitigen Charakter einer solchen Interpretation. Arbeitszeit ist zugleich Zeit zur Produktion des materiellen Reichtums, der zwar zunächst fremder Reichtum ist, aber doch auch die Quelle des materiellen Wohlstands der Lohnabhängigen darstellt. Die seit den 1980er Jahren diskutierten und praktizierten Projekte der Arbeitszeitverkürzung oder des Abbaus von Überstunden stießen immer wieder – wenn sie mit Lohninbußen einher gingen – auch auf den Widerstand der abhängig Beschäftigten. Und wahrscheinlich ist die Präferenz für materiellen Wohlstand immer noch höher gegenüber dem Freizeitwunsch.

Beide Formen des Reichtums – Freizeit und materieller Wohlstand – sind nur verschiedene Formen von Zeit: Während beim materiellen Reichtum das Zeitmaß in der Wertform verborgen liegt, tritt das Zeitmaß der Freizeit offen zutage. Reichtum ist jedoch *vergegenständlichte* Arbeit, also Zeit in geronnener Form. Die enge Beziehung von materiellem Wohlstand und Freizeit⁵ zeigt sich auch daran, daß der Kauf von Gütern oder Dienstleistungen immer Kauf fremder Arbeitszeit darstellt: Die Renovierung der Wohnung kann als Eigenleistung in der Freizeit vorgenommen werden, oder sie wird von einem bezahlten Handwerker ausgeführt. Gemüse und Obst kann in der Freizeit im eigenen Hausgarten angebaut oder auf dem Markt gekauft werden. Und welch ein Gewinn an wirklich freier Zeit für Muße im Rahmen der Freizeit war mit der Mechanisierung und Elektrifizierung der häuslichen Tätigkeiten verbunden – zumindest, seit sich auch die Familien der Lohnabhängigen diese Güter leisten konnten! Wachsender materieller Wohlstand ist ebenfalls ein Moment von Freiheitsgewinn, er kann mehr freie Zeit verschaffen. Die auch in der Linken häufig anzutreffende Geringschätzung, ja abschätzige Bewertung materiellen Wohlstands läuft nicht nur den Interessen der arbeitenden Menschen zuwider, sie ist auch theoretisch durch nichts begründet.

Emanzipation umfaßt somit immer ein doppeltes Paar von Bewegungen: Quantitativ sowohl die Verkürzung der Arbeitszeit unter der Bedingung eines bestimmten materiellen Wohlstands als auch die Ausdehnung der Freizeit, und qualitativ sowohl das Zurückdrängen der Entfremdung in der Arbeit – wie lang deren Zeitmaß auch sein mag – als auch das Zurückdrängen der Entfremdung der Freizeit – und mag diese noch so gering sein. Es muß darum gestritten werden, daß Inhalt und Formen der Arbeit dem Menschen gemäßer werden und nicht nur vom Profitmotiv bestimmt sind. Und wieviel Würde liegt in der Arbeit – mag sie auch entfremdet sein –, wenn sie gut gemacht ist und wenn das vergegenständlichte Resultat in der Gesellschaft gewürdigt ist! Ist doch der Arbeiter selbst Konsument seiner eigenen vergegenständlichten Arbeit – und darf mit Recht stolz darauf sein.

Bezogen auf die Freiheit bedeutet dies: Es geht nicht nur um Ausdehnung der Freizeit als Muße, sondern auch um menschliche Selbstbestimmtheit in der Freizeit und menschengemäße Nutzung der Freizeit. Letzten Endes kann die Entfremdung der Freizeit nur beseitigt werden, indem die Entfremdung der Arbeit aufgehoben wird und der Produzent selbst bestimmt, was und wie produziert wird. Diese Selbstbestimmung schließt dann die Arbeit als ein Le-

5 In der neueren Literatur wird deshalb auch häufig von »Zeitwohlstand«, also einer besonderen Form von Wohlstand überhaupt, gesprochen. Vgl. dazu vor allem: Jürgen P. Rinderspacher, Zeitwohlstand in der Moderne, Wissenschaftszentrum Berlin, P 00-502, 2000. Dies ist – obwohl bei Rinderspacher nicht wertheoretisch untersucht – sehr griffig und brauchbar, aber dieser Begriff reduziert das Problem der Freizeit doch recht stark auf den Wohlstandsaspekt, wo doch ihr emanzipatorischer Aspekt mindestens genauso wichtig zu sein scheint.

bensbedürfnis ein. Ist die Arbeit für die Gesellschaft deckungsgleich mit der Arbeit für sich selbst und zugleich Lebensbedürfnis, dann hört der Unterschied zur Freizeit in vielerlei Hinsicht auf.⁶

Möglicherweise wird sich die Unterscheidung von Arbeits- und Freizeit schon in den nächsten Jahrzehnten zumindest formal für breitere Kreise auch der Lohnabhängigen verwischen. Wenn die Strategien der Flexibilisierung und Individualisierung realisiert werden, sich also statt einer zeitbezogenen Entlohnung mehr und mehr projektbezogene Lohn- und Gehaltsformen durchsetzen sowie die strenge Ortsbezogenheit der Arbeit durch Formen der Telearbeit u. ä. abgelöst wird, könnte die strenge Scheidung von Arbeits- und Freizeit obsolet werden. Hinzu kommt die zunehmende Bedeutung von ehrenamtlichen Tätigkeiten. Opaschowski spricht in diesem Zusammenhang von einer »visionären Tätigkeitsgesellschaft« als einer »jahrhundertalten Vision der Philosophie vom menschlichen Glück« und beruft sich dabei auch auf Marx.⁷

Das quantitative Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit

Wie entwickelt sich das quantitative Verhältnis von materiellem und Zeitwohlstand? Sollte eine diesbezügliche Zielvorstellung entwickelt werden – und wenn ja, welche? Sechs Stunden täglicher Arbeit, wie in Thomas Morus' »Utopia«? Oder die 28,8 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit wie bei Volkswagen in Wolfsburg?

Die Beantwortung dieser Fragen hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Grundsätzlich besteht eine bestimmte Wahlmöglichkeit zwischen Freizeit und dem in der Arbeitszeit geschaffenen materiellen Wohlstand (Einkommen pro Kopf). Diese Wahlmöglichkeit ist keineswegs beliebig, vielmehr gibt es einen Korridor für diese Wahl. Die Teilung der Lebenszeit in Arbeits- und Freizeit ist eine historisch entstandene Relation, die auf geschichtlich entwickelten Erfordernissen der Reproduktion der Arbeitskraft und Bedürfnispräferenzen sowie dem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit beruht. Die Wahl zwischen Freizeit und Arbeitszeit ist somit nicht bedingungslos frei, vielmehr kann sie immer nur graduell, also in bestimmten Grenzen, getroffen werden. Das heißt, die allgemeine Ausdehnung der Freizeit ist nur möglich auf einem bestimmten Konsumniveau und muß mit den gegebenen historischen und moralischen Konventionen vereinbar sein. Mit steigendem Einkommen pro Kopf wird die Arbeitszeitverkürzung eher gewünscht oder akzeptiert und politisch leichter durchsetzbar.

Tatsächlich muß in Schichten mit sehr niedrigem Einkommen länger als ein Normalarbeitstag gearbeitet werden, und bei steigenden Einkommen wird ab einer bestimmten Grenze weniger gearbeitet. Entscheidend für den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit (materiellem Wohlstand) und Freizeit dürfte allerdings nicht die Ebene des einzelnen Lohnabhängigen sein, sondern die des Haushalts, weil derartige Entscheidungen im Rahmen der familiären Zeitbudgets und der Familieneinkommen fallen. Auch wird nicht die absolute Höhe der Einkommen wichtig sein, sondern ihre Höhe in einer gewissen Relation zu den Durchschnittseinkommen von sozialen Gruppen. Wenn – um ein Beispiel zu geben – das Einkommen in den vergangenen Jahren um die Hälfte gewachsen sein mag, wird

6 Ein Rest von »Fremdbestimmtheit« bleibt freilich. Selbstbestimmtheit und Zeitsouveränität werden nicht zur Beliebigkeit führen – also nicht dazu, daß allein individuell bestimmbar ist, ob gearbeitet wird oder nicht. Wie groß die Freizeit auch immer sein mag – sie bleibt an die notwendige Arbeit gebunden. Und Selbstbestimmung an die notwendige Einsicht, daß gearbeitet werden muß.

7 »Nach der Vita-activa-Ethik der Tätigkeitsgesellschaft sind Arbeit und Freizeit zwar noch existent, stellen aber zusammen mit Kultur, Bildung, Unterhaltung und Politik gleichwertige Lebensqualitäten dar. Leitbild wird der *freie tätige Mensch* sein, der sich vom Verdikt des immer nur Nützlichen und Lebensnotwendigen befreit. Es ist der souveräne Mensch, der – aus freien Stücken – gleichermaßen für sich und die Gemeinschaft tätig ist und ebenso individualistisch wie sozial aktiv lebt. In der Tätigkeitsgesellschaft agiert der Mensch als selbstbewußter Lebenskünstler, der zu leben versteht und weder unter Streß noch Phlegma leidet. Mal arbeitet er im Schweiß seines Angesichts, mal entspannt er sich beim kreativen Tun. Immer geht die Initiative von ihm selbst aus, er wartet nicht auf den Anstoß von außen. Untätigkeit ist dem Lebenskünstler fremd. Selbst das Genießen wird zum Ausdruck innerer Aktivität. Was Karl Marx einst als freie bewußte Tätigkeit vorschwebte, lebt der Lebenskünstler aktiv vor.«
Horst W. Opaschowski:
Wir erleben es erleben,
Darmstadt 2002, S. 101 f.

man sich nicht für nunmehr schneller wachsende Freizeit anstelle höherer Einkommen entscheiden, wenn dieses Einkommensniveau (und damit der mögliche materielle Wohlstand) noch hinter dem Normalstandard der entsprechenden sozialen Gruppe hinterher hinkt. Das erklärt auch, weshalb die Arbeitszeitfrage zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich scharf gestellt wird.

Über die Relation, das »richtige« Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Freizeit ist nur schwer eine definitive Aussage abzuleiten.⁸ Dazu müßte genau zwischen Beschäftigten und Haushalten unterschieden werden, weil es einen Unterschied macht, ob die Frau arbeitet, weil sie dies aus Einkommensgründen tun muß, oder ob sie dies tut, um auch in der Ehe unabhängig, selbstbestimmt leben zu können, ganz davon abgesehen, in welchem Maße sie gewohnheitsmäßig dem Ehemann einen Teil der Reproduktionsarbeit im Haushalt abnimmt. Früher hatte die Nichtarbeit der Ehefrau eine moralisch hohe Priorität; selbst ärmste Proletarier beharrten darauf. Dies war kaum Ausdruck von Wohlstand, sondern entsprach kulturell verwurzelten Traditionen. Außerdem war Hausarbeit – denkt man nur an die schwere körperliche Arbeit des Wäschewaschens – eine den Tag vollkommen ausfüllende Tätigkeit, und erst mit wachsendem Einkommen und Möglichkeiten der Mechanisierung und Elektrifizierung von Hausarbeiten begann auch für die Frau die moderne Geschichte der Freizeit.

Wie wichtig die richtige Einschätzung der Einkommens-Freizeit-Präferenzen ist, zeigte der Metaller-Streik im Osten Deutschlands, der auch an der falschen Einschätzung dieser Interessenprioritäten scheiterte. So tun die ver.di-Gewerkschaften gut daran, eine große Befragung über diesen Punkt einzuleiten und die diesbezüglichen Präferenzen ihrer Mitglieder zu ermitteln.⁹

Wieviel Freizeit können wir uns leisten?

Wenn auf die Frage, wieviel Freizeit im Verhältnis zum materiellen Wohlstand gewünscht wird, schwer eine Antwort zu finden ist, so sind definitive Aussagen auf die Frage, wieviel Freizeit sich die Gesellschaft bei gegebenem Stand der Arbeitsproduktivität und des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens bei Gleichverteilung leisten kann, möglich.

Welche Wahlmöglichkeiten hier bestehen, wird in den folgenden Simulationsrechnungen deutlich, in denen – ausgehend von den Bedingungen des Jahres 2002 in Deutschland – mögliche Entwicklungspfade des Einkommens pro Kopf unter Berücksichtigung der objektiv gegebenen Randbedingungen vorgestellt werden. Die formalen Zusammenhänge ergeben sich durch folgende Gleichung, in der das Volkseinkommen pro Kopf in Abhängigkeit von demographischen Faktoren (Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur), dem Erwerbsverhalten, der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsproduktivität und der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit berechnet wird: $Y = A \times A_p = B \times e_q \times (1 - a_q) \times A_Z \times A_p$.¹⁰

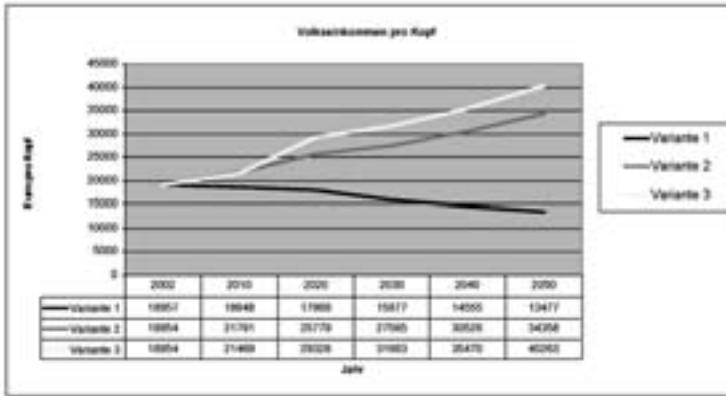
Im folgenden sind Varianten berechnet, die auf jeweils unterschiedlichen Annahmen über die Entwicklung der verschiedenen Einflußfaktoren auf das Pro-Kopf-Einkommen beruhen. Die Ausgangswerte für das Jahr 2002 sind der offiziellen Statistik entnom-

8 Empirische Analysen zu Zeitpräferenzen sind selten genug. Siehe z. B. Karin Schulze Buschoff, unter Mitarbeit von Jana Rückert-John: Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung, P 00-518, Wissenschaftszentrum Berlin, 2000, S. 8 ff.

9 Vgl. dazu: www.nimm-dir-die-zeit.verdi.de

10 Y = Volkseinkommen in €; B = Wohnbevölkerung; e_q = Erwerbsquote; a_q = Arbeitslosenrate; $b_q = 1 - a_q$ = Beschäftigungsquote; $A_p = Y/A$ = Arbeitsproduktivität, Stundenproduktivität; A = jährliches Arbeitsvolumen in Stunden; A = Erwerbstätige (ET) \times durchschn. jährl. Arbeitszeit (AZ)

men (EB = 41,9 Mio.; $aq = 0,1$; ET 0 37,7 Mio.; AZ je Erwerbstätigen = 1444 h; Y = 1 562 040 Mio. €). Entscheidend sind die Annahmen über die demographische Perspektive Deutschlands; hier sind die neuesten Prognosen zugrunde gelegt. Danach sinkt die Bevölkerung von 82,4 Mio. im Jahre 2002 auf 69,6 Mio. im Jahre 2050, und die Erwerbsquote fällt im gleichen Zeitraum von 0,508 auf 0,361 im Jahr 2050.¹¹



Variante 1: Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsquote entsprechend der obigen Prognose; keinerlei Steigerung der Arbeitsproduktivität, keine Senkung der Arbeitszeit.

Variante 2: wie Variante 1, allerdings steigt die Arbeitsproduktivität um jährlich 3 % und die jährliche Arbeitszeit sinkt um 1 % pro Jahr, d. h. die Arbeitsproduktivitätssteigerung wird teilweise für die Arbeitszeitverkürzung wirksam gemacht; im Jahr 2050 beträgt dann die jährliche Arbeitszeit 61 % der heutigen Arbeitszeit.

Variante 3: wie Variante 2, zusätzlich steigt die weibliche Erwerbsquote 2020 auf das Niveau der Erwerbsquote der Männer an und die Arbeitslosigkeit sinkt auf 5 %.¹²

Es dürfte davon ausgegangen werden, daß die Bevölkerung einen Rückgang des Einkommens pro Kopf und damit den Rückgang der Konsummöglichkeiten einschließlich der sozialen Sicherung bis ins Alter hinein nicht wünscht, auch wenn damit eine Arbeitszeitverkürzung einher ginge. Damit scheidet die Variante 1 als möglicher Entwicklungspfad aus. In der Variante 2 mit Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsproduktivitätssteigerung steigt das Pro-Kopf-Einkommen auf knapp das Doppelte und das Volkseinkommen auf 2336 Mrd. €, was einer jährlichen Wachstumsrate von knapp 1 % entspricht (und eine Verlangsamung des Wachstums im Vergleich zu heute darstellt). Variante 3 beruht außerdem auf Angleichung der weiblichen an die männliche Erwerbsquote, was dem Wachstum weitere Impulse verleiht; das Volkseinkommen steigt dann auf 2738 Mrd. € und jährlich etwa um 1,5 %.

Die hier unterstellte Freizeitausdehnung übersteigt bei den gegebenen Präferenzen die Möglichkeiten der Gesellschaft also keineswegs, sie bedeutet im Jahr 2050 eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 23 Stunden. Wird die Freizeitausdehnung verlangsamt, wächst der materielle Wohlstand entsprechend rascher.

11 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung, Wiesbaden 2003, Tabelle 7, S. 44. Der Rückgang der Erwerbsquote wurde aus der Entwicklung des Anteils der 20- bis 65jährigen abgeleitet. Es wurde die Variante 7 (hohe Lebenserwartung und niedriger Wanderungssaldo) ausgewählt, d. h. diejenige Variante, die von relativ niedrigen Erwerbsquoten ausgeht.

12 Alle Variantenberechnungen sind potentialorientiert und sehen von konjunkturellen Schwankungen ab. Die unterstellte Produktivitätssteigerung dürfte nicht unrealistisch sein; in den vergangenen zehn Jahren betrug die jährliche durchschnittliche Steigerung 2,01 % (Bruttoinlandsprodukt {BIP} je ET-Stunde) bzw. 3,40 (Volkseinkommen je ET-Stunde) bzw. 6,59 (Produktionsergebnis je ET-Stunde).

13 Ausgangszahlen nach:
Deutsche Bundesbank:
Monatsbericht, Frankfurt
a. M., Juli 2003, Tabellen
S. 60, S. 66.

Auch wenn der Wert des absoluten Volkseinkommens und des Pro-Kopf-Einkommens noch nichts über seine Verteilung und Verwendung aussagt, bleibt bei diesem Modell auch das Sozialsystem finanzierbar: Bei 15 736 € Nettolohneinkommen je Erwerbstätigen im Jahr 2002 verblieb vom verfügbaren Volkseinkommen der privaten Haushalte (87 % des Volkseinkommens Y) ein Betrag von 765 727 Mio. € zur Finanzierung der Nichterwerbstätigkeit (17 207 € je Nichterwerbstätigen).¹³ Wenn die Nettoealeinkommen je Erwerbstätigen bis 2050 jährlich um nur 1 % steigen (auf 25 117 €), erhöht sich dieser Betrag in Variante 3 auf 41 126 € verfügbares Einkommen je Nichterwerbstätigen. Obwohl gerade die Finanzierung der Sozialsysteme natürlich weitergehende Überlegungen erfordert, zeigt sich das Vorhandensein des volkswirtschaftlichen Potentials auch bei Arbeitszeitverkürzungen.

Die heute oft anzutreffende, geradezu hysterische Verteufelung von Arbeitszeitverkürzungen oder gar die Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit mit der Begründung des demographischen Übergangs ist fehl am Platze, wenn die richtigen Instrumente genutzt werden: Förderung von Frau und Kind, Steigerung der Erwerbsneigung und der Erwerbsmöglichkeiten der Frauen, Senkung der Arbeitslosigkeit und Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Jegliche Illusionen über das Ausmaß dieser Verkürzung und der dafür erforderlichen Zeiträume sind freilich ebenso fehl am Platze. Jede Politik in diese Richtung sollte eingedenk der Tatsache erfolgen, daß die Kosten dieser Freizeiterweiterung nicht weitere Steigerungen der Intensität der Arbeit und der Beschleunigung der Arbeits- und Lebensabläufe und auch nicht den Verzicht auf wachsende Zeitsouveränität der abhängig Beschäftigten einschließen dürfen. Eine verantwortungsbewußte Politik bedingt auch, die Arbeitszeitverkürzung so vorzunehmen, daß sie nachhaltig realisierbar ist. Eine einmal erfolgte Verkürzung dürfte später kaum wieder rückgängig zu machen sein – auch dann nicht, wenn man z. B. die eventuell weiter gesunkene Erwerbsquote ausgleichen wollte.

Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung

Bei der Analyse des Zusammenhangs von Wachstum und Beschäftigung sowie von Arbeitszeit und Beschäftigung darf nicht, wie es häufig geschieht, vom Wirtschaftswachstum und von der Arbeitsproduktivität – also von Ergebnisgrößen der Produktion – ausgegangen werden. Ausgangspunkt muß vielmehr die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze und deren Auslastung sein.¹⁴

$$ET = \frac{K \cdot ag}{KI \cdot AZ} \cdot b$$

Hier kommen die direkt auf die Beschäftigung wirksamen Faktoren zum Ausdruck: Steigt der Kapitalbestand infolge von Investitionen, so steigt die Beschäftigung; steigt das technische Niveau (Kapitalintensität), so sinkt die Beschäftigung; wächst infolge zunehmender Nachfrage der Auslastungsgrad, so wächst die Beschäftigung; sinkt die Arbeitszeit, so wächst die Beschäftigung und steigt die Zahl der Arbeitsplätze zwar, aber die Beschäftigten müssen intensiver als vorher arbeiten (also faktisch nicht einen, sondern zwei Arbeitsplätze bedienen, wodurch $b = 0,5$ wird), und somit sinkt die

14 ET = Erwerbstätige (Personen); K = Kapital, Bestand an Ausrüstungen (€); ag=Auslastung der Ausrüstungen in Stunden je Jahr; KI = Kapitalintensität, hier als Kapital (€) je Arbeitsplatz definiert; AZ = durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen in Stunden je Jahr; b = beschäftigte Personen je Arbeitsplatz als Ausdruck der Arbeitsintensität; wobei steigende Arbeitsintensität b sinken läßt.

Beschäftigung trotzdem (wenn angenommen wird, daß alle Bewegungen unter sonst gleichen Bedingungen geschehen).

All diese Faktoren wirken nicht isoliert, sondern natürlich simultan. Eine positive Beschäftigungswirkung geht somit von einer Reduzierung der Arbeitsintensität, von Erweiterungsinvestitionen, von wachsender Nachfrage – durch die der Auslastungsgrad a_q wächst –, von einer Zunahme von Tätigkeiten in Bereichen mit geringer Kapitalintensität – z. B. im Pflegebereich – und von einer sinkenden Jahresarbeitszeit aus.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist also zunächst rechnerisch mit der Möglichkeit einer Ausweitung der Beschäftigung verbunden, wenn die anderen Faktoren insgesamt keine entsprechende gegenläufige Wirkung entfalten. Die Praxis der Arbeitszeitverkürzung zeigt jedoch einen geringeren als den rechnerischen Effekt. Die Ursache liegt darin, daß für die Kapitaleigentümer die Einführung kürzerer Arbeitszeiten mit höheren Kosten verbunden ist.¹⁵ Das ist ein Effekt, den sie natürlich zu kompensieren versuchen. Diese höheren Kosten entstehen mit der Umstellung und mit dem Anstieg von Lohnnebenkosten selbst dann, wenn die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erfolgt. Kompensationsmöglichkeiten sind die Rationalisierung und Produktivitätssteigerung mit der Bedingung einer wachsenden Kapitalintensität und die Erhöhung der Arbeitsintensität, was sich auf die Kennziffer Beschäftigte je Arbeitsplatz negativ auswirkt. Beide Effekte können den Beschäftigungseffekt einer Arbeitszeitverkürzung verringern oder aufheben. Deshalb wird eine Senkung der Arbeitszeit nicht mit einer gleich starken Ausdehnung der Beschäftigung, sondern nur mit einem Effekt zwischen 30 % und 50 % einhergehen.¹⁶

Der Intensivierungs- und Rationalisierungsschub wird sich bei Lohnausgleich vor allem in einer offenen Volkswirtschaft – und dies ist der Normalfall – verstärken. Ist das Wettbewerbsumfeld von diesen Kostensteigerungen nicht betroffen, verschlechtert sich unter sonst gleichen Bedingungen die Wettbewerbsposition, und der Absatz geht zurück, d. h. der Auslastungsgrad a_q sinkt, was sich zusätzlich negativ auf die Beschäftigung auswirkt. Dies wird in den entsprechenden Verhandlungen auch regelmäßig vom Unternehmerlager vorgebracht und als erpresserisches Argument benutzt. Aber wie immer man zu dieser Drohung stehen mag: Sie hat einen realen Hintergrund und entspricht der Logik dieser Prozesse. Die Auswertung der praktischen Beispiele der letzten Jahre, z. B. des Beschäftigungssicherungsvertrages der Metall- und Elektro-Industrie oder des französischen Aubry-Gesetzes zur Einführung der 35-Stunden-Woche¹⁷ zeigt denn auch einen ambivalenten Charakter. Diese negativen Effekte werden um so größer sein, je stärker ein Land nicht die internationalen Wettbewerbsbedingungen selbst prägt, sondern von diesen Bedingungen passiv abhängig ist. Solche Länder sind in der Regel stark in der internationalen Arbeitsteilung eingebunden und klein. Für große, relativ autarke Länder, z. B. die USA, wird eine nationale Arbeitszeitverkürzung weit weniger mit diesen negativen Beschäftigungseffekten verbunden sein. Für Deutschland dürfte, zumal Frankreich eine generelle Arbeitszeitverkürzung bereits realisiert hat, eine Arbeitszeitverkürzung ebenfalls ohne größeren negativen Effekt machbar sein.

15 Der Übergang von der 40-h-Woche auf die 35-h-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie hätte – so das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft zur Zeit des Arbeitskampfes im Frühjahr 2003 – eine Kostensteigerung um 14 % bedeutet. Vgl. iwd Nr. 20 vom 15. Mai 2003, S. 8

16 Thomas von der Vring: Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage, Hamburg 1999, S. 113.

17 Vgl. dazu das Material der Hans-Böckler-Stiftung unter www.boeckler-boxen.de, Arbeit-Leben-Zeit

Als ein weiterer Aspekt kommt die Wirkung auf die Lebenslage der Beschäftigten hinzu. Teilweise führen die Steigerungen in der Arbeitsintensität bei verkürzter Arbeitszeit dazu, daß der scheinbare Freizeitgewinn nicht wirklich realisiert werden kann, weil er für die gestiegenen Erfordernisse zur Regenerierung und Erholung aufgebraucht wird. Das ist ein Effekt, der um so stärker zum Tragen kommt, je mehr die Arbeitszeitverkürzungen an Formen der Flexibilisierung gebunden sind.¹⁸

18 Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): *Arbeitszeit zukunfts-fähig gestalten*, Düsseldorf 1999, S. 18.

Findet die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich statt, so steht dem gewachsenen Zeitwohlstand, so er denn als solcher realisiert wird, ein gesunkener materieller Wohlstand der bisher bereits Beschäftigten entgegen. Die Betroffenen gleichen dies durch verringerten Konsum und mehr Eigenarbeit (Reparaturen im Haushalt werden wieder selbst ausgeführt usw.) und preisbewußteres Einkaufen (mit oft zeitaufwendigen Preisvergleichen) aus,¹⁹ d. h. das Mehr an Freizeit wird hier durch Mehrarbeit an anderer Stelle wenn auch vielleicht nicht ganz, so doch teilweise aufgeessen. Die bisher Arbeitslosen können dagegen ein höheres Einkommen realisieren, und insofern wird natürlich einer höheren Verteilungsgerechtigkeit Genüge getan.

19 Ebenda, S. 21 ff.

Wie diese Beispiele und Wirkungen zeigen, ist Arbeitszeitverkürzung nicht per se mit höherer Beschäftigung und wachsendem Wohlstand oder höheren Freiheitsgraden verbunden. Trotzdem bleibt es wichtig, an der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zur gerechteren Verteilung der Erwerbsarbeit und zu höherer Beschäftigung sowie zur Erhöhung des Zeitwohlstandes festzuhalten. Allein der Abbau des Überstundenvolumens von etwa 2 Mrd. Stunden jährlich erbringt bei einer jährlichen Arbeitszeit von 1 482 Stunden je Erwerbstätigen und bei einem Umsetzungsfaktor in zusätzliche Beschäftigung von nur 30 Prozent rein rechnerisch 404 858 zusätzliche Erwerbstätige. Wollte man die etwa 5 Millionen offiziell Arbeitslosen mittels einer Arbeitszeitverkürzung in Beschäftigung bringen, so entspräche das – wiederum bei einem Realeffekt von 30 % – einer Verkürzung der Jahresarbeitszeit auf 1 028 Stunden, was einer wöchentlichen Arbeitszeit von 26 Stunden entspricht. Das wäre, wenn die Verkürzung nur als Absenkung der Wochenarbeitszeit wirksam würde,²⁰ etwa die Übertragung des VW-Modells auf die Gesamtwirtschaft.

20 Bei 100prozentiger Wirksamkeit reicht eine rechnerische Verkürzung auf 33 Stunden.

Dieser rechnerische Effekt wird freilich in der realen Umsetzung weiter gemindert, weil die Umsetzung einer solchen Dimension sich nur über längere Zeiträume, also nicht auf einen Schlag, vollziehen läßt. Je länger der Zeitraum für die Umsetzung jedoch ist, um so höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Veränderung auch der übrigen Faktoren, die auf die Beschäftigung wirken.

Sofern Wettbewerbsnachteile vermieden werden können, schlägt sich eine Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung von Vollbeschäftigung für die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz positiv nieder. Zur Zeit kosten die fast 5 Millionen Arbeitslosen die Bundesrepublik jährlich um die 100 Milliarden € an Einnahmeausfällen (Steuern und Abgaben), Ausgaben für Arbeitslosengeld und weiteres. Würden diese Arbeitslosen infolge einer Arbeitszeitverkürzung ebenfalls erwerbstätig werden, so würde zwar – sieht man von Produktivitäts- und Intensitätssteigerungen ab – kein höheres Nationaleinkommen geschaffen, die öffentliche Hand würde jedoch höhere Einnahmen in

Höhe der bisher ausgefallenen Steuern und Abgaben realisieren (zu Lasten der Unternehmen) und Ausgaben mindestens in Höhe der Arbeitslosengelder einsparen. Diese 100 Milliarden stünden für mehr staatliche Ausgaben und/oder für Steuersenkungen, teilweise also sogar für einen Nettolohnausgleich zur Verfügung.²¹

Soweit wie möglich sollten Arbeitszeitverkürzungen an Verträge gebunden sein, die es den Unternehmern nicht möglich machen, sich durch höhere Arbeitsintensität schadlos zu halten, z. B. indem ein Einstellungszwang und Überstundenvermeidung vereinbart werden. Ansätze dafür sind im französischen Gesetz verankert. Wettbewerbsnachteile werden vermieden, wenn solche Maßnahmen im nationalen oder gar internationalen Maßstab, z. B. der EU, durchgesetzt werden. Der Beschäftigungseffekt ist um so größer, je stärker parallel dazu die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (und damit der Auslastungsgrad) steigt, z. B. infolge von Lohnsteigerungen oder öffentlichen Programmen.

Freilich: Ursache der Arbeitslosigkeit ist nicht die Länge der Arbeitszeit, sondern der Mechanismus der Kapitalakkumulation. Gleichgültig, wie hoch die Arbeitszeit und die effektive Nachfrage ist – die Konkurrenz zwingt das Einzelkapital zur maximal möglichen Akkumulation, verbunden mit dem »Einsaugen« von Arbeit unter den jeweils gegebenen Möglichkeiten der Produktivität, der Intensität und der Länge des Arbeitstages. Dieser Vorgang wird so lange fortgesetzt, bis durch die Preissignale des Marktes das Überangebot – also die Überakkumulation der Summe aller Einzelunternehmen – manifest ist. Egal, wie lang die durchschnittliche Arbeitszeit dann ist – 40,35 oder 28 Stunden pro Woche –: Es wird dann zu Entlassungen und wachsender Arbeitslosigkeit kommen. Dies macht die Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung nicht sinnlos, zeigt aber, daß Vollbeschäftigung, wenn überhaupt, unter diesen Bedingungen immer nur zeitweilig möglich sein wird.

Formen wachsender Freizeit

Werden Tag, Woche oder Jahr betrachtet, so ist eine Ausdehnung der Freizeit nur bei Verkürzung der Arbeitszeit möglich. Dabei soll an dieser Stelle von Veränderungen der inneren Struktur der Nicht-Arbeitszeit zum Beispiel zugunsten der Freizeit im engeren Sinne, also bei Reduzierung der Reproduktionszeit, abgesehen werden. Wird jedoch der Blickwinkel auf die Lebenszeit erweitert, kann sich bei wachsender Lebenserwartung die Freizeit bei konstanter Arbeitszeit oder sogar bei wachsender Arbeitszeit erhöhen. Das Freizeitwachstum hat, wie hier für Deutschland gezeigt wird, somit zwei Quellen: sinkende Arbeitszeit und wachsende Lebenserwartung.

	1970	2000
Jahresarbeitszeit (Stunden)	1955	1482
Lebensarbeitszeit*) (Stunden)	78 200	59 280
Lebenserwartung (Jahre)	70,5	77,5
Nichtarbeitszeit**) während des Erwerbslebens (Std.)	155 400	174 320
Nichtarbeitszeit**) während Rentnerlebens (Std.)	32 120	73 000
Nichtarbeitszeit gesamt**) (ab 15 Jahre und älter)	187 520	247 320

*) bei 40 Jahren Vollerwerbstätigkeit; **) ohne die Zeit für täglich 8 Stunden Schlaf

21 Vgl. die Berechnungen in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 99, Köln 1999, S. 169 ff; siehe auch Jochen Ebel, Berthold Kühn: Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 155 (September 2003), S. 819 ff.

22 Karl Georg Zinn: Realitäten und Visionen von Arbeit und Arbeitsmarktpolitik, in: Sozialismus, Heft 7-8/2003, S. 10.

23 Vgl. auch Horst W. Opaschowski, a. a. O., S. 164 f.

Das Wachstum der Freizeit infolge wachsender Lebenserwartung ist – wie diese Übersicht zeigt – nicht unbedeutend, und Karl Georg Zinn meint, der zukünftige Freizeitgewinn würde sich deshalb hauptsächlich über diese Form vollziehen.²² Allerdings spricht gegen diese Variante das Ausbleiben einer ganzen Reihe von Effekten einer Arbeitszeitverkürzung, nämlich Abbau von Ungerechtigkeiten bei der Beteiligung am Erwerbsleben, von Streß in Arbeit und Freizeit sowie die zumindest zeitweilige Senkung der Arbeitslosigkeit.

Die Vorschläge zur Anhebung des Rentenalters berufen sich ebenfalls auf die steigende Lebenserwartung. In der Tat dürfte die Frage eines sinnvollen Lebensabends bei rasch wachsender Bevölkerung im Rentenalter ein nicht unwichtiger Aspekt einer Zeitpolitik sein. Eine weitere Teilhabe dieser erfahrenen »Alten« am gesellschaftlichen Leben, auch am Erwerbsleben, sollte – allerdings nur, wenn das gegenwärtig verfestigte Arbeitslosigkeitsproblem entspannt wurde – nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Altersteilzeit, gleitende Übergänge, Förderung – auch finanziell – des Ehrenamtes könnten Formen dieser Zeitpolitik sein.²³

Folgende Formen der Arbeitszeitverkürzung im Verlaufe eines Arbeitslebens sind denkbar:

- Absenkung des Renteneintrittsalters;
- gleitende Übergänge in das Rentenalter (Altersteilzeit);
- Einführung von längeren Freizeitblöcken (sabbaticals);
- Jährliche Arbeitszeit durch mehr freie Tage und Urlaub;
- Freizeitkonten für längere Zeiträume, die nach individuellen Präferenzen flexibel abrufbar sind;
- sinkende Wochenarbeitszeit durch Übergang zur 4-Tage-Woche;
- Senkung der täglichen Arbeitszeit.

Diese Formen können als pauschale Kürzungen vorgenommen werden oder auch in Form von individuellen Regelungen über Zeitkonten. Letztere Form spielt bereits in die Frage der Flexibilisierung der Arbeitszeit hinein, worauf noch einzugehen ist. Jede dieser Formen der Arbeitszeitverkürzung stellt einen Eingriff in gewachsene Muster der gesellschaftlichen Zeitkultur dar und ist mit Zielkonflikten verbunden – vom Widerstand der Arbeitgeber einmal ganz abgesehen. Jegliche Betrachtung der Formenwahl hat zudem die Wirkungen (a) auf die Beschäftigung (Arbeitslosigkeit), (b) die gerechte Verteilung, (c) auf die sozialen Sicherungssysteme und (d) auf das öffentliche Leben und seine Infrastruktur zu berücksichtigen.

Grundsätzlich sollten solche Formen der Arbeitszeitverkürzung Priorität genießen, die wachsende Freiheitsgrade auch erlebbar machen und wachsende Freizeit im beruflich aktiven Lebensalter ermöglichen, denn was nützt der Familie mit Kindern, einem politisch und in Ehrenämtern aktiven berufstätigen Bürger die Verheißung von mehr freier Zeit im Rentenalter durch wachsende Lebenserwartung? Dies spricht für die Priorität von mehr täglicher und wöchentlicher Freizeit, mehr Urlaub und längeren freiwillig wählbaren Pausen innerhalb der Phase des Erwerbslebens.

Wahlmöglichkeiten bezüglich aller dieser Formen haben nur Sinn, wenn sie in bezug auf die Einkommen relativ neutral sind. Wenn jedoch Rente und Arbeitslosengeld ausschließlich von der Höhe der Erwerbseinkommen abhängig sind, ist eine Wahlfreiheit illusorisch.

Das heißt, es muß eine solidarische geregelte Grundsicherung, die an keine individuellen Voraussetzungen gebunden ist, geschaffen werden. Natürlich bleibt sie an die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen der Steigerung der Produktivität und der demographischen Entwicklung gekoppelt, damit ihre Bezahlbarkeit gewährleistet werden kann, und sie kann keine 100prozentige Sicherung sein, sondern muß durch einkommensabhängige Teile ergänzt werden. Und jedes Recht auf soziale Grundsicherung bedingt natürlich auch eine allgemeine Beitrags- oder Steuerpflicht, letztlich auch eine Grundverantwortung zur Arbeit. Ist eine solche Pflicht nicht gegeben, wird eine Grundsicherung und eine Wahlfreiheit bezüglich der Arbeits- und Freizeit ungerecht.

Einen besonderen Aspekt der Arbeits- und Freizeitökonomie stellen die in der Vergangenheit kontinuierlich gestiegene Arbeitsintensität und der gewachsene Streß auch in der Freizeit dar. Wie betriebliche Analysen zeigen, sind Arbeitszeitverkürzungen häufig Anlaß für Intensitätssteigerung, so daß der Freizeit-, aber auch der Beschäftigungseffekt letztlich begrenzt bleibt. Streß entsteht auch infolge der starken Segmentierung des Wochentages mit einer Vielzahl rasch wechselnder Einzelaktivitäten auch in der Freizeit.

Steigende Arbeitsintensität ist das Verausgaben eines bestimmten Arbeitsquantums in einer kürzeren Zeit. *Entschleunigung* macht diesen Prozeß rückgängig; die Poren von Nicht-Arbeit innerhalb der Arbeitsstunde, kleine und kleinste Verschnaufpausen, werden dann größer. Dies kann zwar kaum als wachsende Freizeit betrachtet werden, aber an vielen Stellen wäre eine solche Entwicklung nicht nur im Interesse von Streßabbau schlechthin, sondern auch zum Abbau gesundheitlicher Belastungen und zur Entlastung der Reproduktionszeit innerhalb der arbeitsfreien Zeit sinnvoll und notwendig.

Schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, daß ein hohes Potential zur Ausdehnung von Mußezeit in der Reduzierung von Zweitaufwendungen liegt, die mit der bloßen Reproduktion der Arbeitskraft und sonstigen Verpflichtungen, die üblicherweise in der Freizeit erledigt werden (Obligationszeiten), verbunden sind. Warum sollten z. B. Wahlen nicht an Arbeitstagen abgehalten werden? Bringt nicht die höhere Taktzeit im Personennahverkehr erhebliche Reduktion der Wartezeiten mit sich? Ist nicht eine rationale und örtlich stark dezentralisierte kommunale Verwaltung mit Zeitersparnis für den Bürger verbunden?

Flexibilisierung, Individualisierung und Zeitsouveränität

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist seit den späten 1980er Jahren zu einem bestimmenden Thema im Zusammenhang mit der Arbeitszeitpolitik geworden.²⁴

Für die abhängig Beschäftigten verbindet sich damit die Hoffnung auf mehr Zeitsouveränität, auf mehr Selbstbestimmtheit bei der Planung und Abstimmung von beruflichen und privaten Zeitrhythmen. Diese Hoffnung steht in einem Widerspruch zu den Zielen, die von den Unternehmen mit einer Flexibilisierung verbunden werden, nämlich letztlich Kostensenkung und Schaffung von Wettbewerbsvorteilen. In dieser Auseinandersetzung hatte die Seite der Lohnabhängigen bisher kaum Gewinne zu verzeichnen, wie in einer zusam-

24 Vgl. dazu Annelie Rüling: *Arbeitszeit und Reproduktionsarbeit*, P 01-505, Wissenschaftszentrum Berlin 2001.

25 Gudrun Linne (Hrsg.): Flexibel arbeiten – flexibel leben? Hans-Böckler-Stiftung 2002, S. 44.

26 Vgl. dazu und zur differenzierten Bewertung dieser Formen: Karin Schulze Buschoff, a. a. O., S. 8ff.

menfassenden Aufarbeitung einer Vielzahl von Analysen festgestellt wird: »Bisherige Erwartungen mit flexiblen Arbeitszeiten machen deutlich, daß die Erwartungen, Zeitsouveränität zu gewinnen, nicht unbedingt erfüllt werden.«²⁵

Die Grundmuster²⁶ flexibler Arbeitszeitgestaltung sind dabei auch nicht gleichermaßen gut geeignet, solche Erwartungen zu erfüllen:

- Teilzeitarbeit;
- Job Sharing (mehrere Personen teilen sich in einen Arbeitsplatz);
- Überarbeit/Mehrarbeit;
- Schichtarbeit, Freischichten;
- kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ) (Anpassung der Arbeitszeit an den schwankenden Arbeitsanfall);
- einfache Gleitzeit (freie Wählbarkeit des täglichen Arbeitsbeginns und Arbeitsendes innerhalb bestimmter Grenzen);
- qualifizierte Gleitzeit (freie Wählbarkeit von Lage und Dauer der täglichen Arbeitszeit);
- amorphe Arbeitszeit (längerfristig freie Wählbarkeit von Lage und Dauer der Arbeitszeit);
- selbstbestimmte Arbeitszeit bei Trennung von Betriebs- und Arbeitsstätte (z. B. Heimarbeit, Telearbeit);
- flexible Altersgrenze, Altersteilzeit.

Zunächst scheint es, als hätten diese Formen flexibler Arbeitszeitregelung nichts mit der Länge des Arbeitstages oder – allgemeiner – der Arbeitszeit im Rahmen der Lebenszeit überhaupt zu tun, bringen sie doch formell keine Veränderung des absoluten Umfangs, sondern nur ihres zeitlichen Ablaufes – ihrer Struktur – mit sich.

Lage und absolute Länge der geschlossenen Freizeitblöcke sind jedoch entscheidende Aspekte der Qualität der Freizeit. Ein achtstündiger Arbeitstag, der sich täglich gleichmäßig auf die 16 Wachstunden verteilen würde, bedeutete auch eine solche Verteilung der Freizeit, also ihre Entwertung zu Zeitschnipseln. In nicht wenigen Bereichen der Wirtschaft sind solche oder ähnliche Formen von Teildiensten übliche Praxis. Die Entwertung ergibt sich daraus, daß die sinnvolle Nutzbarkeit der Freizeit an einen Mindestumfang gebunden ist. Zum Teil hängt dies auch damit zusammen, daß im Falle einer Zersplitterung täglicher Arbeitszeit bestimmte Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Arbeit entstehen, formell jedoch der Freizeit zugerechnet werden (Zeiten für An- und Abfahrt, Reinigung u. ä.), nunmehr häufiger anfallen.

Ein zweites Problem der Flexibilisierung entsteht dann, wenn durch die individuelle Handhabung die Strukturen der Zeitabläufe der verschiedenen Familienmitglieder, der Freundeskreise oder anderer Gruppen sowie bestimmter Dienstleistungen, die in der Freizeit in Anspruch genommen werden, nicht mehr aufeinander abgestimmt werden können. Die Koordinationsaufwendungen bedeuten nicht nur zusätzlichen Aufwand, häufig ist eine Koordinierung überhaupt nicht mehr möglich. Jeder hat sicherlich solche Erfahrungen schon einmal gemacht: Die Freizeitsportgruppe zerfällt, weil keine gemeinsame Zeit mehr zu finden ist, an der auch die Sporthalle zugänglich ist; Freundschaften lockern sich, weil die Zeiten, zu denen man sich treffen könnte, völlig asynchron anfallen usw. Selbst innerhalb der Familie wird es schwieriger, gemeinsame Freizeiten zu finden.

In einigen Analysen dieses Problems wird gefordert, die Öffnungszeiten von Einrichtungen der Infrastruktur, von Geschäften usw. den sich mit der Flexibilisierung wandelnden Zeitstrukturen anzupassen. Natürlich ist dies eine zunächst völlig richtig erscheinende Forderung. Die Kehrseite ihrer Durchsetzung (diese ist immer mit verlängerten Öffnungszeiten verbunden) ist jedoch die Übertragung der Flexibilisierung auf diese Bereiche und damit die Erweiterung des Problems der Asynchronität auf die Beschäftigten dieser Bereiche und ihre Familien.

Vergessen wir nicht: Für die Kapitalverwertung wäre eine zeitlich beliebig flexible Abrufbarkeit des »Faktors« Arbeit entsprechend den Konkurrenz- und Marktbedingungen eine optimale Perspektive; genau darauf zielt die sogenannte kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ). Noch besser, wenn die Lohnabhängigen sich diesem Zwang aus freien Stücken unterwerfen, weil sie diesem Druck nicht mehr via eines vorgesetzten Managements ausgesetzt werden, sondern ihn direkt wahrnehmen und bei Strafe der Erwerbslosigkeit »freiwillig« umsetzen. Nichts anderes beabsichtigen die Konzeptionen vom Arbeitskraftunternehmer, vom Co-Management usw. Richard Sennet zeigt in seiner bemerkenswerten Schrift »Der flexible Mensch« die Gefahren einer solchen Perspektive für unsere Gesellschaft: Flexibilisierung und Individualisierung können – müssen aber nicht – den gesellschaftlichen Charakter unseres Lebens auflösen.²⁷

Die Individuen sind dann auf ihren Zweck als Produktionsfaktoren reduziert und zu einem bloßen Nebeneinander verurteilt; sie treffen kurzzeitig in wechselnden Konstellationen und zu verschiedenen Zwecken aufeinander. Eine *Lebensführung* im Sinne einer Lebensplanung mit persönlichen, familiären und anderen Zielen ist faktisch unmöglich gemacht. Auch Becks »Risikogesellschaft« weist in diese Richtung. Wird der Lohnabhängige dann nur noch als High-Tech-Tagelöhner denkbar? Schon heute gibt es sie: Patchwork-Biographien, mit mehreren Brüchen und Richtungsänderungen, immer auf Anpassungskurs an wechselnde äußere Bedingungen, die vom jeweiligen Individuum nicht beeinflusst werden können.

Soll das die Zukunft sein? Mir jedenfalls ist eine menschliche Gesellschaft ohne ein selbst bestimmtes Miteinander in relativ stabilen Beziehungen in Arbeit, Familie und Freizeit schwer vorstellbar. Solche Verhältnisse aber setzen eine gewisse Synchronisation von Zeitblöcken einer bestimmten Mindestlänge am selben Ort voraus. Nur so ist Leben mit gemeinsamem authentischem Erleben zu verbinden, bilden sich menschliche Beziehungen von einiger Qualität heraus, können Gefühle füreinander und verinnerlichte Solidarität entwickelt werden. »Ein Regime«, warnt Sennet, »das Menschen keinen tiefen Grund gibt, sich umeinander zu kümmern, kann seine Legitimität nicht lange aufrechterhalten.«²⁸

Sennet fragt freilich zu Recht, ob Flexibilisierung nicht doch ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Starrheit von Abläufen ist, ob ihr nicht doch wachsende Chancen der Selbstbestimmtheit innewohnen. Dies Frage kann nur mit »Ja« beantwortet werden. Die Schwierigkeit unter kapitalistischen Bedingungen der Fremdbestimmtheit in der Arbeit liegt aber darin, daß die Individualisierung von Umfang

27 Richard Sennet: *Der flexible Mensch*, 2000.

28 Ebenda, S. 203.

und Struktur der Arbeitszeit nicht von den Interessen des betroffenen Individuums her determiniert wird, sondern vor allem und zuerst von den Interessen der Kapitalverwertung, also der Kapitaleigentümer. Diese Fremdbestimmung ist es, die jede Abstimmung von Flexibilisierung und Zeitsouveränität im Kapitalismus zur Quadratur des Kreises macht.

Ein wirklicher Fortschritt – also auch Freiheitsgewinn – ergibt sich durch Flexibilisierung immer dann, wenn die Interessen des Individuums (sein Interesse an Familie, Freundeskreisen, gemeinschaftlicher Freizeitbetätigung, Teilnahme am öffentlichen Leben usw.) bestimmend für die Flexibilisierung sind oder doch angemessen berücksichtigt werden. Dies ist nur unter zwei Bedingungen möglich: Entweder er ist Eigentümer der Produktionsmittel,²⁹ oder er kann genügend Gegenmacht in den entsprechenden Verhandlungen geltend machen.

Die Kriterien, an denen zu messen ist, ob Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitszeit einen Fortschritt beinhalten, sind immer damit verbunden, ob sich der Grad der Selbstbestimmtheit über die Zeit – die Zeitsouveränität – erhöht. Damit verbunden sind:

- das Einhalten biologischer Lebensrhythmen;
- wachsende Möglichkeiten der Synchronisation von Freizeiten der Familienmitglieder und anderer Gemeinschaften;
- wachsende zeitliche Möglichkeiten der Teilnahme an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen in den Institutionen der Demokratie;
- ausreichend lange Freizeitblöcke für die Reproduktion der Arbeitskraft, für Konsum und Muße.

Die Berücksichtigung dieser Kriterien wird umso aussichtsreicher, je kürzer die Arbeitszeit und je länger die Freizeit ist. Diese Fragen – Zeitsouveränität, Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitszeiten sowie Arbeitszeitverkürzung – dürften in den nächsten Jahren zunehmend die tariflichen und politischen Auseinandersetzungen in den Fragen der Arbeitszeitpolitik bestimmen.

29 Vgl. dazu auch die Bemerkung zum Arbeits- und Freizeitproblem der sozialen Elite.

PETER ULLRICH

Die Genuamobilisierung und Lernmöglichkeiten für das Verhältnis der Linken zu sozialen Bewegungen

Nach der »Battle of Seattle« – den von gewaltsamen Zusammenstößen begleiteten Demonstrationen gegen die Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 1999 – war Genua ein neuer Höhepunkt der Mobilisierung und der medialen Aufmerksamkeit für die sogenannten »Globalisierungsgegner«.

Zwischen 100 000 und 300 000 Menschen – die Angaben darüber schwanken – demonstrierten vom 20. bis 22. Juli 2001 während des Treffens der Regierungschefs der »G8« – der reichsten Industrieländer und Russlands – in der italienischen Stadt gegen Kapitalismus, für Schuldenerlass und überhaupt gegen die vielen Ungerechtigkeiten dieser Welt. Es gab mehrere Demonstrationen, einen »global action day«, einen riesigen Gegengipfel. Es gab Gewaltexzesse der Polizei, die ein Maß erreichten, wie es in Italien seit den 70er Jahren nicht mehr erlebt worden war, es gab einen toten Demonstranten – von einem Carabinieri erschossen und vom Polizeijep überrollt – und es gab den bösen »black bloc«, der Banken, Geschäfte, Häuser, Autos – Nobelkarossen wie auch Kleinwagen – mit Steinen bewarf und anzündete. Alles in allem also ein Aufsehen erregendes Ereignis.

In der noch recht spärlichen und bisher größtenteils auf ad-hoc-Deutungen und Innenansichten basierenden Fachliteratur wird von dieser »Bewegung der Bewegungen« eher im Plural gesprochen. Sie seien ein »Sammelsurium« (Rucht 2001), ein »bunter Haufen« mit »zum Teil ganz konträren Zielsetzungen« (Leggewie 2000: 3), »zu unspezifisch (...), um eine eigene Identität und Trennungslinien gegenüber den Gegnern zu markieren« (Rucht 2001).

Wenn dem tatsächlich so ist, stellt sich natürlich die Frage, wie so große und Aufsehen erregende Proteste praktisch organisiert werden können. Worin besteht das einigende Band oder die – für eine gelingende Protestmobilisierung doch von so vielen Autorinnen und Autoren für notwendig erachtete – Identität der »Globalisierungsgegner« Genannten? Oder – konkreter auf die »Bewegung der Bewegungen« bezogen –: Welche Gemeinsamkeiten haben die »lose verknüpften, teils völlig unverbundenen Gruppen« (Rucht 2001), welche Differenzen müssen sie aushalten, und wie wird dies konkret bewerkstelligt?

Vielfalt

Zur Schilderung des bunten Protestspektrums seien hier drei Beispiele aus Protestaufrufen zitiert.

Peter Ullrich – Jg. 1976, Kulturwissenschaftler/Soziologe, promoviert im PHD-Studiengang »Transnationalisierung und Regionalisierung« am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig zum Thema »Politik und Identität in Soziologie linker Identität in Deutschland«; verschiedene Veröffentlichungen zu sozialen Bewegungen sowie zum Nahostkonflikt und seiner Rezeption in Deutschland.
Kontakt:
ullrich@uni-leipzig.de,
0341-9731200.

Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 6. November 2003 in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zur Vorstellung seines Buches »Gegner der Globalisierung? Protestmobilisierung zum G8-Gipfel in Genua«, Hochschulschriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bd. 6, Leipzig, Schkeuditz: GNN, gehalten hat. Im Anschluß fand eine Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des damaligen Leipziger Genua-Mobilisierungsbündnisses statt.

Die christliche Kampagne »Erlassjahr 2000« rief mit folgendem Text zum Protest: »In Genua findet der nächste G7 Gipfel statt und dort müssen wir zum Ausdruck bringen, dass wir mit den bisherigen Entschuldungsmaßnahmen nicht zufrieden sind: Entschuldung muss weitergehen! (...) Genua ist eine Stadt, die langgezogen am Ligurischen Meer liegt und in deren Rücken nach wenigen Kilometern die Berge anfangen. Sie hat eine kleine, touristisch attraktive Altstadt mit sehr engen Straßen und Gässchen, die Schutz vor der im Juli sicherlich heißen Sommersonne bieten. Daneben gibt es einige große, breite Straßen und eine Vielzahl an Museen und historischen Gebäuden.«

Nicht so touristisch klingt dagegen das italienische anarchistische Netzwerk: »Vom 20. bis 22. Juli werden sich in Genua/Italien die G8 treffen. Dieses Treffen der Mächtigsten ist eine spektakuläre Darstellung der Tendenzen zu einer nie zuvor gesehenen Konzentration der politischen und ökonomischen Mächte der Welt. Der sogenannte Globalisierungsprozess wird weiterhin die Welt in Reich und Arm teilen, die Bevölkerung ganzer Kontinente aushungern, innerhalb einzelner Nationen ganze Bevölkerungsschichten marginalisieren, alle Arten von Jobs gefährden, und dort, wo diese bestand, jede Form sozialer Sicherheit eliminieren. All dies im Namen des Profits und der kapitalistischen Akkumulation ohne Normen oder Grenzen. Gleichzeitig wird die soziale Kontrolle innerhalb einzelner Staaten und auch durch internationale Repressionsapparate wie Polizei und Militär verstärkt. Wir müssen uns gegen all dies wenden.«

Tabelle 1:

Referentinnen und Referenten beim Gegenkongress

Organisation/Thema bzw. Funktion	Anzahl ReferentInnen
Entschuldung	8
Attac	8
Friedensbewegung	6
Umweltbewegung	5
christlich	4
Gewerkschaften	4
Bauern	4
nationale Befreiungsbewegungen/Indigenas	4
Kinderrechte	3
WTO/WB-Kampagnen	3
Demokratische Juristinnen und Juristen	2
Europäischer Föderalismus	2
Menschenrechte, allgemein	2
Migrantinnen und Migranten	2
Gesundheit, AIDS	2
Drogenlegalisierung	1
Arbeitslosenbewegung	1
Homosexuelle	1
Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten	11
Politikerinnen und Politiker (ehemalige & aktive)	5
Autorinnen und Autoren/Journalistinnen und Journalisten	2
Summe	80

Und noch offensiver ist der Schlachtruf der Antifa (M) aus Göttingen: »smash capitalism! fight fortress europe!«

Hier zeigt sich, dass innerhalb eines Protestevents heterogene Inhalte vertreten werden und auch ganz unterschiedliche Kulturen aufeinander treffen – und das in jeder Hinsicht.

Allein die thematische Vielfalt ist erstaunlich. Die Auszählung der Veranstaltungen auf dem Gegenkongress »Public Forum Another World Is Possible« (Öffentliches Forum Eine andere Welt ist möglich) gibt einen Überblick über die Art und die Gewichtung der einzelnen Themen.¹

Auch im Hinblick auf die Herkunftsländer der Beteiligten ergibt sich eine bunte Vielfalt. Erhoben wurde sowohl die Herkunft der Referentinnen und Referenten als auch die geographische Verteilung der weltweit fast 1200 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Protestaufrufs des Genueser Sozialforums (GSF). Deutlich ist in beiden Fällen die hohe Dominanz der reicheren Länder des Nordens (vor allem Europas) und Südamerikas bei gleichzeitig nur geringer Beteiligung Afrikas, der arabischen Welt, Australiens und Zentralasiens.

1 Zur Tradition der Gegen-gipfel vgl. Pianta (2001).

Abb. 1:

Herkunft der ReferentInnen des Gegenkongresses



Abb. 2:

Verteilung der Unterzeichner des GSF-Aufrufs



Bunt war das Spektrum auch in ideologischer und organisatorischer Hinsicht. Vertreten waren Parteien, Bewegungen, kleine autonomen Gruppen und Vereine. In ideologischer Hinsicht waren Sozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten ebenso versammelt wie Grüne, Liberale, Libertäre. Christen demonstrierten mit Materialisten, Umweltschützer mit Bauern, Antinationale mit »nationalen Befreiungsbewegungen« – die meisten jedoch vereint durch eine Selbstverortung als ziemlich »links« (vgl. Andretta et al. 2003: 200).

Zum Beispiel: Globalisierung

Die detaillierte inhaltliche Auswertung von insgesamt 42 deutschsprachigen² Mobilisierungsaufrufen illustriert die Vielfalt um ein weiteres:

2 Es handelt sich dabei nicht ausschließlich um Aufrufe aus Deutschland, sondern auch um in deutscher Sprache veröffentlichte Flugblätter und Internetseiten von ausländischen Gruppen und internationalen Bündnissen.

Tabelle 2:

Typen und Themen von Gruppen/Organisationen

Themenspezifische Gruppen/Organisationen	20
Heterogene Genua-Bündnisse	6
Gewerkschaftsbewegung	4
Globalisierung/Neoliberalismus	3
Migrantinnen und Migranten/Antirassismus	2
Dritte Welt	2
Studentinnen und Studenten	1
Umwelt	1
Kirchlich	1
Allgemeinpolitische Gruppen/Organisationen	21
radikale Linke	14
sozialistische/kommunistische/trotzkistische Organisationen.	7
nicht zuzuordnen:	1
insgesamt:	42

Dabei ist auffällig, dass sich eine Gegnerschaft zur »Globalisierung« aus höchstens 18 der 42 ausgewerteten Aufrufe ablesen lässt. Das ist weniger als die Hälfte. In der Regel wird Globalisierung in diesen Aufrufen näher definiert oder zumindest mit einem Attribut versehen. Die meisten der Äußerungen richten sich entweder gegen »neoliberale Globalisierung« oder gegen »kapitalistische Globalisierung«. Nur ein einziger Aufruf führt das Wort »Globalisierung« im Titel. Und nur in zwei Aufrufen gibt es eine klare Positionierung einfach gegen die Globalisierung.

Das heißt: Nur zwei der Gruppen konzeptualisieren Globalisierung als eine Art umfassendes System oder einen Prozess, der in Gänze abzulehnen sei. Statt dessen gibt es innerhalb der Bewegung eine interessante und zum Teil hoch elaborierte Debatte über das Wesen der Globalisierung (vgl. Lynch 1998).

Viele der Flugblätter räumen gerade diesem Anliegen – nämlich »Globalisierung« begrifflich zu klären – einen großen Raum ein. In einigen wird versucht, Globalisierung positiv zu besetzen: als »Globalisierung von unten« oder »Globalisierung von Gerechtigkeit«. Der Feind aber heißt nicht einfach »Globalisierung«. Die Masterframes – also die wichtigsten Deutungsrahmen –, unter die der Protest gestellt wurde, sind: Kapitalismus, Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Herrschaft und insbesondere Neoliberalismus.

Die linken Hüter einer »unverkürzten Kapitalismuskritik« sollten dies zur Kenntnis nehmen. Denn sie werfen ja der Bewegung, deren Teil sie selbst sind oder waren, genau das vor: Sie sei einfach nur gegen Globalisierung.

Es muss, wie sich hier zeigt, sehr genau differenziert werden. »Globalisierung« ist ein umkämpfter Begriff! Und die mediengängige Bezeichnung »Globalisierungsgegner« hat mit dem Selbstverständnis der Bewegung nur bedingt zu tun.

Nun lassen die hier referierten Untersuchungen nur Aussagen über Gruppenmeinungen zu. Alle Erfahrungen sprechen dafür, dass die Meinungen der einzelnen Protestierenden davon auch abweichen. Doch die Masterframes der Mobilisierungsakteure bilden sozusagen die diskursive Möglichkeitsstruktur des Protests und damit das für die Einzelnen verfügbare ideologische Repertoire.

Die Mobilisierungsstruktur

Mit der bei den Gipfelprotesten üblich gewordenen Art und Weise, in Blöcken zu demonstrieren, die nach dem »Militanzgrad« sortiert sind, war das Heterogenitätsproblem für die Demonstration gelöst worden durch Separation. Doch schon bei der Frage der Anreise aus bestimmten Regionen drängte sich *strömungsübergreifende* Koordination förmlich auf – zum Beispiel, wenn es darum ging, bezahlbare Transporte nach Genua zu organisieren. Die hierbei erlebte Heterogenität der interessierten Gruppen, Parteien und Organisationen aller Art war kennzeichnend auch für alle anderen Ebenen dieser Mobilisierung – und sie war auf allen Ebenen auch ein *Problem* der beteiligten Akteure. Die Grundstruktur der Mobilisierung soll hier zunächst kurz skizziert werden, bevor gezeigt wird, wie mit der sich stellenden Aufgabe des Aushaltens oder Überwindens der Differenz umgegangen wurde.

In Italien fungierte das Genoa Social Forum (GSF) als Koordinator für die Demonstration, für Unterkünfte und für Organisatorisches aller Art. Und es hielt den Kontakt mit Bündnissen und Organisationen in Italien und dem Rest der Welt. Die nächste für die Mobilisierung wichtige Ebene war die nationale. Sie wurde in Deutschland repräsentiert durch das Kasseler Bündnis, das die Informationen aus Genua und von internationalen Koordinationstreffen in die einzelnen Städte und Regionen weiterleitete.

Angesichts dessen lässt sich folgende *erste These* formulieren:³

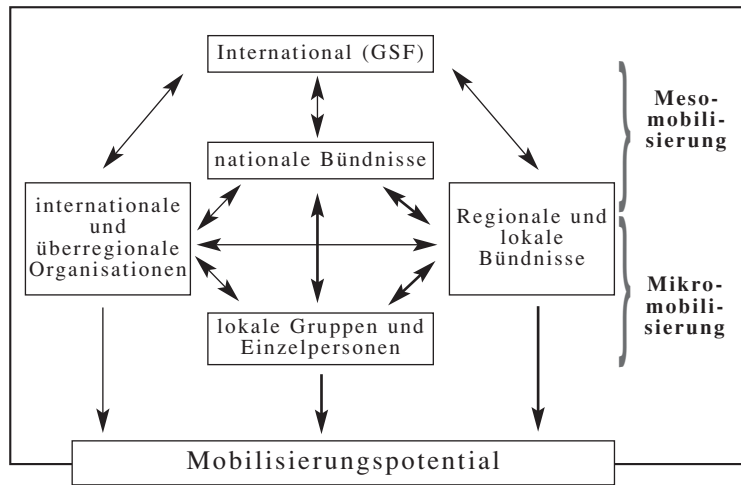
Die Proteste sind noch nicht so organisiert, dass sie nationale Grenzen transzendieren. Zumindest die Mobilisierung findet heute vor allem im Rahmen vorgefundener territorialer Einheiten, insbesondere des Nationalstaats, statt – sie überwindet diese aber nach und nach deutlicher als andere Bewegungen zuvor.

3 Hier wird von Thesen gesprochen, weil vorrangig die Genua-Mobilisierung systematisch untersucht wurde. Es gibt viele Parallelen zu anderen Protesten, aber noch keine vergleichenden Untersuchungen.

4 Pfeile zeigen die Richtung von Austausch und Kontakten an, dicke Pfeile die besonders wichtigen. In Anlehnung an Gerhards und Rucht (1992) wird zwischen einer Mikro- und einer Mesomobilisierungsebene unterschieden. Die *Mikromobilisierungsebene* bilden die einzelnen Gruppen und Personen, die in erster Linie versuchen, Individuen zu mobilisieren und dabei an *Mikromobilisierungskontexte* (Freundschaftsnetzwerke u. ä.) anknüpfen. Die *Mesomobilisierungsakteure* sind im untersuchten Fall auf der Ebene der Mobilisierungsbündnisse und anderer gruppenübergreifender Koordinationsformen angesiedelt. Sie mobilisieren in erster Linie Gruppen und andere Multiplikatoren. Diese Ebene läßt sich auch mehrfach untergliedern. Die bestehenden politischen Netzwerke zwischen Gruppen, Parteien und Bewegungen bilden den *Mesomobilisierungskontext*, an welchen die Mesomobilisierungsakteure anknüpfen. Die Akteure auf der Mesomobilisierungsebene leisten die kollektive Identitätsarbeit der Bewegung, sie liefern die wesentlichen Beiträge zur strukturellen und inhaltlichen Integration einer Protestkampagne. Sie drücken der Mobilisierung ihren Stempel auf.

5 Vgl. dazu Ayres (1999) und Naughton (2001). Allerdings sollte man nicht vergessen, daß die Zugangsbarrieren in verschiedenen Ländern sehr variieren. Nicht zufällig ist Afrika sowohl bei den Protesten als auch ganz allgemein im Internet deutlich unterrepräsentiert (Schulz 2000).

Abb. 3:
Die Struktur der Mobilisierung⁴



Des Weiteren gab es Mobilisierungsbündnisse auf der regionalen und lokalen Ebene. Diese koordinierten sich untereinander maßgeblich über das bundesweite Kasseler Bündnis und über die Kommunikationswege, die vom Kasseler Bündnis initiiert worden waren. Abgestimmt wurden zum Beispiel Busse zur Fahrt nach Genua, Demonstrationsstrategien, Strategien, falls Probleme beim Grenzübertritt auftreten sollten (was vielfach auch geschah), die Besorgung von Unterkünften und anderes mehr. Der wichtigste Kommunikationsweg war die vom Kasseler Bündnis eingerichtete Mailingliste. Über diese kamen Informationen aus allen Richtungen: aus Genua, von Arbeitsgruppen des Kasseler Bündnisses, von lokalen Mobilisierungen und von beteiligten Organisationen und Einzelinteressentinnen und Einzelinteressenten. Daher *These zwei*:

Diese Art von Protestmobilisierung wäre ohne das Internet nicht möglich gewesen. Die technischen Möglichkeiten des Internets – vor allem die schnelle, weitreichende und unkompliziert für viele zugängliche Informationsvermittlung – unterstützten die organisatorische Vielgliedrigkeit optimal.⁵ Somit ergibt sich *These drei*:

Diese immense Koordinationsleistung ist nur dezentral möglich. Neben der beschriebenen Hauptstruktur, die man nicht als hierarchische missverstehen darf, gab es ja noch quer dazu liegende Strukturen, zum Beispiel nationale und europäische Netzwerke, die selbst wieder Untergliederungen haben, die sich auf unterschiedlichen Ebenen einbrachten – so etwa das europaweite Netzwerk »Euromärsche« oder auch auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene agierende Parteien (zum Beispiel PDS). Der Mobilisierungsprozess ist also hochkomplex und nicht hierarchisch steuerbar.

Daran schließt direkt die *vierte These* an:

Die großen organisatorischen Potenzen von Kommunikationsmedien, welche Koordination über große Distanzen hinweg ermöglichen, versetzen die Beteiligten in die Lage, besser als in direkter Interaktion Differenzen auszuhalten.

Die Aufgabe, Differenzen aushaltbar zu machen bzw. zu überbrücken oder gar völlig zu überwinden, war ohnehin gestellt. Daraus ergibt sich *These fünf*:

Gefordert ist ein Mechanismus zur Herstellung von gewissen Gemeinsamkeiten.

Somit wird das Internet auch zum Ausschluß produzierenden Medium.

Integration

Wie beim Thema »Globalisierung« gab es inhaltliche Differenzen in nahezu jedem Politikfeld. Mit dieser Heterogenität umzugehen war, wie oben schon erwähnt, eines der Hauptprobleme der Mobilisierungsbündnisse. Denn sie hatten ja nicht nur organisatorische Aufgaben, sondern mussten auch Gründe für Protest angeben. Die Frage, die sich gestellt hat, war: Wie geht man damit um, wenn die einen die G8 zu einer ökologischeren Politik oder Schuldenverringerung für die Dritte Welt überreden wollen, andere die Auflösung von WTO und Weltbank fordern, wieder andere das ganze kapitalistische System über den Haufen werfen wollen – also nicht nur die Verteilung des Reichtums, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst radikal verändern wollen?

Alle Bündnisse fanden einen Weg. Sie bedienten sich dazu eines ähnlichen Kunstgriffs, nämlich: die Heterogenität und Multiperspektivität explizit zu benennen oder gar als konstitutiv hervorzuheben.

Das Kasseler Bündnis wird mit Blick auf dieses Problem in seinem Protestaufruf ganz deutlich: »(Die) Gruppen, Organisationen und Netzwerke (...) stehen für unterschiedliche thematische und politische Ansätze und Grundüberzeugungen. Einige stellen sich gegen die Politik der G7/G8, weil sie konkrete Einzelaspekte kritisieren – wie z. B. die Verschuldung der Entwicklungsländer, die Struktur des internationalen Finanzsystems, die Praxis bei den Exportbürgschaften (Hermeskredite) oder die neue Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO). Anderen geht es um die Kritik an der neoliberalen Globalisierung insgesamt. Und wieder andere sehen das Handeln der G7/G8 vor allem in den kapitalistischen Prinzipien von Gewinnmaximierung und totaler Verwertbarkeit begründet – deshalb nehmen sie Genua zum Anlass, eine globale herrschaftskritische Bewegung zu stärken.«

Es gab eine lange Auseinandersetzung, bis man sich auf diese Formulierungen geeinigt hatte. Die beiden Antipoden des Bündnisses – das waren »Schöner Leben Göttingen« (eine herrschafts- und kapitalismuskritische Gruppe) und WEED, eine etablierte Nichtregierungsorganisation (NGO) – wurden beauftragt, letzte Unklarheiten zu beseitigen und sich auf einen Text zu einigen. Die explizite Vorgabe des Bündnisses war dann eben jene Nebeneinanderreihung der verschiedenen Perspektiven.

Das Leipziger Bündnis formulierte ganz ähnlich: »Unter dem Motto »Gegen Ausbeutung und Unterdrückung« wird eine gemeinsame Mobilisierung inklusive Fahrtmöglichkeit nach Genua organisiert. Wir sind uns unserer unterschiedlichsten Ansätze und Perspektiven bewusst, und diese Vielfältigkeit wird auch in den Beiträgen dieser Webseite deutlich. Deshalb entsprechen die einzelnen Beiträge nicht unbedingt der Auffassung des Bündnisses.« Die beiden Beispiele zeigen etwas, das auch für den internationalen Aufruf

des GSF gilt: Es wird eben nicht versucht, eine klare ideologische Linie zu erreichen – was allerdings eine gewisse inhaltliche Konturlosigkeit zum Preis hat.

Die Bewegung und die Linke

Diese Konturlosigkeit ist besonders für die radikale Linke problematisch. Denn in diesem Sammelsurium von Organisationen, Gruppen und Bewegungen krankt an einigen Positionen, zum Beispiel an den bei weiten Teilen von ATTAC etablierten etatistischen Politikvorstellungen (vgl. Seibert 2003). Diese sind geleitet von einem Grundvertrauen in den Staat, der nur von den Richtigen gelenkt werden müsse. Diese Leute wiederholen den Irrtum der linken Grünen. Ebenso gibt es bei Teilen von ATTAC und Co. eine Konzentration auf die ohne jeden Zweifel offensichtliche Ungleichheit der Reichumsverteilung – wohlgemerkt: der Verteilung –, jedoch geht dies nicht einher mit einer Kritik an der Totalität der gesellschaftlichen (Re-)Produktion des Kapitalismus.

Ein weiterer Kritikpunkt: In gut gemeinten Ideen zur Wahrung irgendwelcher imaginer Kollektivrechte von Völkern verstecken sich manchmal reaktionäre Vorstellungen von Zwangsidentitäten, wie eben der nationalen (vgl. Kendler/Ullrich 2004). Die Antirassismus-Konferenz in Durban im September 2001 – auch sie ein wichtiges Event für viele Akteure der Globalisierungskritik – zeigte beispielhaft, wo das auch hinführen kann. Bei aller berechtigten Kritik an Israel wurde hier die Grenze zum Antisemitismus überschritten, weil Israel zum scheinbaren Grundübel und Hauptproblem der Welt stilisiert wurde, indem auf einem Rassismuskongress hauptsächlich über Palästina geredet wurde, als gäbe es sonst keine Probleme. All das sind aber wohl Schwächen der Globalisierungskritik, nicht jedoch feste Ideologie.

Zu Zeiten der Genuamobilisierung gab es breite Bündnisse, die all diese Ambivalenzen thematisieren konnten. Aber die antikapitalistische Linke hat sich weitgehend aus solchen breiten Bündnissen zurückgezogen – und dies, obwohl diese Bündnisse Handlungsfähigkeit demonstriert hatten, während in anderen Auseinandersetzungen zum Beispiel um die Bewertung Israels und des Nahostkonfliktes schon lähmende identitäre Auseinandersetzungen dominierten (vgl. Ullrich 2002). Das lag zum einen an mangelnden Kapazitäten der Gruppen, die zu kontinuierlicher Netzwerkarbeit nicht in der Lage sind. Zum anderen lag es jedoch auch daran, dass diese Linke die Globalisierungskritikerinnen und Globalisierungskritiker und die von ihnen mitgetragene Bewegung gegen den Irakkrieg nur als einen monolithischen Block wahrnehmen konnte. So sahen einige statt der offensichtlichen antiamerikanischen *Tendenzen* eine antiamerikanisch-antisemitische Einheitsfront marschieren – und das ist völlig irrig.

Hinter einer solchen Sichtweise verbirgt sich ein Grundirrtum. Die Linke – und das betrifft gerade viele ihrer als Materialisten auftretenden Vertreter – misst soziale Bewegungen stärker an ihren Ideologien als an ihrer realen Wirkung.

Soziale Bewegungen beeinflussen aber die politische Agenda. So zeigt die Globalisierungskritik mindestens dies: dass auch nach dem

postulierten »Ende der Geschichte« von vielen Menschen eine andere, bessere Welt für möglich gehalten wird. Die Linke hat nur durch reale soziale Bewegungen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Intervention, zum Mitbestimmen der Richtung. Bewegungen mit progressivem Anspruch sollte die politische Linke nicht als gut oder schlecht zu bewertende Objekte sehen, sondern als ein *window of opportunity*. Und umgekehrt brauchen Bewegungen, die nicht absorbiert werden wollen, die Linke, denn sie besitzt Erfahrung in der Konfrontation, in Techniken der Subversion, in der Radikalisierung von Protest und einen inhaltlich fundierten Blick auf die soziale Gesamtheit. Sie ist die »organisatorische Verdichtung der sozialen Bewegungen« (Jan Zofka). Nach Genua sind viele Linke ausgestiegen, beteiligen sich nicht mehr am globalisierungskritischen Diskurs und haben so eine wichtige gesellschaftliche Interventionsmöglichkeit aufgegeben.

Offen bleibt, ob wieder ein so breiter linker Diskussionszusammenhang entstehen kann, wie er zur Genuamobilisierung vielerorts existierte. Versuche, die aber nur zum Teil erfolgreich waren, gab es während des Irakkrieges. Vielleicht ist die immer populärer werdende Sozialforen-Bewegung eine neue Möglichkeit; sie muss ihre Arbeitsfähigkeit aber noch in der Umsetzung *konkreter* Projekte auf der lokalen Ebene und im Aufbau von europaweiten und internationalen Strukturen, die über pathetische Wir-Inszenierungen hinausgehen, beweisen.

Literatur

- Andretta, Massimiliano; Donatella della Porta; Lorenzo Mosca; Herbert Reiter (2003): No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung, Frankfurt, New York.
- Anheier, Helmut; Marlies Glasius; Mary Kaldor (Hrsg.) (2001): Global Civil Society 2001, Oxford.
- Ayres, Jeffrey M. (1999): From the Streets to the Internet: The Cyber-Diffusion of Contention, in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 566, pp. 132-143.
- Gerhards, Jürgen; Dieter Rucht (1992): Mesomobilization Contexts: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, in: American Journal of Sociology 98 (3), pp. 555-589.
- Leggewie, Claus (2000): David gegen Goliath: Seattle und die Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B48, S. 3-4.
- Lynch, Cecilia (1998): Social Movements and the Problem of Globalization, in: Alternatives 23, 2, pp. 149-173.
- Naughton, John (2001): Contested Space: The Internet and Global Civil Society, in: Helmut Anheier, Marlies Glasius, Mary Kaldor (Hrsg.), pp. 147-168.
- Pianta, Mario (2001): Parallel Summits of Global Civil Society, in: Anheier, Helmut; Marlies Glasius; Mary Kaldor (Hrsg.), pp.169-194.
- Rucht, Dieter (2001): Zwischen Strukturlosigkeit und Strategiefähigkeit. Herausforderungen für die globalisierungskritischen Bewegungen, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit 12, Dezember, S. 358-360, <http://www.dse.de/zeitschr/ez1201-6.htm> (19. 12. 2001).
- Seibert, Thomas (2003): The People of Genova. Plädoyer für eine Postavantgardistische Linke, in: Sand im Getriebe 26 (8. 10. 2003).
- Schulz, Markus S. (2000): Die dynamischen Netze der Öffentlichkeit. Struktur, Dynamik und Effektivität politischer Telekommunikation, in: Otfried Jarren, Kurt Imhof, Roger Blum (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit?, Wiesbaden, S. 266-281.
- Ullrich, Peter (2002): Projektionsfläche Naher Osten. PalästinenserInnen, Israelis und die deutsche Linke bei der Selbsterfleischung, in: Kulturosoziologie. Aspekte, Analysen, Argumente 2-02, S. 109-125.
- Ullrich, Peter (2003): Gegner der Globalisierung? Protest-Mobilisierung zum G8-Gipfel in Genua, Hochschulschriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Bd. 6, Leipzig/ Schkedeutz: GNN.
- Ullrich, Peter (2003)a: Bounded Identity und Frameanpassung – Die Mobilisierung nach Genua, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2-03, S. 127-132.
- Ullrich, Peter (2003)b: Gipfel der Heuchelei. Die »Globalisierungskritiker« und der Weltgipfel von Johannesburg, in: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, 2 Bände + CD-ROM. Opladen: Leske + Budrich., Vorab online <http://www.attac-netzwerk.de/leipzig/allg/material/VortragJobg.pdf> (23. 11. 2002).
- Walk, Heike; Nele Boehme (Hrsg.) (2002): Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus. Münster.
- Walk, Heike (Hrsg.) (2002): Transnationale Aktionsnetzwerke. Chancen für eine neue Protestkultur? (Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 15, 1). Stuttgart.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Neulich war Henry Kissinger in Berlin und hielt – was sonst? – eine Rede. Die muß den Zeitungen zufolge nicht überraschend gewesen sein. Er nahm Präsident George W. Bush in der Kriegsgrundfrage in Schutz. Dabei könnte es sich um eine Art Selbstschutz gehandelt haben, denn in Kriegslügen und in der Fabrikation von Kriegsgründen ist Henry Kissinger ja nun wahrlich nicht ungeübt. Was unter anderem – manchmal wabert doch so etwas wie ein Hauch von historischer Gerechtigkeit durch unsere Gemeinwesen – jetzt dazu führt, daß sich eben dieser Henry Kissinger wegen drohenden Haftbefehls nicht mehr in allen Staaten Europas frei bewegen kann. Deutschland natürlich ausgenommen. Es ist zwar kaum vorstellbar, daß es irgendwo in Europa eine Behörde geben könnte, die einen derartigen Haftbefehl tatsächlich vollstreckt, aber, sagt sich Kissinger, sicher ist sicher ...

Kissinger hatte Berlin erst kurze Zeit verlassen, da wurde in der Sache nachgelegt. Diesmal war es Paul O'Neill, ehemaliger Finanzminister Bushs, der gegenüber dem Fernsehsender CBS erklärte, Bush habe den Irakkrieg bereits vor dem 11. September geplant. Einen Unterschied gibt es allerdings zwischen Kissinger und O'Neill: Der einstige Finanzminister zieht den Präsidenten der Lüge, während Kissinger Bushs Verhalten für ein Zeichen von Realpolitik hält.

Da wir gerade beim Thema sind: Als kürzlich der Gründer von *Transparency International*, Peter Eigen, von Magazin *Readers Digest* zum »Europäer des Jahres« gewählt wurde, fand anlässlich dieses Ereignisses in Baden-Württembergs Landesvertretung in Berlin ein Streitgespräch statt. Thema: »Korruption – (k)ein notwendiges Übel?« An der Zeitungsmeldung fand ich zweierlei bemerkenswert: Das Fragezeichen im Motto der Veranstaltung und den Umstand, daß Lothar Späth nicht zugegen war.

Die Debatte über das neue BND-Quartier in Berlin ist fast beendet; sie dümpelt lediglich noch in Berliner Zeitungsspalten. Eigentlich interessiert sie nur einige Bezirkspolitiker. Doch die haben in Hauptstadtangelegenheiten ohnehin kaum etwas zu melden (und wenn sie es versuchen, werden ihnen vom Senat einfach Kompetenzen aberkannt). Warum allerdings der BND in Berlin neu bauen muß, ist bei dem Lehrstand einstiger Alliierten-Siedlungen in Dahlem und Reinickendorf einigermaßen rätselhaft. Wer weiß, welche Baukonsortien da schon wieder auf Aufträge lauern. Aber selbstverständlich wird es eine Ausschreibung geben!

Das Thema BND ist noch am Köcheln, da droht schon wieder ein Unheilchen: Auch das Bundeskriminalamt (BKA) soll nach Berlin umziehen. Deshalb gingen sie in Meckenheim bei Bonn, wo sich eine Dienststelle des BKA befindet (dessen Hauptsitz bekanntlich Wiesbaden ist), auf die Straße.

Da mein Lebensbedarf an Heimlichkeiten gedeckt ist und ich außerdem nicht umziehen muß, berühren mich die beiden Vorgänge nicht wirklich. Von mir aus können die Ämter und Dienste alle Fingerabdrücke der Welt haben, sie können mich so viel und so oft videofilmen, wie sie wollen, und auch meine Telefongespräche können sie belauschen – es ist mir egal! Aber nicht egal ist mir, wenn BKA-Beamtinnen und Beamte in Meckenheim auf die Straße gehen. So stand es in der Zeitung: »Am Sonnabend protestierten mehr als 2000 Menschen in Meckenheim bei Bonn gegen die bevorstehende Schließung der dortigen BKA-Dienststelle.«

Das haben wir gerne: Beamtet sein wollen mit allem, was an diesem Status hängt, und dann bei jedem Veränderungslüftchen protestieren. So haben es sich die alten Preußen nicht vorgestellt, als sie den stets verfügbaren Staatsdiener erfanden.

Die Bundes-Kriminalisten sind nicht die einzigen, denen es an Staatsräson mangelt. Es gab schon andere Bundesbehörden, die krakeelten, zum Beispiel, als man ihnen zumutete, »in den Osten« zu ziehen. Indes: Wenn wir es recht bedenken, sind solcherart Beamtenaufstände eine Chance, vor allem dann, wenn sie noch zunehmen sollten. Dann nämlich könnte es eines Tages wirklich geschehen, daß das Beamtensystem generell in Frage gestellt, im Klartext: abgeschafft wird. Vor allen Dingen, weil von einstigen Nachteilen (fast bedingungslose Verfügbarkeit) und den Vorteilen (berufliche und Alterssicherheit) nur die Vorteile übriggeblieben sind.

Ich höre vehementes »Nie!, Nie!, Nie!« Ach Gott, das sollten wir uns in Deutschland seit nunmehr fast fünfzehn Jahren nun doch wahrlich abgewöhnt haben!

Ist es Ihnen auch so egal wie mir, wer der nächste Bundespräsident wird, oder ob es nicht gar eine Präsidentin sein könnte? Wie es jetzt aussieht, werden sie uns den Schäuble überhelfen. Die PDS-Wahlmänner, stand in der Zeitung, werden ihn natürlich nicht wählen.

Was ist aber, wenn not am Mann ist und diese Partei mal wieder eine Chance sieht, Verantwortungsbewußtsein zu zeigen und Verantwortung zu übernehmen? Denn »der Wähler« wolle, so behauptete es jedenfalls Berlins PDS-Vorsitzender nach der diesjährigen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in die Fernsehkameras und -mikrofone, »daß in schwierigen Zeiten die PDS Verantwortung übernehme«. Wie in Berlin. Auch darum sind schwierige Zeiten abzulehnen.

Andreas Malycha (Hrsg.):
Geplante Wissenschaft.
Eine Quellenedition
zur DDR-Wissenschaftsgeschichte
1945-1961.
Beiträge zur DDR-Wissenschafts-
geschichte Reihe A / Band 1,
Akademische Verlagsanstalt
Leipzig 2003, 706 S. (77 €)

DDR-Wissenschaftsgeschichte als nicht nur erhellende, sondern auch spannende Lektüre: Mit einer klugen Dokumentenauswahl und einer instruktiven 80seitigen Einführung gelingt Andreas Malycha in diesem Buch das fast Unmögliche.

Ein paar Kostproben: »Es machen sich jetzt bereits zahlreiche Bestrebungen bemerkbar, mit Hilfe der Amerikaner den Einfluß unserer Gegner in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wieder zu stärken. Diese Kreise haben aber mit diesen Bestrebungen bisher sehr wenig Erfolg, da die Amerikaner offensichtlich an einem Wiederaufleben eines wissenschaftlichen Lebens in Deutschland völlig desinteressiert sind.« So geschrieben von Robert Havemann, Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem, in einem Bericht vom 27. August 1945 (S. 103).

»Da ist mir zweierlei aufgefallen: Das eine ist, daß unsere jungen materialistischen Historiker ... keinen Mut haben, Hypothesen aufzustellen, sondern sie bewegen sich vielfach innerhalb des Stoffkreises, den Marx und Engels schon in genialer Weise behandelt haben. ... Wenn aber eine Sache von so genialen Männern wie Marx und Engels behandelt worden ist, dann ist das, was nachher kommt, gewöhnlich nicht mehr so schön wie das, was zuerst kam. Es ist so, wie wenn man vom Tee mehr als einen Aufguß nimmt. Dadurch wird er nicht besser.« So gesagt von Alfred Meusel, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Berlin, auf der Tagung des SED-Hochschulausschusses am 14. September 1947 (S. 192/193).

»I. Wir zersplittern unsere beschränkten Kräfte und Mittel zu sehr. Es besteht noch wenig Klarheit über diejenigen zu bildenden

Schwerpunkte, welche mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftsstruktur, d. h. unseren Spezialistenbestand, unsere Rohstofflage, unsere Produktionsstätten, unsere Energielage, östliche Hilfsmöglichkeiten und westliches Embargo, als wirklich günstig anzustreben sind. II. Bei einem Wettrennen nach Weltniveau oder noch besser nach der Weltspitze, an dem wir bei Konzentration auf günstige Schwerpunktthemen mit viel Erfolgsaussichten teilnehmen können, fehlt bei uns noch viel zu oft das, was der Jäger beim Schießen ›Vorhaltung‹ nennt. Es wird nachentwickelt und nachgebaut, wo mit etwas mehr Initiative, Kenntnis der wissenschaftlichen Literatur, Erfindungsgabe usw. eigene neue Entwicklungen schöpferisch gestaltet werden können.« So notiert von Manfred von Ardenne, Gründer und Leiter des privaten Forschungsinstitutes »Manfred von Ardenne« für Elektronenphysik, Ionenphysik, Kernphysik und Übermikroskopie, für Ministerpräsident Otto Grotewohl am 19. März 1957 (S. 547/548).

»Und das Problem ist deshalb so ernst, weil tatsächlich viele Professoren mit den Bemerkungen, die auf der 3. Hochschulkonferenz gefallen sind, insbesondere auch mit der Rede von Herrn Hager, innerlich nicht zurecht kommen. Sie sind nicht in der Lage zu begreifen, daß Sozialismus identisch ist mit Atheismus. ... Aber ich sage Ihnen das, damit Sie verstehen, das sind große Männer, und wenn wir uns nicht nach irgendeinem Vorbild ausrichten, werden Sie Schiffbruch erleiden. Seien Sie froh, wenn Sie ein paar Leute an den Universitäten haben, die nicht so sind wie alle anderen. ... Wir sind heute dabei, alles zu nivellieren. Die Professoren leben in einer ständigen Unruhe. Entschuldigen Sie, wenn ich das offen sage, Herr Ministerpräsident. Es ist so. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden und wir werden es erleben, daß Ihnen in Ihrem Sozialismus im Staat und in der Wirtschaft nach jeder Richtung geholfen wird.« So vorgetragen von Kurt Mothes, Professor für Pharmakognosie an der Universität Halle, Präsident der Leopoldina und Direktor des Instituts für Biochemie der Pflanzen der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Halle, auf einer Tagung der Bezirksleitung Halle des Deutschen Kulturbundes und des Klubs der Intelligenz in Halle am 12. April 1958 (S. 590/591).

130 Dokumente hat Malycha versammelt – und durch rund 100 Kurzbiographien aussagekräftig ergänzt –: Dokumente der Suche der SED nach einer Wissenschaftspolitik, die ihrem totalitären Herrschaftsanspruch entsprach, und der Auseinandersetzung darüber; Dokumente der Bevormundung der Wissenschaften durch die SED und des vielgestaltigen Kampfes dagegen. Sie alle beweisen vor allem eines: daß man auch auf diesem Gebiet der DDR-Entwicklung fehl ginge, interpretierte man sie einzig und allein von ihrem Ende her. Die 45 Jahre von 1945 bis 1990 umspannen das Leben und Wirken mehrerer Generationen, sie sind nicht in ein einfaches Schema zu pressen. »In der Praxis«, stellt Malycha im Ergebnis seiner umfangreichen Quellensichtung fest, sei die SED-Führung »immer wieder mit historischen Kontinuitäten, notgedrungenem Pragmatismus und den unerwarteten Nebenfolgen« ihres diktatorischen Konzeptes und Handelns konfrontiert worden, und so mache es »durchaus Sinn, nach dem Verhältnis zwischen totalitärer Herrschaft und eventuell vorhandenen Handlungsräumen bzw. Autonomie in der Wissenschaft zu fragen« (S. 14).

Für die Zeit von 1945 bis 1961 macht Malycha in der Wissenschaftspolitik zwei recht deutlich voneinander abzugrenzende Entwicklungsphasen aus.

Zunächst eine »Aufbau- und Rekonstruktionsphase« von 1945 bis 1952, in der »durchaus noch von einem diskursiven Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft gesprochen werden« könne – auch wenn es sich schon damals »nicht um eine Diskursgemeinschaft von Gleichberechtigten und Chancengleichen« gehandelt habe. Das »politische Fremdverständnis von Wissenschaft« habe in dieser Zeit »zwischen einer auch ideologisch fundierten Wissenschaftsgläubigkeit und einem eher politisch motivierten Mißtrauen gegenüber den Trägern bürgerlicher Wissenschaft« gependelt. Dem »Selbstverständnis und der sozialen Organisation tradierter Wissenschaft« habe die Parteibürokratie in dieser Phase »weitgehend alternativlos« gegenüber gestanden (S. 36). Durch »das Fehlen von ausgewiesenen Fachleuten einerseits und die Konzentration auf die Durchführung wirtschaftlicher Umgestaltungen andererseits« sei »auf die Ge-

staltung wissenschaftlicher Tätigkeit im Sinne der Gesamtstrategie der Partei« noch nicht »zielstrebig Einfluß« genommen worden (S. 36/37). Der »Schwerpunkt der SED-Hochschulpolitik« habe »vor allem auf einer stark reglementierten Zulassungspolitik« gelegen. Dies freilich habe strategische Bedeutung gehabt und sei von Beginn an mit der »politischen Prämisse« verbunden gewesen, »daß die traditionelle Autonomie der Universitäten und Hochschulen in der bisherigen Form nicht mehr zugelassen werden dürfe« (S. 37). Was aber den viel weiter gehenden und alle Wissenschaft bevormundenden Anspruch der SED-Führung betrifft, »selbst die oberste wissenschaftliche Instanz in grundlegenden wissenschaftlichen Fragen zu sein« und »durch Parteibeschlüsse den Marxismus-Leninismus als allein gültige Theorie zu interpretieren«, so sei dieser erst »im Verlaufe der fünfziger Jahre« erhoben worden (S. 41).

Diese Zeit von 1952 bis 1961 dann bezeichnet Malycha als »Konsolidierungsphase«. Mit dem »auf der zweiten Parteikonferenz vom Juni 1952 verkündeten Konzept des sozialistischen Aufbaus« sei die Wissenschaft »erklärtes Objekt der Politik« geworden (S. 63), und dem »immensen Ausbau des Wissenschaftssektors« habe »eine neue Stufe der Politisierung der Wissenschaft« innegewohnt (S. 83).

»Konsolidierung« ist hier konsequent aus der SED-Absicht heraus gedacht: Es war in dieser Lesart natürlich eine »Konsolidierung«, mit dem »Zentralen Forschungsplan« ein Instrument entwickelt zu haben, das es erlaubte, »bedeutende Bereiche der Wissenschaft in ein zentral gelenktes System der Steuerung und Lenkung der Wirtschaft eingebunden« zu haben (S. 62), und es war in diesem Sinne ebenfalls eine »Konsolidierung«, daß nach einer dem XX. Parteitag der KPdSU folgenden kurzen Phase der »öffentlich ausgetragenen kontroversen Debatten über den Versuch der SED, Wissenschaft zu politisieren und zu ideologisieren« (S. 76), im Sommer 1957 eine »Säuberung« des Lehrkörpers in Gang gesetzt wurde, die »eine vollständige Ausschaltung des bürgerlichen Einflusses« zum Ziel hatte (S. 78).

Es hatte diese »Konsolidierung« von 1952 bis 1961 freilich auch »einen Abwanderungsverlust von rund 1700 Professoren, Dozenten

und Assistenten« zur Folge (S. 80), und sie hatte dramatische Konsequenzen auch für die, die mit ihrem Widerspruch zum offiziellen Kurs in der DDR geblieben und dann dort kaltgestellt worden waren, und spätestens hier muß – wie es Malycha auch tut – dann doch einmal der direkte Bogen zum Ende der DDR gespannt werden. »Indem eine Debatte paradigmatischer Grundsatzfragen der Gesellschaftstheorie von der politischen Führung nicht zugelassen bzw. aggressiv bekämpft wurde,« schreibt Malycha zum Ende seiner Einführung, »zeigten sich weder die Politik noch die Wissenschaft in der Lage, Antworten auf die Orientierungskrise zu finden, in die die DDR-Gesellschaft seit den achtziger Jahren geraten war.« (S. 86)

Den Prozeß, der von 1961 an dorthin führte, mit ähnlicher quelleditorischer und die vorhandene Literatur verarbeitender Sorgfalt, wie sie diesen Band von 1945 bis 1961 auszeichnet, in weiteren Bänden darzustellen, ist von Malycha und den Herausgebern der Reihe »Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte«, Clemens Burrichter und Gerald Diesener, eigentlich beabsichtigt. Daß nun – wie zu hören ist – gerade jetzt, da die Forschung zur DDR-Geschichte endlich in die Tiefe und ins Detail zu gehen auf dem Wege ist, die Gelder nicht mehr vorhanden sein sollen, wirft ein bezeichnendes Licht auf eine andere – die heutige – Art von »geplanter Wissenschaft«.

WOLFRAM ADOLPHI

**Christiane Zehl Romero:
Anna Seghers.
Eine Biographie 1947 – 1983,
Aufbau-Verlag Berlin 2003,
480 S. (30 €)**

Zwanzig Jahre nach Anna Seghers' Tod erscheint der zweite Band ihrer umfangreichen Biographie von Christiane Zehl Romero, die in Wien geboren wurde. Studium in Wien, an der Sorbonne und der Yale-Universität (USA). Sie ist Literaturprofessorin in Massachusetts, USA. Im Jahre 2000 zum 100. Geburtstag der Schriftstellerin war der erste Teil herausgekommen. Christiane Zehl Romero schreibt:

»Die Frage, warum zwei Bände, warum so lang, ist berechtigt. Die Antwort, zumindest meine Antwort: Seghers verdient die genaue Aufmerksamkeit, die sie hier zum ersten Mal erhält. Sie ist eine der bedeutendsten deutschsprachigen Erzählerinnen, wenn nicht die bedeutendste.« (S. 7) Es ist ein Zeichen für die fortgesetzte Bemühung des Aufbau-Verlages für Anna Seghers' Werk, das er in Taschenbüchern und in einer nach und nach erscheinenden, kompetent kommentierten Werkausgabe parat macht. Dazu das Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft Berlin und Mainz e. V. »Argonautenschiff«, der Briefwechsel 1947 »Hier im Land der kalten Herzen«, von Christel Berger herausgegeben, und manches Andere. Das Werk lebt. Daran haben kleine Verlage mit bibliophilen Drucken ebenso Anteil wie Studien- und Unterrichtshilfen, Ausgaben im Ausland. Und natürlich viele Deutschlehrer, die Seghers-Freunde in aller Welt, die Anna-Seghers-Gesellschaft.

Der zweite Teil der Biographie stellt den langen Lebensabschnitt von 36 Jahren in der Sowjetischen Zone und in der DDR dar – beginnend mit der umwegigen und komplizierten Rückkehr 1947 ins viergeteilte Berlin, endend mit dem Tode 1983, mit dem Staatsbegräbnis auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof, von dem das gewöhnliche Leservolk ausgeschlossen war. Ein dicht besetztes Leben, eine schriftstellerische Tätigkeit, die im Unterschied zu vorangegangenen Geschichtsabschnitten, in denen Anna Seghers sich in Opposition und Widerstand sah, einer Gesellschaft »von Grund auf neu« mitgestaltend gelten sollte. Das Leben dieser großen Persönlichkeit wird in den gesellschaftspolitischen Makrobedingungen der Spaltung und der zwei deutschen Staaten, dem Kalten Krieg und dem Wettrüsten, namentlich dem atomaren, beschrieben. Anna Seghers war als Schriftstellerin und Sozialistin beteiligt am Ringen um eine neue Gesellschaft. Sie war konfrontiert mit den Fehlern, Fehlgängen der eigenen Seite, mit dem Stalinismus und den Verbrechen im Namen des Sozialismus, verwickelt in eruptive Ereignisse. Christiane Zehl Romero schreibt darüber nicht illustrierend, sondern stets mit direktem Bezug zur Schriftstellerin. Die Biographin geht dicht an das Leben von Anna Seghers, auch an das private, heran

und teilt viel Neues mit. Auch Unerfreuliches. »Ich wollte keinen paradigmatischen, kommunistischen Lebens- oder Irrlauf konstruieren« (S. 9). (War es nicht ein kommunistischer Lebenslauf?)

Dabei hat sie die inzwischen zugänglichen, nunmehr reichlich vorhandenen Lebenszeugnisse genutzt und als erste Forscherin Unterlagen der Familie Radvanyi/Seghers einsehen können. Bei ihrer Spurensuche hat sie m. E. vereinzelt Dokumente mißdeutet. Die Biographin sagt Hermann Kant nach, er sei Informant der Stasi gewesen (S.400). Er habe (deshalb?) Anna Seghers bei ihrem Besuch in Hamburg 1965 begleitet und für die Stasi beobachtet und ihr dann berichtet, »nicht verleumderisch, sondern eher wichtiguerisch«, »auf der anderen Seite der Mauer« würde sie »geachtet und geehrt« (S.234). Aus den Endnoten VI 132 und VII 33 geht aber hervor, daß es sich um Berichte von GI Kurt (d. i. Klaus Gysi), nicht von Kant, handelt. Gysi, der zu der Zeit Verlagsleiter von Seghers und Kant war, hatte offenkundig gefragt: Na, wie war's denn so? Haben sie Anna anständig behandelt? Erzähl doch mal. Hermann Kant war nicht Anna Seghers' Begleiter für die Stasi und hat nicht über sie an die Stasi berichtet. Warum diese Färbung des Bildes?

Man erfährt Genaueres über die Wohnungen, beginnend mit dem ersten Quartier im Casino Hotel am Wannsee, jetzt Literarisches Colloquium, dabei auch über die Umstände ihres Wechsels von Zehlendorf nach Weißensee zu Brecht/Weigel, dann nach Adlershof im Jahre 1950. Aufgeklärt wird, welchen Druck das Politbüro der SED und der Innenminister ausübten, um sie zur Annahme der DDR-Staatsbürgerschaft und zur Aufgabe der mexikanischen zu bewegen. Man schämt sich als Sozialist, wenn man liest, zu welchen Befunden die Parteiüberprüfung kam. Man erfährt von ihren vielen Reisen, oft als Mitglied des Weltfriedensrates, ihren sich vermehrenden Krankenhausaufenthalten aus unterschiedlichen Gründen. Ihre Freundschaften, Sympathien und Antipathien werden benannt. (Sie konnte auch Leute »gefressen« haben). Das Berichten über das Persönliche ist eine Stärke der Biographin. Sie ist oft zutreffend in der Beschreibung der Beschwerden, denen Anna Seghers ausgesetzt war. Christel Berger sagt in

ihrer Besprechung im ND vom 22. 4. 2003: »Immer behutsam, maßvoll und loyal.«

Einige zu diskutierende Punkte: Christiane Zehl Romero stellt dar, wie schwer die ersten Jahre nach der Rückkehr für Anna Seghers waren und belegt das u. a. mit vielen Privatbriefen. Als Gründe werden die gesellschaftspolitischen Umstände, die reuelose Uneinsichtigkeit vieler Deutschen, das Auseinanderfallen der Antihitlerkoalition, die beginnende Spaltung, der Kalte Krieg benannt. Dazu kam viel Unklares im Persönlichen. Anna Seghers litt sehr darunter, daß Johann Lorenz Schmidt (d. i. Laszlo Radvanyi), ihr Mann, nicht da war, auch wegen einer anderen Frau (er kam erst 1952). Sie sorgte sich um Tochter und Sohn, die in Paris studierten. Sie vermißte die enge Vertrautheit unter den Genossen, den familiären Zusammenhalt, den es in der Emigration gegeben hatte. Aber von einem Gefühl der Unentschiedenheit (S. 41) würde ich nicht sprechen. Daß sie »bald nicht zwischen Stühlen, sondern zwischen Minen« saß (S. 53), verkennt m. E. ihren zielbewußten Tatendrang. Für mich bleibt der Grundantrieb ihrer Tätigkeit nach der Rückkehr »Das Andersmachen, von Grund auf« (Das Vertrauen, Roman, Kap. I) Bei der tätigen Teilnahme an der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung, am Entstehen einer – wie sie überzeugt war – neuen Gesellschaft ließ sie sich nicht beirren.

Wo es mit ihren Leuten, mit den Genossen Meinungsverschiedenheiten und Streit gab, ging es ihr um dieses Ziel. Da war sie selber Partei. Im innerparteilichen Streit hat sie eher den Part des idealen Sozialismus vertreten. In ihrem (und anderer) Streiten für einen humanen Sozialismus und eine entsprechende Kulturpolitik konnte sie sich immer seltener durchsetzen. Das machte müde und ließ auch, da hat Zehl Romero recht, in den späteren Jahren Resignation aufkommen.

Die weltanschauliche und politische Grundentscheidung in den zwanziger Jahren, die auch die Kunstauffassung betraf, war zunächst eine Entscheidung *gegen* die vorfindliche kapitalistische Gesellschaft, sodann eine Entscheidung *für* den Sozialismus. Der folgende Gang der Ereignisse hatte sie darin bestätigt. Den Antikommunismus, besonders in seinen aggressiven Formen, hielt sie für verhängnisvoll. Die Biographin sagt S. 50, Anna Seghers

hätte nicht gesehen oder sehen wollen, daß die sowjetischen Freunde mit zur Spaltung beitrugen. Aber buchstäblich vor ihren Augen demonstrierte Melvin J. Lasky, ein USA-Journalist, 1947 in Berlin vor dem I. Deutschen Schriftstellerkongreß die Wendung vom Antifaschismus zum Antikommunismus. In der Wertung dessen konnte Anna Seghers nicht vergessen, daß das nur ein Ausläufer dessen war, was durch McCarthys Ausschluß praktiziert wurde und ihr Freund Bertolt Brecht dort gerade erfuhr. Daran litt Anna Seghers. Sie war enttäuscht – von der Entzweiung. Sie mußte sich im Nachkriegsdeutschland und in der veränderten Weltlage neu orientieren, deswegen war sie m. E. nicht »desorientiert«, wie es auf S. 51 heißt.

Anna Seghers' Engagement für die Weltfriedensbewegung wird auf S. 67 mit dem Kommentar versehen: »Dass Stalin diese Friedensbewegung für seine Zwecke vereinnahmte, ignorierte sie wie damals viele andere.« Die Biographin scheint es per se für verdächtig zu halten, wenn man mit seinen politischen Forderungen in die Nähe der sowjetischen Politik kam. Der Stockholmer Appell, der 1950 von Hunderten Millionen unterzeichnet wurde, forderte »das absolute Verbot der Atomwaffe«, »die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle«... (Wagner, Emmerich, Radvanyi: Anna Seghers. Eine Biographie in Bildern, Berlin 1994, 2000, S. 183) Ich glaube nicht, daß Anna Seghers hierbei etwas ignorierte. Meinem Überlebensinteresse entsprach und entspricht dieser aktuell bleibende Appell.

Eine Persönlichkeit wird wesentlich charakterisiert durch ihre Werke und Taten. Das erzählerische Werk von Anna Seghers wird unterschiedlich umfangreich einbezogen und bevorzugt als Lebenszeugnis, nach dem (auch versteckten) Niederschlag persönlicher Erfahrungen und Befindlichkeiten befragt. Die Biographin macht feinsinnige Beobachtungen, liest aber auch manches hinein. Sie betont ihre Absicht, offen zu sein und nicht die letztgültige Darstellung beabsichtigt zu haben. Ohne Zweifel wird zukünftige Beschäftigung mit Leben und Werk von Anna Seghers sich auf diese erste ausführliche, detaillierte Biographie beziehen, auch dort, wo man zu anderen Befunden und Wertungen kommt.

FRANK WAGNER

Franca Wolff:

Glasnost erst kurz vor Sendeschluß.
Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985-1989/90),
Böhlau Verlag Köln/Weimar 2002,
324 S. (29,90 €)

Nichts, aber auch gar nichts hatte sich geändert. Allabendlich schunkelte eine feuchtfrohliche Masse mit romantisch-verklärtem Blick à la »Oberhofer Bauernmarkt« im »Krug zum Grünen Kranze« dem Feierabend entgegen. Sonntags ermittelten entweder die Genossen der K mit hintergründig sozialistischer Pädagogik im »Polizeiruf 110« oder der »Staatsanwalt hatte das Wort«. Montags flimmerte schwarz/weiß ein Schmachtfetzen, verstaubt wie Willi Schwabes »Rumpelkammer«, über die Bildschirme. Und danach? Wie viele Zuschauer haben sich wohl anschließend noch Karl-Eduards »Schwarzen Kanal« angetan? Hatte sich wirklich nichts geändert?

Eine Erkenntnis der Dissertation der Berliner Medienwissenschaftlerin Franca Wolff lautet: Gegen Ende der DDR mochten immer weniger Zuschauer die seichte Unterhaltung hören, geschweige denn Schnitzlers Polit agitation oder die »Aktuelle Kamera« sehen. Sterile Erfolgsmeldungen in den Farben der DDR, langatmige Berichte über Errungenschaften beim sozialistischen Aufbau und heroische Taten in der Ernteschlacht gingen meilenweit am wirklichen Publikumsinteresse vorbei. Die produzierte Kluft zwischen täglich erlebter Realität und ihrer geschönten Abbildung im Fernsehen wurde zunehmend unerträglich und war für nicht wenige DDR-Bürger damals einer der Gründe, dem Land den Rücken zu kehren. Wer nicht ging, reagierte mit einem Knopfdruck und füllte Informationslücken mit den Angeboten des Westfernsehens.

Mit dem Amtsantritt Gorbatschows 1985 begann sich die Welt zu verändern und Glasnost und Perestrojka fanden Eingang in den Sprachgebrauch. Aus vormals teilnahmsloser Lethargie erwuchs nun offenes Interesse an der neuen sowjetischen Politik. Diese aber wurde von der SED zunehmend ignoriert. Was, so fragt die Autorin, passierte da eigent-

lich hinter den Mauern in Adlershof? Produzierten die Journalisten gar Inhalte, an die sie selbst nicht mehr glaubten?

Franca Wolff belegt: Immer mehr Journalisten sympathisierten im stillen mit Gorbatschow und sie wußten um die Stimmung in der Bevölkerung. Aber sie reagierten nicht, weil die Leitungsebene bis zur sprichwörtlich letzten Sendeminute treu zur SED stand.

Die Autorin untersucht die letzten sechs Jahre des DDR-Fernsehens und schildert dessen politische Steuerung durch die Partei. Dabei stützt sie sich auf bisher nicht ausgewertete Akten des Deutschen Rundfunkarchivs Potsdam und des Bundesarchivs. Interne Sitzungsprotokolle, persönliche Notizen der Politbüromitglieder und Statistiken zum Zuschauerverhalten vermitteln einen Eindruck von den Konflikten, die erst erkennbar wurden, kurz bevor man das DDR-Fernsehen einstellte. Zum einen wird deutlich, wie sich die Staatsführung einer Öffnung des Fernsehens für die neuen Ideen widersetzte, da für sie die sowjetische Reformpolitik tabu war. Zum anderen wird der Blick hinter die professionelle, stets linientreue Fassade des Fernsehens geöffnet. Und dieser zeigt eine unerwartet deutliche Diskrepanz zwischen dem, was die Zuschauer sahen und dem, was im Sender zu jener Zeit tatsächlich geschah.

Auf redundanten 60 Seiten gibt die Autorin eine Einführung in die Politik von Gorbatschow und ihre Folgen für die DDR. Hierbei illustriert sie mit dem »Sputnik«-Verbot oder den Querelen um die Auslieferung der Zeitschrift »Neue Zeit« die typische Praxis staatlichen Eingriffs in die ostdeutsche Medienlandschaft. Enger am Thema sind da die Ausführungen bezüglich der ideologischen Einbindung des Fernsehens in das politische System der DDR. Lesenswert sind die Darstellungen zur staatlich verordneten Programmgestaltung und darin fixierter »Programmhöhepunkte« (z. B. 1986 das Berlin-Jubiläum oder die aus propagandistischen Gründen forcierte und bis ins letzte Detail geplante Lebensverfilmung von Ernst Thälmann). In diesem Kontext liefert Franca Wolff sowohl wertvolle Hintergrundinformationen für den Bereich ostdeutscher Fernseh-dramatik und -produktionen als auch für den Umgang mit mißliebigen sowjetischen Spielfilmen. Weil

man verhindern wollte, daß die damals intensiv geführten innersowjetischen Kontroversen um die jüngere Geschichte, speziell die Neubewertung Stalins, auch in der DDR geführt werden, bekamen die DDR-Bürger so manchen Streifen erst gar nicht zu sehen. Exemplarisch hierfür der eigentlich harmlose Film »Die Reue«. Pikanterweise zeigte diesen nicht das DDR-Fernsehen, sondern das ZDF. Da sich aber die »Junge Welt« und »Neues Deutschland« nach der Ausstrahlung als Argumentationsgehilfen der SED profilierten, erreichte die Parteiführung mit dieser absurden Methode genau das Gegenteil: die öffentlich geführte Diskussion um sozialistische Vergangenheit und Gegenwart.

Unklar bleibt, warum Franca Wolff nicht die Chance nutzt, das Fernsehen in Beziehung zur sozialistischen Medientheorie zu setzen. Statt dessen konfrontiert sie den Leser mit dem westlichen Ansatz von Talcott Parsons Strukturformalismus. Ergiebiger sind da ihre Beobachtungen, die sie im Zusammenhang mit der Reformierung des Fernsehens macht. Franca Wolff zeigt, daß im DDR-Fernsehen Journalisten mit professioneller Ausbildung arbeiteten, die sehr wohl ein Programm gestalten konnten, das den tatsächlichen Bedürfnissen der Zuschauer entsprach. Für sie ein Indiz dafür, wie sehr etliche TV-Journalisten längst mit der SED gebrochen hatten. Der Umbau des Senders ging ab Oktober 1989 mit einem derartigen Tempo vonstatten, wie es niemand erwartet hatte. Vom politischen Gängelband befreit, begann eine Phase der senderinternen Identitätssuche und es wurde möglich, lebensnahe und kritische Sendungen zu produzieren. Neue Sendeformate und ein bis dato unbekannter investigativer Journalismus machten das Programm wieder attraktiv. Das zuvor als Rettungsanker geplante Jugendmagazin »Elf 99« steht synonym für die Abkehr vom parteilichen Journalismus. Auch die »Aktuelle Kamera« gewann binnen weniger Wochen zahlreiche Zuschauer zurück. Von keiner anderen Nachrichtensendung fühlten sich die DDR-Bürger damals besser über die rasant ablaufenden Ereignisse informiert.

Doch dem in Deutscher Fernsehfunk (DFV) umbenannten Sender war keine große Zukunft beschieden. Leider geht Franca Wolff nur am Rande auf die rasch folgende Abwick-

lung ein. Hier hätte eine Darstellung der Ereignisse der letzten zwei Jahre des DFF eine kritische Betrachtung des »Rundfunküberleitungsgesetzes« gut zu Gesicht gestanden. Vor allem die autoritäre Umsetzung des Gesetzes durch den ehemaligen Fernsehchef des Bayerischen Rundfunks, Rudolf Mühlfnzl, war bei Insidern nicht unumstritten und führte letztlich am 31. Dezember 1991 zur Abschaltung des DFF.

Franca Wolffs Arbeit gibt erwartungsgemäß nur eine Facette des DDR-Fernsehens wieder. Diese aber erlaubt ergiebige und empfehlenswerte Einblicke in das Innenleben des Senders in den letzten sechs Jahren seiner Existenz.

KLAUS MELLE

**Hermann Gellermann:
Stefan Heym
Judentum und Sozialismus.
Zusammenhänge und Probleme
in Literatur und Gesellschaft,
Wissenschaftlicher Verlag
Berlin 2002, 172 S. (18 €)**

Der im Dezember 2001 verstorbene Stefan Heym gilt als einer der bekanntesten deutschen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Nicht nur seine Wahl in den Bundestag oder seine berühmte Rede über den »aufrechten Gang« auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989, auch seine seit den 1960er Jahren andauernden Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt der DDR sind Legende. Durch das politische Engagement Heyms wird häufig genug seine Bedeutung als Schriftsteller in den Hintergrund gedrängt. Sein eindrucksvolles Lebenswerk mit 15 Romanen, mehreren Erzählbänden und unzähligen Essays ist jedoch nicht nur wegen seiner geistreichen und witzigen Sprache ein Höhepunkt der deutschsprachigen Literatur. Es sind gerade die von Heym benutzten, die Widersprüche von arm und reich, von Macht und Widerstand thematisierenden, dabei mitunter das Soziale und das Religiöse verwebenden Plots, die ihm einen dauerhaften Platz in der großen Literatur garantieren. Nicht selten be-

diente sich Heym dabei biographischer Bezüge, um die komplexe Gemengelage von »Nation«, »Religion« und »Politik« zu veranschaulichen.

Der Literaturwissenschaftler und Theologe Hermann Gellermann hat nun ein »Stefan Heym« betitelt Buch geschrieben, das allerdings nicht als Biographie angelegt ist. Gellermanns Buch ist ein durch und durch interdisziplinäres Werk. Es vereint eine literaturwissenschaftliche, eine politologische und eine theologische Sicht auf das Schaffen Stefan Heyms und wird durch diesen methodischen Ansatz der Vielschichtigkeit des Autors gerecht. Gellermann versucht mit dem Untertitel »Judentum und Sozialismus« den Topos des Heymschen Wirkens auf einen Punkt zu bringen. Seine These ist, daß sich Heyms Auslegung des Sozialismus ähnlich wie bei Ferdinand Lassalle und Heinrich Heine stark auf eine hebräische Tradition der sozialen Gerechtigkeit begründe. Diesem untergründigen, dem frühen Heym möglicherweise »unbewußten« Verhältnis, wende er sich im Lauf seines Lebens literarisch immer mehr zu. Der gesellschaftliche Antisemitismus in Deutschland vor und nach 1945 verstärkte diesen Prozeß. In seiner Jugend brachte Heym, so berichten die Biographen und der Autobiograph, der jüdischen Religion und der zionistischen Bewegung genausoviel Skepsis entgegen wie seinem bürgerlichen und auf »Akkulturation« bedachten, sich mit dem deutschen Nationalstaat arrangierenden Elternhaus. Erst die Stigmatisierung durch den Nationalsozialismus führte ihn zu der Beschäftigung mit seinem Judentum. Nachdem sich der jugendliche Glaube Heyms, der Sozialismus werde auch die vollständige Emanzipation der Juden mit sich bringen, zerschlagen habe, kam es Gellermann zufolge zu einer verstärkten Auseinandersetzung Heyms mit der christlich-jüdischen Geschichte und Mythologie. Die Heymsche Ablehnung jeglicher sozialdarwinistischer Ideologie auf dem Wege der Literatur radikalisierte sich, so Gellermann, mit der Zuwendung zu biblischen Themen.

Der Zusammenhang von Judentum und Sozialismus, den Gellermann im Untertitel anspricht, läßt sich schon anhand der literarischen Beschäftigung Heyms mit den Biographien der jüdischen Sozialisten »Radek« und

»Lassalle« konstatieren. Sie nehmen aber in Gellermanns Buch den kleineren Raum ein. Vielmehr führt er seine These anhand Heyms »König-David-Bericht« und dem »Ahasver« aus. Dabei verschiebt sich der Blickwinkel in Richtung einer theologischen Interpretation der Texte. Gellermann attestiert Heym eine profunde Kenntnis der verschiedenen Mythologien und ihre verschiedenartige Auslegung im jüdischen und christlichen Kontext. Er verweist darauf, wie geschickt Heym die theologischen Schwachstellen ausarbeitet und ideologieüberfrachtete Interpretationen offen legt. Gellermann führt dies zur Forderung, daß sich die christliche Theologie in ähnlicher Weise mit ihren »blinden Flecken« und dem im Schisma der frühchristlichen Religion bereits angelegten, durch die Reformation Luthers verstärkten und im Nationalsozialismus zum barbarischen Völkermord »gereiften« Antijudaismus auseinandersetzen müsse. Bemerkenswerterweise sei der »Ahasver« seiner Zeit aber nicht in den theologischen Zeitschriften wie Freiburger Rundbrief, Theologische Literaturzeitung oder Zeitschrift für Theologie und Kirche diskutiert worden.

Da aber auch der Sozialismus in der Diktion Marx' auf ein, so Gellermann, »naturalistisches« (S. 20) Gesellschaftsverständnis aufbaue, gelte die Forderung zur Auseinandersetzung mit dem immanenten Antisemitismus auch für diese »atheistische Kirche«. Gellermann scheint mit der Gleichung »Materialismus bzw. Naturphilosophie« (S. 130) auf die Marxsche Beschreibung der »Gesetzhaftigkeit« gesellschaftlicher Vorgänge abzielen. Letzteres als Naturalismus aufzufassen, greift allerdings nicht nur als Marxexegese zu kurz, sondern stellt die Berechtigung jeglicher Soziologie in Frage. Wie sich dieser, laut Gellermann, theoretische Ursprungsfehler des Sozialismus als Weltanschauung durch die verschiedenen Marxismen bis hin zum Stalinismus ziehen soll, um schließlich im Antisemitismus zu münden, wird anhand der Analyse nicht ersichtlich. Gellermann führt zur Begründung lediglich die Kritik Heines an der seinerzeit vorherrschenden »Naturphilosophie« (S. 147) und die Heyms am »aristotelischen Weltbild« und dem »hellenistischen Logos« (ebd.) von Staat und Kirche an. Dies führe bei den Herrschenden zu einem

Machtanspruch um der Macht willen. Mit diesem Argument wendet Gellermann allerdings den kritischen Stachel des Sozialismus gegen ihn selbst und macht aus seinen Verteidigern Zeugen der Anklage.

In der Geschichte des Sozialismus ist sicherlich an vielen Stellen und Biographien ein latenter und offener Antisemitismus nachzuweisen. Ob sich dieser aber nicht eher aus tradierten Ressentiments und weniger aus einem philosophisch angelegten Systemfehler des Sozialismus speist, bleibt auch nach der Lektüre Gellermanns offen. Die Quintessenz für »sozialistischen Antisemitismus« in einem »naturalistischen« Gesellschaftsverständnis auszumachen, wie es Gellermann eingangs anhand einer kurzen Einführung zum jüdischen Selbstverständnis Karl Marx' vornimmt, scheint zumindest sehr gewagt.

Infolge der theologisch induzierten Schwerpunktverschiebung verpaßt es der Autor, seine interessante Hauptthese, Heyms wie auch Heines und Lassalles Vorstellung des Sozialismus ergäben sich aus dem sozialen Verständnis eines säkularen, aber nicht geleugneten Judentums, weiter auszuführen. Dafür hätte dann allerdings auch der »Nachruf« im Zentrum der Analyse stehen müssen. Wird das Buch an diesem Punkt seinem im Untertitel angedeuteten Vorhaben, die Zusammenhänge von Judentum und Sozialismus zu beleuchten, nicht in voller Tiefenschärfe gerecht, so gelingt es Gellermann sehr gut, einen anderen Schwerpunkt im Schaffen Heyms zu beleuchten, nämlich das Verhältnis von Christentum und Judentum. Die übliche Auslegung des »König-David-Berichts« und des »Ahasver« als bloße Kritik an den Zuständen in der DDR, wird von Gellermann dagegen eindrucksvoll widerlegt. Es gelingt ihm, die verschiedenen Ebenen der Romane als Gesamtheit eines literarischen und politischen Widerstands Heyms gegen jedwede Vereinnahmung zu verteidigen. Daß dem Leser der Zugang zu dieser Einsicht an der einen oder anderen Stelle durch formale Rigidität (das Buch zählt bei 150 Seiten an die 80 Gliederungspunkte, es wird immer streng nach Inhalts- und Formanalyse getrennt) erschwert wird, ist sicherlich der Komplexität des Heymschen Schaffens geschuldet. Wie schwer der Autor auch mit der Eigentümlichkeit der Person Heyms zu kämp-

fen hatte, wird nicht zuletzt im angehängten Interview mit ihm deutlich. Einige der aus der Textexegese gezogenen Folgerungen über sein Verhältnis zu Judentum und Sozialismus lehnt Heym rundweg ab. Gellermann kann aber zu Recht auf biographische Brüche verweisen, die mitunter eine Verschiebung des literarischen Interesses des Schriftstellers zur Folge hatten. Somit kann dieses Buch als gelungener Problemaufriß gelten. Es beleuchtet die Motive, die jüdische Intellektuelle bewogen, für den Sozialismus ein zu treten und trotz des von der »Bewegung« gegen sie gerichteten Ressentiments beharrlich an ihm festzuhalten. Die Biographien und das Werk anderer jüdischer, sozialistischer Schriftsteller wie Stefan Hermlin, Anna Seghers und Arnold Zweig deuten an, daß dieses Thema ein spannendes und längst nicht abgeschlossenes Forschungsfeld bleibt.

MARTIN GEGNER

Klaus Körner:

»Die rote Gefahr«.

Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Konkret Literatur Verlag Hamburg 2003, 208 S. (15 €)

Bisher hat es keine Klagen gegeben. Was für den Autor und vor allem für die Annahme spricht, dessen Angaben darüber, wer alles in den fünfziger Jahren für Geld Agitation und Propaganda gegen die als Vergesellschaftung mißverstandene Verstaatlichung der Produktionsmittel verfertigte, seien richtig. Danach hatten die DDR-Propagandisten nur in einem Punkt unrecht: in der Frage der Zentrale. Ein Politbüro, das – so wie in der DDR – im Wahne befangen gewesen wäre, alle Aktionen zu planen und zu koordinieren, existierte in der Bundesrepublik Deutschland – vom germanozentrierten Verlag lediglich »Bundesrepublik« geheißten – nicht. Die selbst für eingefleischteste Verschwörungsfanatiker unüberhörbare Polyphonie war wirklich nicht simuliert, sondern Ergebnis unterschiedlicher Interessen der in Antikommunismus machenden Institutionen und Vereine. Allerdings sprudelte das Geld für

die nach innen wie außen verbreitete Propaganda gegen den Kommunismus – zumindest anfangs – aus einer zentralen Quelle. Es kam fast ausschließlich von jener Besatzungsmacht, die über solches ausreichend verfügte. So häufig habe ich das Wort CIA in deutschen Zusammenhängen schon lange nicht mehr gelesen.

Über policy und politics in der Ära Adenauer bietet der Autor manch überraschendes Urteil, wodurch der Leser über einige seichte Stellen sowie Ungenauigkeiten und Fehler im Detail hinweggetröstet wird. Unter dem Institut »Lektorat« wird sich in einigen Jahren wahrscheinlich nur noch eine kleine Spezialschar etwas vorzustellen vermögen.

Sehr zu Recht geht Körner an passenden Stellen auch auf die nicht-propagandaförmige und deshalb besonders erfolgreiche Propaganda des Westens ein – beispielsweise auf Westberlin als »Schaufenster der Freiheit«; in einem Punkt allerdings wahrt er strikt den seit 1990 geradezu verbissen verteidigten westlichen Konsens: bei den erfolgreichsten nicht-propagandaförmigen antikommunistischen Integrationsprojekten der BRD, dem Sozialstaat und einem Lebensstandard, mit dem deutlich mehr als nur die Reproduktion gesichert wurde. Daß beide wesentlich DDR-induziert waren und wirksamer als jede propagandaförmige Propaganda sowohl die BRD- als auch die DDR-Bevölkerung gegen den Kommunismus nicht nur immunisierten, sondern auch immunisieren sollten, wird wohl auch Körner erst in der Lage sein sich einzugestehen, wenn von beiden – Sozialstaat wie Lebensstandard – nur noch eine jämmerliche Erinnerung geblieben sein wird.

Für diesen Spleen unserer westdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger Toleranz und Verständnis zu entwickeln, habe ich unterdessen gelernt. Verständnislos hingegen stehe ich der Körnerschen Entscheidung gegenüber, in diesem Buch eine der spannendsten – schon im Jahre 2001 bekanntgegebenen – Geschichten zu diesem Thema nicht berücksichtigt zu haben: Carola Sterns marktgerechte Selbstenthüllung, in der DDR als amerikanische Spionin tätig gewesen zu sein. Nimmt man Körners Darlegungen ernst, dann ist Carola Sterns Behauptung, nach ihrer Flucht nach Westberlin nie wieder etwas mit ihren Auf-

traggebern zu tun gehabt zu haben, noch weniger glaubhaft als zuvor. Das hätte auch Körner auffallen können und dem Buch ein wenig, durchaus verdiente, Medienresonanz verschafft. Oder waren dem Autor und dem Verlag eine Klage zu teuer?

Carola Stern mag man bestenfalls glauben, daß sie nicht bemerkt habe, wie amerikanische Fürsorge sie von der professionellen DDR-Beobachtung an der FU Berlin über das »SBZ-Archiv« in Köln und »amnesty international« zum DDR-Kommentatoren-Job am WDR in derselben Stadt begleitete. Allerdings stehe ich nicht an, mich zu solch einer beleidigenden Unterstellung zu versteigen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2003, PapyRossa Verlag Köln 2003, 320 S. (16,50 €)

Das Memorandum 2003 trägt den Untertitel: Krise im Schatten des Krieges – Mehr Steuern für mehr Beschäftigung statt Abbruch des Sozialstaates. Damit ist gleich das Programm umschrieben, mit dem die alternativen Ökonomen in diesem Jahr angetreten sind, um den Sozialstaat zu retten und die Haushaltskrise zu beenden: Steuererhöhungen und höhere Staatsausgaben zur Stärkung der Nachfrage.

Im Mittelpunkt der Analyse steht die Finanzpolitik, insbesondere die Steuergesetzgebung 2003, die geplanten Steuergeschenke für Vermögende und die Krise der Gemeindefinanzen. Aktuell ist inzwischen noch das Vorziehen der Steuerreform auf das Jahr 2004 hinzuzutragen, womit sich das Bild abrundet. Und dies ist ein düsteres Bild, denn nicht nur die konjunkturelle Situation bedingt, daß die Finanzpolitik in eine tiefe Krise geraten ist, sondern diese selbst ist inzwischen als Ursache für die gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklung, für Stagnation und Beschäftigungsabbau, anzusehen. Dies beginnt mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und seiner geringen Elastizität und findet seine Fortsetzung in der verfehlten Finanzpolitik der rot-grünen Regierung seit 1998 sowie im deut-

schen Stabilitätsprogramm 2003, das zu sehr auf Konsolidierung und Stabilität, aber zu wenig auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung orientiert. Das Ergebnis ist eine »Schrumpfungspolitik« durch Senkung der Staatsquote um einen halben Prozentpunkt (!) und ein Anstieg der Staatsschuldenquote auf 61,5 % (2003) statt der »erlaubten« 60 %. Die theoretisch völlig unbegründete Politik des Schuldenabbaus »um jeden Preis« und die dafür (zunächst schon für 2003, jetzt für 2005) geplante Reduzierung der jährlichen Neuverschuldung auf 1,0 % bzw. 0 % (für 2004 bzw. 2006) erweist sich zunehmend als eine fixe Idee des Finanzministers, die allerdings katastrophale Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage hat. Man sollte meinen, im dritten Krisenjahr würde dies begriffen: die finanzpolitischen Fakten legen aber leider eine andere Antwort nahe.

Die finanzpolitischen Überlegungen und Alternativen der Arbeitsgruppe sind eingebettet in ein Kapitel zur alternativen Wirtschaftspolitik im allgemeinen, ein Kapitel zur Weltkonjunktur, zwei Abhandlungen zum Arbeitsmarkt, einen Abschnitt zu Ostdeutschland und interessante Überlegungen zur Unternehmenskonzentration.

Das einleitende Kapitel zur alternativen Wirtschaftspolitik stellt den Versuch einer generellen Standortbestimmung dar. Die Autoren betonen dabei, daß es sich bei der alternativen Wirtschaftspolitik nicht um ein umfassendes Theoriesystem handle, sondern um ein Konstrukt, das sich auf die »Analyse makroökonomischer Zusammenhänge, die in ökonomische Verteilungs- und Entwicklungstheorien eingebettet sind«, stützt. Im Unterschied zu den verhältnismäßig abstrakten Theoremen der Klassik und Neoklassik, aber auch des Keynesianismus, seien die Vorstellungen der alternativen Wirtschaftspolitik immer »in konkrete ökonomische und politische Auseinandersetzungen integriert« (S. 48). Das hört sich gut an und kommt den Erwartungen der »Basis«, wo man seit eh und je nach konkreten Konzepten und Vorschlägen verlangt, sicherlich entgegen. Ob dadurch aber nicht der methodologisch wichtige Unterschied zwischen Theorie und Politik, zwischen theoretischer Reflexion und praktischer Umsetzung, allzu sehr verwischt wird, soll zumindest als

Frage aufgeworfen werden. »Ohne alternative Theorie keine alternative Praxis« – wenn dieser Satz gilt, dann ist damit jedenfalls ein deutliches Defizit alternativer Wirtschaftspolitik markiert, denn zu den »theoretischen Grundlagen« findet sich im vorliegenden Text fast nichts. Gleichwohl sind bestimmte Prämissen für eine alternative Politik zu unterstreichen, so zum Beispiel die Betonung einer »makroökonomischen Perspektive« (S. 58), das Eintreten für einen »handlungsfähigen Staat« und die Relativierung der Geldwertstabilität als vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel (S. 63 f.). Es scheint auch richtig zu sein, sich wieder stärker auf gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Zusammenhänge zu besinnen und die Ökonomie nicht auf einzel- bzw. betriebswirtschaftliche Aspekte zu reduzieren. Das Schlagwort »Mikroökonomische versus makroökonomische Perspektive« (S. 58) trifft dies jedoch nicht. Es stiftet eher Verwirrung, denn die *Mikro*ökonomie gehört genauso wie die Makroökonomie zur Volkswirtschaftstheorie!

Eher zurückhaltend zeigt sich dieses Memorandum in bezug auf Ostdeutschland: In Sachen »Chefsache Ost« ziehen die Autoren eine eindeutig negative Bilanz, und das zu Recht. Als besonders prekär werden dabei die anhaltende Arbeitsmarktkrise und die »negative demografische Entwicklung« empfunden. Der Aufbauprozess Ost kommt in der gegenwärtigen Krise kaum noch voran, der Aufholprozess stockt, so die Analyse auf S. 230 ff. Die Realität ist hier aber wohl schon »weiter«, das heißt, Ostdeutschland ist inzwischen zum deutschen Mezzogiorno geworden und die soziale Krise droht die ökonomische Lage weiter zu destabilisieren. Dies hätte hier deutlicher herausgearbeitet werden können, insbesondere auch durch eine Bezugnahme auf *effektive* Einkommens- und Konsumwerte, denn diese liegen im Verhältnis zu den westdeutschen Werten deutlich niedriger als die zitierten Bruttolöhne und -gehälter. Insgesamt ist der Einschätzung aber zuzustimmen, daß im Zuge der Einheit im Osten »Wirtschaftsstrukturen ... entstanden sind, die zu regional verfestigten Produktivitäts- und Einkommensnachteilen für die neuen Länder geführt haben.« (S. 241) Das Schlimme ist, daß die rot-grüne Regierung daran bisher kaum etwas geändert

hat – und wohl auch in Zukunft nicht beabsichtigt, hier substantiell etwas zu bewegen. Der Osten bleibt für die Politik, was er ist – uninteressant. Aber damit ist er ein bevorzugtes Objekt alternativer Konzepte und Ideen, wie sie die Arbeitsgruppe vorschlägt und diskutiert.

ULRICH BUSCH

Alex Demirovic (Hrsg.):
Modelle kritischer
Gesellschaftstheorie.
Traditionen und Perspektiven
der Kritischen Theorie,
Verlag J. B. Metzler Stuttgart
2003, 394 S. (39,95 €)

Viele Publikationen rund um die Kritische Theorie der Frankfurter Schule sind im Jahre 2003 erschienen – dem Jahr, in dem Theodor W. Adorno seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte. So wurde die Gesamtausgabe neu aufgelegt, es wurden bislang nur auf Englisch existierende Schriften übersetzt und veröffentlicht, und in zahlreichen Vorträgen und auf Symposien wurde der Kritischen Theorie und ihrer Vertreterinnen und Vertreter gedacht.

Der vorliegende Sammelband hebt sich angenehm von dem Gros der sonstigen Bücher ab, indem er die Kritische Theorie nicht in der Mottenkiste der Geschichte sucht, sondern ihre Methoden, Modelle und Theorieansätze aufgreift, um sie für aktuelle Diskussionen weiterzuentwickeln. Programmatisch heißt es im von Alex Demirovic verfaßten Vorwort: »Eine Theorie bleibt nicht allein durch Interpretation älterer Texte lebendig, sondern muß im Lichte neuer gesellschaftlicher Herausforderungen, neuer Fragestellungen und konkurrierender Theorien fortentwickelt werden« – und genau dieser Anspruch ist es dann auch, dem das Buch gerecht wird. Mit Beiträgen aus den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaften, Philosophie, Staatstheorie, Antisemitismus- und Rassismusforschung, Ökonomie und Kapitalismuskritik, Technikkritik, Psychoanalyse, Kulturindustrie, Cultural Studies und Ästhetische Theorie wird dabei ein weites

gesellschaftstheoretisches Spektrum ausgeleuchtet.

Die Autorinnen und Autoren – fast alle im Mittelbau, am Rande der Universitäten tätig – wollen wissen, wie eine Forschungspraxis in der Tradition der Kritischen Theorie heute aussehen könnte. Noch nicht im Kern der Institutionen angekommen, leisten sie es sich, Adorno nicht als alten Mann mit grauen Haaren zu thematisieren, der eine nur schwer nachvollziehbare Theorie entwickelt hat, sondern analysieren neben den Inhalten und normativen Gehalten der damaligen Forschungen auch die Methoden des Adornoschen Instituts. Schließlich gehörte dieses Institut zu den ersten überhaupt, die interdisziplinäres Arbeiten zu ihrem Programm machten.

Bei der Reformulierung Kritischer Theorie beziehen sich die Autorinnen und Autoren erfreulicherweise nicht nur auf Adorno selbst – manche kommen gar ganz ohne Adorno-Zitate aus! –, sondern auch auf andere Ansätze Kritischer Theorie und auf aktuelle Veröffentlichungen. Gleichermäßen erfrischend die Tatsache, daß feministische Fragestellungen nicht nur in einem speziellen Beitrag unter dem Titel »Projekt einer kritischen Geschlechterforschung« abgehandelt werden, sondern sich als Querschnittsthema in mehreren Texten wiederfinden.

Einziger Ausrutscher in diesem Sammelband ist der Text von Wolfgang Bonß. Bonß kommt nach einer systematischen Abarbeitung der Frage, was Kritik sei und wie sie formuliert werden könne, eigenartigerweise zu dem Schluß, daß die Bemühungen, eine Kritische Theorie zu entwerfen – auch mit den Arbeiten Ulrich Becks! –, bis heute nicht alle notwendigen Voraussetzungen erfüllten, damit dies gelingen könne. Hätte er das Buch, für das er einen Beitrag geschrieben hat, selbst gelesen, wäre ihm das vermutlich nicht passiert.

Aber einen wirklichen Abbruch tut dieser Beitrag dem Band nicht, und auch die unterschiedliche Qualität des Lektorats der Beiträge darf nachgesehen werden. Es ist zu hoffen, daß die Autorinnen und Autoren des lesenswerten Buches auch weiter von sich reden machen.

SARAH DELLMANN

Joachim Bischoff,
Klaus Steinitz (Hrsg.):
Linke Wirtschaftspolitik.
Bilanz, Widersprüche,
Perspektiven, VSA-Verlag
Hamburg 2003, 188 S. (15,80 €)

Das Urteil von Norman Birnbaum ist wohl zutreffend: Der Markt für neoliberale Apologetik »is the one certain growth industry« (»der eine ganz sichere Wachstumszweig«) – (Birnbaum, Norman: *After Progress. American Social Reform and European Socialism in the Twentieth Century*, Oxford – New York 2001, 381). Daher stehen heute – im Angesicht einer seit Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts andauernden globalen Hegemonie des Neoliberalismus – vor allem zwei zentrale Aufgaben: *erstens* das systematische Aufbrechen der in Wirtschaft und Gesellschaft scheinbar ungehindert wirkenden Denk- und Politikmuster dieses Neoliberalismus sowie *zweitens* das Aufspüren von konzeptionellen Ressourcen für Alternativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Diesem generellen Anliegen fühlen sich auch Herausgeber sowie Autorinnen und Autoren des hier vorzustellenden Sammelbandes zutiefst verpflichtet. Die Entstehung des Bandes geht auf ein am 23. November 2002 in Berlin veranstaltetes Kolloquium zum Thema »Sozialistische Wirtschaftspolitik heute – Chancen, Spielräume, Widerstände« zurück. Der Berliner Verein »Helle Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. hatte es anlässlich des 70. Geburtstages des marxistischen Ökonomen Klaus Steinitz ausgerichtet – eines Mannes, zu dessen Arbeitsgebiet seit geraumer Zeit vielfältige Fragen der Wirtschaftspolitik gehören.

In siebzehn, von Umfang und Anlage recht unterschiedlichen Aufsätzen greifen Joachim Bischoff, Alexandra Wagner, Jörg Huffschild, Dieter Klein, Rudolf Hickel, Judith Dellheim, Ingo Schmidt, Joachim Ebel, Christa Luft, Harry Nick, Margit Schratzenstaller, Klaus Schmidt, Fabio De Masi, Sebastian Gerhardt, Ralf Christoffers sowie Klaus Steinitz Themen und Problemlagen einer heutigen linken Wirtschaftspolitik auf.

Dabei zeichnet sich der Band unstrittig dadurch aus, daß die Autorinnen und Autoren mehrheitlich *erstens* ein überzeugendes Gespür für wirtschaftspolitik-relevante Fragen besitzen, *zweitens* um die Notwendigkeit von ernsthafter theoretischer Arbeit im Zuge der Konzipierung und Realisierung von linken Politikmustern wissen, *drittens* einen realistischen Blick für offene, unbedingt zu klärende Fragen in Sachen linker Wirtschaftspolitik haben, *viertens* über einen guten Einblick in aktuell ablaufende Diskurse verfügen und *fünftens* genügend Material für eine kontroverse Debatte liefern.

Die Beiträge gruppieren sich um fünf Schwerpunkte, die in der Reihenfolge »Probleme des Kapitalismus«, »Alternative Linien«, »Spielräume für Alternativen?«, »Felder und Reflexionen« sowie »Versuch einer zusammenfassenden Charakterisierung linker alternativer Wirtschaftspolitik« lauten. An die Herausgeber ist hier allerdings die Frage zu richten, ob einem derart ambitionierten Band von seiner Komposition her ein einleitender, die Gesamtproblematik absteckender Schwerpunkt etwa zur Charakteristik linker Wirtschaftspolitik, der Benennung ihrer Kernfragen, der Bestimmung ihres Verhältnisses zu den verschiedenen Konzepten von alternativer Wirtschaftspolitik nicht nur besser zu Gesicht gestanden, sondern von der inhaltlichen Logik auch mehr entsprochen hätte. Diese Frage drängt sich gerade auch deshalb auf, weil an anderer Stelle im Band plazierte Aufsätze – so von R. Hickel (»Was ist linke Wirtschaftspolitik heute?«), D. Klein (»Demokratischer Sozialismus – ein Zugang zu alternativer Wirtschaftspolitik«), I. Schmidt (»Keynesianismus und sozialistische Wirtschaftspolitik«), J. Dellheim (»Für eine wirtschaftspolitische Plattform, die das Marxsche Erbe neu gebraucht«) und J. Bischoff, K. Steinitz (»Probleme alternativer Wirtschaftspolitik heute«) – genau einer solchen Intention verpflichtet sind.

Die präsentierten Beiträge decken inhaltlich ein recht breites Problemfeld ab. Neben den oben bereits genannten Themen beschäftigt sich etwa J. Bischoff mit einer »Wirtschaftspolitik gegen Deflation«, während A. Wagner »Beschäftigungspolitische Herausforderungen« markiert und hierzu eine Reihe interessanter Überlegungen beisteuert. Von J. Huffschnid stammt ein Aufsatz zu »Finanzmärkte und al-

ternative Wirtschaftspolitik«, K. Steinitz analysiert unter der Überschrift »Ein lösbarer Widerspruch?« die vorhandenen Möglichkeiten zur Klärung des Konflikts zwischen wachsender Notwendigkeit einer alternativen Politik und den zugleich wesentlich schwieriger gewordenen Realisierungsbedingungen hierfür. Ch. Luft leuchtet »Parlamentarische Spielräume« unter dem Aspekt von »Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Entwicklung« aus, ein von J. Ebel vorgetragenes Kurzplädoyer lautet »Arbeitsproduktivität gibt Raum für Alternativen«, und H. Nick stellt die Frage nach einer »Zukunft ohne Wachstum?«. Zwei Aufsätze sind dem Thema Steuern und Steuerpolitik gewidmet: von M. Schratzenstaller kommen »Anmerkungen zu einer progressiven Steuerpolitik«, und K. Schmidt behandelt unter dem Titel »Wenn schon die Beschäftigten zahlen ...« Aspekte der »Veränderung des Steuersystems«. Anregungen für das »Design einer neuen Wirtschaft« liefert F. De Masi, das »Problem eines zweiten Investitionszyklus in Brandenburg« verfolgt R. Christoffers, und dem Topos »Linke Wirtschaftspolitik – Theorie oder Praxis?« geht S. Gerhardt nach.

Zwei Beiträge seien den Leserinnen und Lesern besonders empfohlen: zum einen der Aufsatz von R. Hickel über linke Wirtschaftspolitik (S. 58 f.) sowie zum anderen die Abhandlung von J. Bischoff, K. Steinitz über Probleme alternativer Wirtschaftspolitik heute (S. 154 f.). Hickel unternimmt – ausgehend von der (von ihm positiv beantworteten) Frage, ob überhaupt eine linke Wirtschaftspolitik gebraucht wird – den insgesamt anregenden Versuch, »linke Wirtschaftspolitik« inhaltlich näher zu bestimmen, ihr Verhältnis zu »alternativer Wirtschaftspolitik« zu klären, die theoriegeschichtlichen Traditionslinien einer linken Wirtschaftspolitik (speziell die Beiträge der an Marx und Keynes orientierten Theorie!) ins Blickfeld zu rücken sowie die immensen Herausforderungen einer solchen Politik und auch deren Adressaten näher zu bestimmen.

Bischoff/Steinitz machen in ihrem umfangreichen und gedankenreichen Artikel völlig zu Recht darauf aufmerksam, daß ein Diskurs zu Problemen der alternativen Wirtschaftspolitik einen Beitrag zur überzeugenden Beantwortung zentraler Fragen finden muß: »erstens

nach den Zielsetzungen und Wertvorstellungen sowie dem davon abgeleiteten Inhalt alternativer Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen eines flexiblen und globalen Kapitalismus, zweitens nach den Spielräumen alternativer Wirtschaftspolitik und ihren Veränderungen seit Mitte der siebziger Jahre, drittens nach den Bedingungen für die Umsetzung alternativer Politikvorschläge, viertens nach den Hauptfeldern alternativer Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen« (S. 155). Gemäß dieser Vorgabe wird eine Vielzahl von Zusammenhängen und Argumenten angeboten. Dabei gibt es für die Autoren keinen Zweifel, daß alternative Wirtschaftspolitik längerfristig nicht ohne »Veränderungen in ökonomischen Eigentums- und Machtstrukturen und Verteilungsverhältnissen« auskommt und sie »im Interesse der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere der abhängig Beschäftigten und der sozial Benachteiligten, tragfähige, realistische Wege aufzeigen« soll, um die zahlreich vorhandenen ökonomischen und sozialen Widersprüche und Probleme nachhaltig zu lösen (S. 156).

Wenn auch einige gewichtige Hauptfelder linker Wirtschaftspolitik ausgespart bleiben – wohl nicht ganz zufällig fehlen etwa Betrachtungen zur Geld- und Unternehmenspolitik –, so liefert der Band doch insgesamt einen sehr instruktiven und gehaltvollen Einblick in die Debatten um linke Wirtschaftspolitik. Er markiert dabei zugleich die unabdingbare Notwendigkeit, auf dem Feld der Entwicklung wirtschaftspolitischer Alternativen weitere theoretische wie praktische Anstrengungen zu unternehmen.

GÜNTER KRAUSE

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

KLAUS WEBER

Punishment and Exclusion rather than Aid and Integration? Possibilities, Limitations and Prospects of Social Work in the Context of Re-Socialisation

The author discusses first the historical aspects of what is viewed as Re-Socialisation. Re-Socialisation, in the sense of changes in the social life of »deprived« or »endangered« people, has always been a contradictory venture. In the better case, it was perceived as integration, in the worse, as punishment and atonement. Today, the neo-liberal upheavals produce new scenarios of exclusion, and this – the author explains – makes it imperative to develop new ways of social work. So called »simple solutions«, often linked with the demand for harsher punishment, will be counterproductive. Urgently needed are new strategies of social prevention and a critical improvement of such well-tried methods such as the culprit-victim-settlement.

DIETMAR WITTICH

Xenophobia in Germany. An Empirical-Sociological Approach

Without a doubt, there is Xenophobia in Germany, and a large amount of socio-analytical research has studied it. This author adds to this research the empirical results based on data from 1996 and 2000. He arrives at the conclusion, that approx. 18 percent of the German population maintains xenophobic attitudes. Another 17 percent admits not being hostile toward foreigners but are against their presence in Germany. This together makes a considerable amount of xenophobia, creating a very complicated situation for finding the means for the normal integration of foreigners into the society, on the one hand and draws attention, on the other, to the serious latent tensions existing within the German society – tensions, that could easily be exploited for nationalist politics.

Max Koch

The Northern Ireland Peace Process Against the Background of the Theory of Social Closure

Since the end of the nineteen-sixties, more than 3500 people have been killed in the conflict in Northern Ireland. In the mid-nineties, a mediation began which culminated in the Good Friday Agreement of 1998. But new difficulties arose, the agreement's implementation does not proceed as was intended. To seek the reasons for this failure, the author looks into the social background of the conflict and particularly applying the theory of social closure – a theory closely linked with the studies undertaken by Frank Parkin and Raymond Murphy in the Seventies and Eighties. Based on this theory, the author analyses the interdependence of strategies of exclusion and usurpation used by both conflict parties and shows that there is enough room for pragmatic policies which could lead – despite some setbacks – to a stabilization of the peace process and help marginalize those forces opting for renewed violence.

ULRICH BUSCH

Alternative Monetary Theories and Leftist Money Fetishism

It is no secret, that leftist criticism of capitalism, is directed not only against private property, the hegemony of large concerns and the state, but focuses equally on money, its forms and institutions. The motives given for the latter are often unacceptable from an academic point of view. They are rooted not so much in an analytical-theoretical comprehension of money, but rather more in a practical rejection and an emotional-instinctive disapproval. The insistence of capitalism critics on money is obviously the expression of a negative money fetishism. In order to give a well-founded criticism and offer an alternative, it would be necessary to examine the neo-classical mainstream, but also the alternative monetary theories presented by Karl Marx, John Maynard Keynes, Joseph A. Schumpeter, Gunnar Heinsohn/Otto Steiger et al. on the other.

JÜRGEN LEIBIGER

Reduction in Working Hours and the Prospects of Leisure Time

Since the unsuccessful East German metal workers' strikes for a reduction in work hours in 2003, this question has gained new levels of interest in public attention. This defeat of the Trade Unions, has encouraged conservative political parties as well as economic functionaries to initiate a campaign for a higher work hour week, for an extension of work years in the employee life span, for the liquidation of holidays and other steps tying employees to the work-bench. The left argues that this is exactly the wrong way to overcome the crisis and find a solution to mass unemployment. The author discusses in detail the relations between work-time and leisure time, analyses such changes as flexibilization and individualization in work conditions, focuses on the central role of what he calls »individual time sovereignty« and draws the conclusion, that there are many things speaking in favor of new efforts to reach a reduction – and not a prolongation – in work hours.

PETER ULLRICH

The Genoa Mobilization and Opportunity for Learning in the Relationship Between the Left and Social Movements

The so-called anti-globalisation movement is often said to lack a collective identity. The study of the protest against the G-8 Summit in Genoa, in July 2001, shows that broad-based mobilisation alliances are capable of bringing together a heterogeneous potential of demonstrators and organise a strong and effective protest. For that purpose they use specific strategies. One being accepting differences and even stressing these differences as constitutive for the movement. Since the resulting identity is weak, this offers the left an important window of opportunity for political intervention.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €